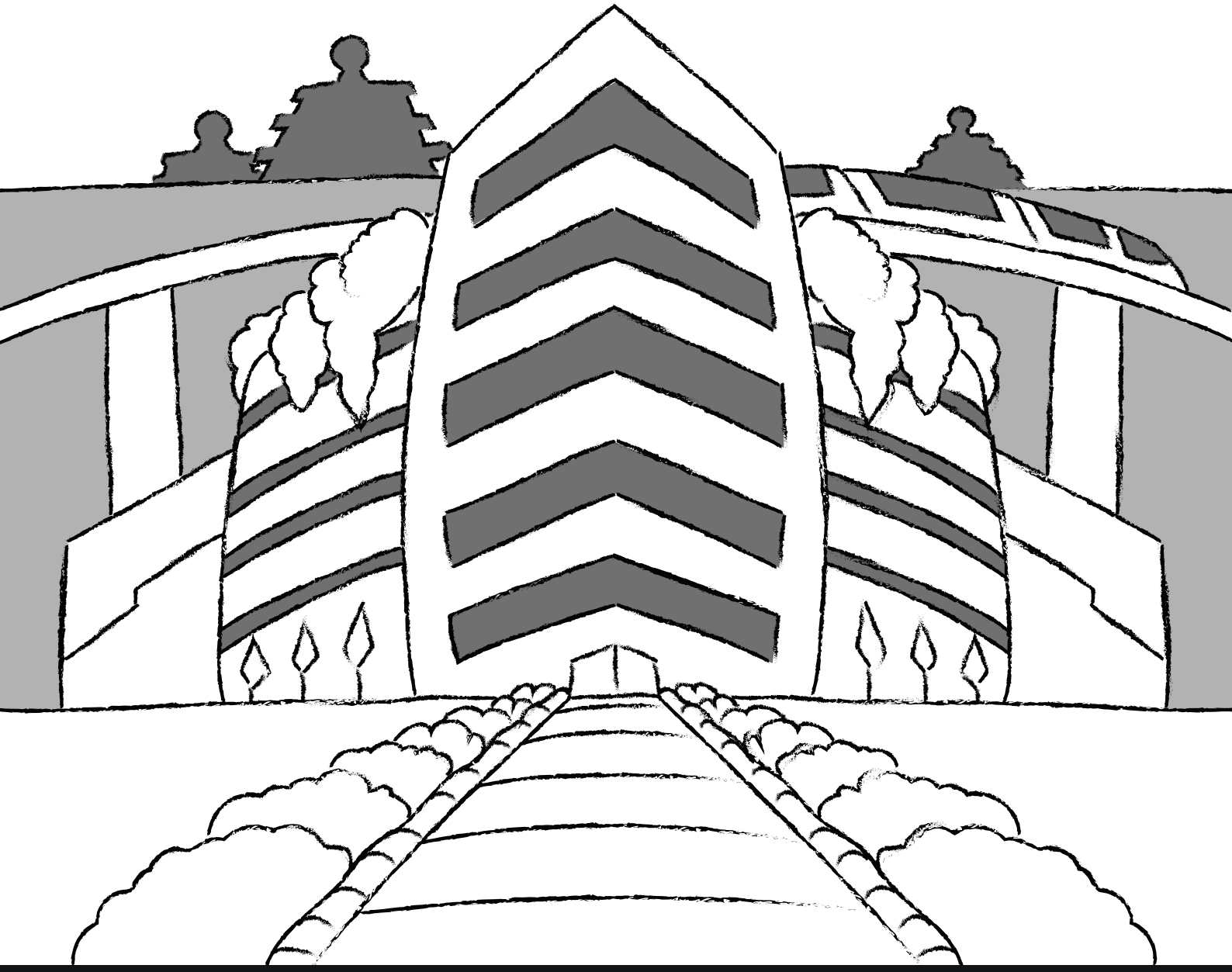
politix

Ausgabe 50 | 2023



Widerstand & Utopie

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien
Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010 Wien
ISSN 1990-4630

-Editorial-

Unabgesprochen und auffällig häufig findet sich folgende Formulierung gleich in mehreren Beiträgen dieser Ausgabe: Derzeit könnten wir uns eher das Ende der Welt als das Ende des Kapitalismus vorstellen. Der Satz markiert gewissermaßen die Pole, zwischen denen sich die vorliegende *politix*-Ausgabe thematisch bewegt, zwischen dem Ende der Welt und dem des Kapitalismus, zwischen Dystopie und Utopie.

Die Idee zu dieser Ausgabe Heft entstammt der redaktionsinternen Überlegung, dass die Welt schon mal rosiger war. Und sie entstammt der Überlegung, dass die desaströse Lage, das drohende *Ende der Welt*, in den letzten *politix*-Ausgaben umfangreich erörtert wurden. Dieses Mal sollte es eine Ausgabe werden, die nicht nur in den Abgrund blickt, sondern sich dem Neuen, dem Besseren zuwendet, Überlegungen anstellt, was es *darüber hinaus* gibt, was denk-, vorstell- und umsetzbar ist.

Das Arbeitsprogramm formulieren Charlotte Hofbauer und Alice Tafuri in ihrem Text ab Seite 8 so: *„Wir wollen zwar für ein Neues, Besseres kämpfen, aber können wir uns überhaupt vorstellen, wie es anders sein kann?“*. Und weiter: *„Ich kann mir ja nichts vorstellen, was ich nicht kenne“*. Sich das Unvorstellbare vorzustellen, eine bessere Welt, inmitten einer Welt, in der das Bestehende den politischen und ökonomischen Horizont definiert – nichts weniger haben wir uns in dieser Ausgabe vorgenommen.

Dass die Lage lange nicht so aussichtslos ist, wie sie erscheinen mag, zeigen diverse Beiträge in diesem Heft zu politischen (Widerstands-)Bewegungen aus der ganzen Welt. So beschreiben etwa Emma Heppner und Felix Leodolter ab Seite 56 das radikale Potential der weltweiten Klimabewegung und Armin Bund erklärt, wie die „Wahl des Webbrowsers“ zum politischen Akt werden kann (ab Seite 61).

In einem gewissen Sinne ist auch die vorliegende Ausgabe die Verwirklichung einer Utopie. 1996 gaben Nina Krecht, Eva Kreisky, Maria Rösslhumer, Alexander Salzmann, Birgit Sauer, Gabriele Schatzl, Berlinda Schneider und Susanne Wegscheider erstmals eine *politix*-Ausgabe in Druck. Die allererste *politix*-Ausgabe drehte sich schwerpunktmäßig um die „Neuorganisierung der Universität“ sowie das Frauenvolksbegehren und Sexismus in der Werbung. „Wir, das Redaktionsteam von Politix, haben einen ersten Schritt gesetzt. Jetzt erwarten wir mit großer Spannung Ihre Reaktion auf unsere neue Zeitschrift“, heißt es im Editorial der *politix* #1.

Dass auf diese ersten Schritte bisher 49 weitere Ausgaben folgten, spricht dafür, dass das Redaktionsteam von damals ziemlich gute Arbeit geleistet hat. Aber ob es noch 1.000 weitere Ausgaben werden oder keine mehr geben wird, darüber habe man sich selten Gedanken gemacht, erinnert sich Luise Luksch, die von 1997 an satte 16 Jahre in der *politix*-Redaktion verbrachte. Die Entstehung der ersten Ausgaben, den Wandel der Institutszeitschrift und die schleichende Entpolitisierung von Lehre und Studium erörtert sie gemeinsam mit dem ehemaligen politix-Redakteur Christian Berger im „Jubiläums-Interview“ zur 50. *politix*-Ausgabe ab Seite 4.

Dank gebührt an dieser Stelle nicht nur den beiden Interviewpartner:innen für das anregende Gespräch, sondern auch den (in dieser Ausgabe besonders zahlreichen) Autor:innen, die dieses Heft – mit Verlaub – zu einem großartigen Heft gemacht haben. Aufgrund der Fülle der Beiträge war das Redaktionsteam der vorliegenden Ausgabe besonders gefordert. Mein Dank gilt daher Armin Bund, Valentin Kasagranda, Florian Mendl, Josef Mühlbauer, Sebastian Rosenauer Lukas Smith, Jonas Spengler, Alice Tafuri, Melvin Tricoire und Hannah Tullius für die Stunden, die ihr mit Feedback, Korrekturschleifen und Lektorat verbracht habt!

Eine anregende Lektüre und einen guten Semesterstart wünscht im Namen der Redaktion,

Johannes Greß

Inhalt

4 Zur 50. politix-Ausgabe: Interview mit den ehemaligen Redakteur:innen Luise Luksch und Christian Berger
Johannes Greß

Nachdenken über Utopie

8 Ja, wenn ich mir das wünschen könnte!
Charlotte Hofbauer, Alice Tafuri

12 Auf der Suche nach der verlorenen Hoffnung. Konstellationen eines materialistischen Messianismus im Werk Walter Benjamins
Colin Kaggl

19 Das Ende der Zukunft und die Realität von Utopien?
Thomas Eisenhut

25 Fragmente einer Liberalen Utopie
Sebastian Rosenauer

32 Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation als Motor der Globalisierung und das transformative Potential des „Frühproletariats“
Simon N. Schmid

Widerstand und Utopie

40 Paradebeispiele rebellierender Demokratie. Zu den Zapatistas in Chiapas und den Kurd*innen in Rojava
Josef Mühlbauer

44 Ungehörte Bomben. Eine kurze Einordnung zum Konflikt zwischen Rojava und der Türkei
Jonas Spengler

48 Das Land des Dauerschwarms
Ivan Gufler

56 Protestieren, aber wozu? Am Beispiel von Fridays For Future
Emma Heppner, Felix Leodolter

61 Warum über Linux reden, wenn die Erde brennt?
Armin Bund

66 Warum wir utopisches Denken nicht den IngenieurInnen überlassen dürfen
Cajetan Koschat

69 Lobau bleibt: Durch Widerstand zur Utopie
Johanna Vogl

73 Emanzipieren wir uns!
Melvin Tricoire

„Wir waren damals die einzigen, die eine eigene Institutszeitschrift hatten“

Interview mit den beiden Ex-Redakteur:innen **Luise Luksch** und **Christian Berger** über 50 Ausgaben politix. Ein Gespräch über die Rolle von *politix* am Institut und die Politikwissenschaft zwischen „Orchideenfach“, „solidarischem Miteinander" und entpolitisierten „Massenbetrieb".

politix. *Luise, du warst von 1997 bis 2011 im Redaktionsteam von politix. Wenn du an die ersten Hefte zurückdenkst, woran denkst du dann?*

Luise Luksch. Eva Kreisky war Institutsvorständin damals, Birgit Sauer war ein, zwei Jahre davor ans Institut gekommen. Ich weiß nicht, wer von den beiden die Idee dazu hatte, vielleicht auch beide gemeinsam. Wichtig war auch Susanne Wegscheider, denn die hatte damals eine Agentur, für sie war das möglich, so ein Projekt anzugehen. Ich habe 1996 Politikwissenschaft zu studieren begonnen und war damals im 1. oder 2. Semester. Das Diplomstudium war eine wunderbare Zeit, 15 Leute im Proseminar. Es war ein kleines Institut auf der Währinger Straße, der Gang war kurz, die Zimmertüren waren offen. Da durfte man am Gang noch rauchen, das waren normale Zeiten damals. Im Detail weiß ich es nicht mehr, aber auf jeden Fall bin ich irgendwie zu einer Sitzung eingeladen worden. Für mich war das alles neu, ich kannte das bis dato nicht, ich hatte noch nie ein Layout gemacht und ich hatte noch nicht mal einen Computer zu der Zeit. Das war nicht so gängig, dass sich jede:r einen Computer leisten konnte.

Christian, du warst von 2017 bis 2020 gemeinsam mit Eva Wackenreuther leitender Redakteur von politix. „Solidarität und Gesundheit", Heft #46, war deine letzte Ausgabe. Woran erinnert dich die Ausgabe?

(© Sebastian Rosenauer)

Christian Berger. Ich erinnere mich weniger an die letzte Ausgabe als an die ersten Ausgaben. Bei mir liegt das ja nicht ganz so weit zurück wie bei Luise. Das Heft #46 erinnert mich an die erschwerten, einsamen Produktionsbedingungen während Corona. Das war die Zeit, als sich das Redaktionsteam in Wahrheit auf Eva Wackenreuther und mich als Leitende Redakteur:innen reduziert hatte. Zu der Zeit, als ich dazugestoßen bin, war es üblich, dass man sich im KomZ getroffen hat und es offene Redakteur:innen-Runden gab, in denen sehr assoziativ und offen versucht wurde, einen Dachbegriff zu finden und so viele Beiträge wie möglich zu ermöglichen. Das war beim 46er-Heft ganz anders. Das war ein eher technokratisch zustande gekommenes Heft, weil wir ja doch einen gewissen Erfüllungsdruck vom Institut hatten und nicht wollten, dass eine Ausgabe ausfällt. Um die Tradition aufrecht zu erhalten, haben wir es realisiert, aber letztlich unter einsamen Bedingungen, und das ist auch ein starker Kontrast dazu, wie ich 2017 erstmals zur offenen Redaktionssitzung dazugestoßen bin. Ich muss sagen, es war sehr viel effizienter und unter den Eva und mir zur Verfügung stehenden Mitteln haben wir es, glaube ich, enorm rasch und zielstrebig realisiert. Aber deswegen ist es auch eines der Hefte, die mir deswegen weniger in Erinnerung geblieben sind.

Luise, du warst 14 Jahre im Redaktionsteam. Wie hat sich das Heft verändert?

Luise Luksch. Anfangs war hauptsächlich Birgit Sauer für die Produktion verantwortlich und dann hat sie immer wieder Student:innen angesprochen, die sie in Seminaren oder als Diplomand:innen hatte. Die hat sie gebeten, eine Zeit lang mitzuarbeiten. Das war noch auf der Währinger Straße, danach sind wir ins NIG umgezogen. Das Heft wurde damals noch in Word designt, bis ich damals endlich eine gecrackte QuarkXPress-Version bekommen habe. Mit der Zeit sind immer wieder dieselben Leute zur Redaktionssitzung gekommen. Abgelaufen ist das so, dass wir so lange miteinander gesprochen haben, bis sich irgendein Thema rauskristallisiert hat. Wir sind damals zwei Mal im Jahr rausgekommen, in guten Jahren auch drei Mal. Aber das waren einfach andere Verhältnisse damals: Wenn du hier länger studiert hast, kanntest du deine Lehrenden sehr gut, du konntest partizipieren, es gab Diskussionen.

In einer Ausgabe aus dem Jahr 1997 kritisiert ihr den Sparkurs der Uni und die schlechter werdenden Studienbedingungen. Das klingt aus heutiger Sicht fast absurd...

Luise Luksch. Ja, das war politisch noch anders. Es gab zu diesen Zeiten einen Umbruch. Es gab einen akademischen Mittelbau, es gab organisierte externe Lehrende und es gab damals noch eine ÖH-Struktur, die um einiges besser aufgestellt war. Zuerst hat die Große Koalition die Externen ruiniert und entmachtet, und später kam der Mittelbau dran. Das heißt, die Verhältnisse, von denen ich gerade spreche, sind aus heutiger Sicht kaum mehr zu erklären. Das war ein solidarisches Miteinander und PoWi war – im Vergleich zu jetzt – ein Orchideenfach.

(© Sebastian Rosenauer)

Christian, das wird bei Dir ein bisschen anders gewesen sein …

Christian Berger. … naturgemäß, weil ich gar nicht Politikwissenschaft studiert habe. Ich habe eigentlich Rechtswissenschaften am Juridicum und Sozioökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien studiert und bin kurzentschlossen zu einer der Redaktionssitzungen dazugekommen. Aber das NIG kenne ich sehr gut, weil ich hier im Haus auch eine Zeit lang Kultur- und Sozialanthropologie studiert habe. Man muss ehrlicherweise sagen, dass die Zustände, von denen Luise gesprochen hat, schon vor zehn Jahren die neue Normalität war an Universitäten – statt einem solidarischen Miteinander haben wir einen Massenbetrieb. Auch die PoWi – die im Gesamtschnitt der Universität immer noch progressiv ist – hat sich professionalisiert und formalisiert – und dadurch auch ein Stück weit entpolitisiert. *politix* war, als ich dazugestoßen bin, auch gar nicht so politisch oder zumindest fand ich, es hätte ein paar mehr Beiträge aus der Zivilgesellschaft verdient.

Was sich dann ja auch im Heft niedergeschlagen hat …

Christian Berger. Ja, Eva und ich haben das Heft wohl ein Stück weit aus dem Institutsrahmen herausgelöst und mehr für die Zivilgesellschaft geöffnet. Wir haben das Heft auch für andere Wissenschaften geöffnet und hatten beispielsweise sehr viele juristische Beiträge. Mich freut es enorm zu sehen, dass in der allerersten *politix*-Ausgabe aus dem Jahr 1996 das Frauenvolksbegehren thematisiert wurde. Auch in der Zeit, in der ich bei *politix* war, war das ein Thema. Auch weil ich selbst im Frauenvolksbegehren engagiert war, haben wir in mehreren Heften viele Beiträge zum Frauenvolksbegehren gebracht. Aber auch von klima- und migrationspolitischen Aktivist:innen gab es Beiträge. Wir hatten im Nachgang der Geflüchtetenschutzkrise etwa ein Heft zu Kritischer Europaforschung und eines zu Sicherheit. Das Heft war während Eva und mir mehr ein aktivistisch-interdisziplinäres Blatt als eine Institutszeitschrift. Das muss ich einerseits selbstkritisch, andererseits sehr selbstbewusst sagen. Ich finde, die Hefte waren durchaus gut und engagiert.

Luise Luksch. Das war bei uns noch anders. Ich kann mich auch noch daran erinnern, dass Eva Kreisky die *politix*-Hefte immer zum Treffen des Dekanats mitgenommen hat – weil wir das einzige Institut innerhalb der gesamten Uni waren, das so etwas besessen hat. Das Spezielle an dem Heft war, dass es eben eine Institutszeitschrift war, die zu gleichen Teilen von Studierenden, Mittelbau, Externen und Professor:innen geschrieben wurde. Das war das, was es ausgemacht hat. Zeitschriften, die mit Zivilgesellschaft und anderen Dingen punkten, gibt's Hunderte ... Für mich war wichtig, dass es eine Institutszeitschrift ist – deswegen habe ich es auch so lange gemacht. Es war der Versuch, den Leuten die Chance zu geben, gleichberechtigt miteinander in Diskurs zu treten. Das war ein Debattenformat, das mittlerweile vielleicht schon sehr veraltet wirkt.

Christian Berger. Die Öffnung Richtung Zivilgesellschaft war ja auch nicht unsere Programmatik, es ist uns mehr passiert...

Luise Luksch. Ich finde das ja auch gut! Ich sage nur, es war eine andere Zeit, ein anderer Fokus damals.

Christian Berger. Natürlich haben wir auch Professor:innen, Studierende und Externe schreiben lassen. Aber wir haben mit diesen Beiträgen, weil wir – ehrlicherweise – das Institut gar nicht mehr so gut kannten, das Heft auch nicht füllen können. Insofern hat sich sozusagen die Verteilung und die Gewichtung verändert...

Luise Luksch. Bildet das nicht einfach die verheerenden Bedingungen an den Universitäten heutzutage ab? Die Leute schreiben nicht mehr für Publikationen wie *politix*, die Leute schauen nur noch, dass sie irgendwo publizieren, wo sie Geld bekommen oder in ihrer Karriere vorankommen.

Christian Berger. Das hat natürlich mit der – kritisch verstandenen – „Professionalisierung" im akademischen Diskurs zu tun. Debatte und Austausch zwischen unterschiedlichen Akteur:innen am Institut ist nichts wert. Für uns in der *politix*-Redaktion war's viel wert, es war qualifizierend und letztlich auch ein politischer Raum, den wir ein Stück weit eröffnet bzw. offen gehalten haben. Aber es ist vollkommen richtig, es gibt natürlich auch zeitgeschichtliche und mit der Institution, der Universität und der Wissenschaft verbundene Gründe, warum es für uns schwieriger wurde, das Heft zu füllen. Einzelne Lehrende gab's, die noch Beiträge geschrieben haben: Birgit Sauer, Gabriele Michalitsch, Ulrich Brand, aber das sind Ausnahmen, engagierte Wissenschafter:innen.

Luise Luksch. Ja, da ist politisches Denken vorhanden.

Christian Berger. Ich finde, es gibt viel Licht und Schatten in der Entwicklung des Heftes. Mit der Zeit wurde auch unser Redaktionsteam kleiner und zwei Personen, die nicht mehr am Institut sind, können so ein Heft nicht mehr gemeinsam füllen. Das war keine optimale Situation. Und viele Studierende haben sich die Zeit nicht genommen bzw. konnten die Zeit nicht aufbringen, hier regelmäßig mitzuarbeiten. Denn es ist ein gewisser Aufwand, das hat eine soziale und eine zeitliche Komponente.

Luise Luksch. Eine Frage bei uns war auch immer: Wie viel Geld ist da? Wie viele Hefte können wir drucken? Machen wir mehrere dünne oder weniger und dafür dickere Hefte? Ich weiß nicht mehr auswendig wie lange, aber eine Zeit lang hatte die „Bank Austria" hinten ein Inserat geschalten. Damals lief das so: Die Koalition schnapst sich das aus, teilt Geld zu, die Uni bekommt Geld – und macht Lehre. Da gab's keine Werbung oder den Zwang zur Drittmitteleinwerbung, das ging bei uns erst los. Wir haben uns schon gefragt: Kann man das machen, eine gekaufte Werbung? Aber so haben wir den Druck der *politix* finanziert.

Könnt ihr euch an eine Lieblingsausgabe erinnern?

Luise Luksch. Die Queere! Ich glaube, das ist die Nr. 14. Das war das erste Mal, das ein queer-Thema am Cover war, das war damals auch nicht so normal.

Christian Berger. Das kann ich mir vorstellen, das ist sicher erinnerungswürdig. Auch am PoWi-Institut, einem linken Institut, ist das nichts,

was viel Platz hat – dafür muss Platz geschaffen werden. Mein Lieblingsheft war das Heft zur Kritischen Europaforschung, denn es war das Heft, bei dem ich erstmals intensiver in die Produktion involviert war. Das Cover und mehrere Fotos im Heft stammen aus einem eigenen Foto-Call, Urlauben und Forschungsaufenthalten, unter anderem von Redaktionsmitgliedern. Das ist ein sehr lebendiges, vielschichtiges Heft. Es hat gleichzeitig, jedenfalls für mich, auch eine persönliche Dimension. Es war rund um die Produktion ein Reflexionsprozess von diversen Lebensverhältnissen.

Wenn ich an einer Ausgabe arbeite, mache ich das mit Word, Slack, Google Drive, E-Mails und so weiter. Luise, wie war das bei dir? Haben dir die Autor:innen Beiträge per Fax geschickt?

Luise Luksch. Nein, man hatte schon eine Datei schicken müssen. In der Anfangszeit gab es noch die Rich Text-Formate (rtf). Bis dann endlich mal alle auf denselben Stand waren und dieselben Verarbeitungsprogramme hatten, hat sich das dann irgendwann eingependelt. Aber bis dorthin war das echt mühsam. Tagelang hat man einfach nur damit verbracht, den Text hin und her zu schicken, weil ein:e Autor:in ein bestimmtes Format nicht öffnen konnte. Dann kam zum Glück irgendwann Word, aber es gab weder Slack noch Soziale Medien.

Wie habt ihr um Autor:innen geworben?

Luise Luksch. Wenn wir in der Redaktion ein Thema festgelegt hatten, hatten wir das am Institut plakatiert. Die Studis mussten sich melden, wenn sie schreiben wollten und danach haben wir über den Inhalt und die Länge gesprochen. Bei den eingehenden Texten haben wir dann gemeinsam entschieden, ob wir den Text nehmen oder nicht.

Christian, ich durfte das von dir und Eva ja sehr professionalisiert übernehmen …

Christian Berger. Ja, du hast ja fast ein „BWL-Set" bekommen, wie man möglichst effizient ein Heft produziert (lacht). Die Professionalisierung kam vor allem durch Eva. Eva bin ich für die stets produktive, aber auch angenehme und heitere Zusammenarbeit dankbar. Und, Luise, ich finde, so viel hat sich dennoch nicht verändert, was Themenfindung und die Auswahl von Texten betroffen hat. Die Kanäle und die Plattform haben sich vielleicht verändert, aber das Prinzip ist in etwa gleich.

Luise, als ihr die ersten Ausgaben produziert hattet, hättest du dir vorstellen können, dass politix *50 Ausgaben lang Bestand haben wird?*

Luise Luksch. Ich hatte echt eine glückliche Zeit, denn ich habe von allen Professor:innen das Gefühl bekommen, sie sind total stolz auf *politix* und dass sie gut finden, was wir machen. Aber ich habe mir nie Gedanken darüber gemacht, ob es noch 1.000 Ausgaben oder keine mehr geben wird. Trotzdem hätte ich mir nicht gedacht, dass ich mal hier sitze und öffentlich meine Zeit bei *politix* Revue passieren lasse. Ich habe 16 Jahre mit *politix* verbracht, aber ich bin seit zehn Jahren nicht mehr am Institut. In dieser Zeit sind so viele Abschnitte vorübergegangen, ist so viel Weiterarbeit passiert, das war zu dem damaligen Zeitpunkt nicht absehbar.

Vielen Dank euch beiden für das Gespräch!

Luise Luksch, 44, studierte Politikwissenschaft und war von 1997 bis 2011 Teil des *politix*-Redaktionsteams. Heute arbeitet sie als Immobilienfachfrau bei Dora - Mobil Betreutes Wohnen der Caritas Erzdiözese Wien.

Christian Berger, 31, studierte Kultur- und Sozialanthropologie im Bachelor und Sozioökonomie sowie Europäisches und Internationales Wirtschafsrecht im Master. Er war von 2017 bis 2020 gemeinsam mit Eva Wackenreuther Leitender Redakteur bei *politix*. Heute arbeitet er als wirtschaftspolitischer Referent in der Arbeiterkammer Wien.

Das Interview führte Johannes Greß, 28, der 2020 die Redaktionsleitung von Eva Wackenreuther und Christian Berger übernehmen durfte.

Ja, wenn ich mir das wünschen könnte!

Charlotte Hofbauer, Alice Tafuri

> Wir können Orte und Zeiträume eröffnen, in denen eine solche Welt durch die Brüche in der bestehenden Welt hindurchscheint, in denen Alternativen möglich sind, trotz der Widerstände und Widersprüche, die sie provozieren.
> (Starodub 2020: 8)

Eine komplette, für alle funktionierende Alternative zu schaffen scheitert schon per Definition; ist eine Utopie nicht an sich unmöglich? „Nein, nein, nein!", schreit es in mir drinnen, aber ich bin mir nicht sicher, ob das stimmt. Denn jede Utopie bringt Widersprüche mit sich und läuft auf diese Widersprüche hinaus. Ich überlege, wie sich an eine solche Utopie angenähert werden kann, ohne dass ihre Widersprüche zu nah aneinandergeraten. Oder vielleicht auch den Widersprüchen zum Trotz? Ja, den Widersprüchen zum Trotz.

Ich überlege. An mehreren Orten, mit mehreren Menschen zu unterschiedlichen Tagen und Temperaturen. Wie kann eine Utopie greifbar werden, kann sie greifbar werden? Ist Utopie nur die Realisierung der gesamten Wunschvorstellung oder kann sie partiell realisiert werden? Diesen Fragen nähere ich mich in einem Prozess mit kreativen Methoden an. Der Begriff Kreativität kommt aus dem Lateinischen *creare* und bedeutet „etwas schaffen". Wenn der folgende Text eine Reflexion des Schaffens von Brüchen, zur Möglichkeit der Umsetzung von Utopien sein soll, suche ich bereits beim Denken der Inhalte kreative Methoden. Denn das Schaffen beginnt vor dem geschriebenen Wort. Es wurde eine Mindmap gemalt. Es wurden Stadtspaziergänge geführt und lange diskutiert. Dabei intensiv überlegt, ob Praxis für die Utopie und utopische Praxis gleichzusetzen sind und wie wir diese Praxis ausüben können. Also wieder *da capo* aber vielleicht auch schon etwas weiter. Ist Praxis für die Utopie nicht Präfiguration? *Präfigu… was?* Präfiguration.

Eine gute Welt für alle kann nicht einfach über Nacht entstehen. Doch es können Räume geschaffen werden, in denen daran gearbeitet wird, Ungleichheitsverhältnissen entgegen zu wirken. Zumindest würde in solchen Räumen „eine alternative, herrschaftsfreie Form sozialer Beziehungen präfiguriert werden" (Starodub 2020: 9). Präfiguration ist quasi eine Vorwegnahme des angestrebten Ziels, eine Annäherung. Teile einer idealen Welt – einer Utopie – werden von ihrem abstrakten Charakter gelöst und in der Gegenwart in die Tat umgesetzt. Der Präfigurationsbegriff wird seit langem auf unterschiedliche Weise verwendet, häufig jedoch (so auch im Kontext der Utopie) wird er mit dem Praxisbegriff in Zusammenhang gebracht. Denn bei Präfiguration handelt es sich um (politische) Praktiken; um die Multiplizität vieler Tätigkeiten, welche der Vorwegnahme einer horizontalen Gesellschaft dienen (vgl. Maeckelbergh 2011: 12). Mit Vorwegnahme ist eine Verlegung bzw. ein In-die-Gegenwart-Holen gemeint. Ein In-die-Gegenwart-Holen von angestrebten, in der Zukunft liegenden Zielen. *Und einer horizontalen Gesellschaft?* Unsere Gesellschaft ist durch viele sogenannten vertikalen Linien geprägt, geformt und geordnet. „Unser Denksystem, unsere

soziale Organisationsweise bauen auf vertikalen Vorstellungen von Effizienz und Machbarkeit auf“ (Starodub 2020: 10). Es existieren vertikale Linien der Macht, die eng mit Hierarchisierungen in Verbindung stehen. Identitäten erleben durch diese Linien Brüche, denn es entsteht eine Polarisierung, eine Binarität, die sich von oben nach unten sichtbar macht und in unterschiedlichen Machtverhältnissen mündet: Vorgesetze*r-Angestellte*r, „Mann-Frau, Akademiker*in-Nichtakademiker*in, krank-gesund“ (Starodub 2020: 10). *Das bedeutet also, während unsere soziale Ordnung von vertikalen Verhältnissen dominiert wird, würden in einer horizontalen Gesellschaft diese Verhältnisse anstatt in einer Hierarchie, nebeneinanderstehen.* Genau, v.a. die linke politische Theorie und Praxis strebt eine solche Utopie an. Eine horizontale Gesellschaft ist auch jene Idee, an der ich mich orientiere, wenn ich von Utopie spreche.

Präfiguration kann also als Bewegung in Richtung Utopie gesehen werden. Sie existiert einerseits an Orten, an denen ein Versammeln, ein kollektives Miteinander stattfindet, um einen Austausch zu ermöglichen und eine Erzählung zu schaffen, an der viele teilhaben. Andererseits schafft präfigurative Politik die Möglichkeit einer politischen Praxis, welche durch Individuen gelebt werden kann. Es bedarf somit zwar eines Diskurses zum Austausch, jedoch keiner organisierten Gruppe, um Utopisches in die reale Gegenwart zu holen und zu leben.

Praxis für die Utopie kann also überall entstehen. Wenn wir aber davon ausgehen, dass diese Praktiken eine Bewegung und somit eine Richtung haben, ist dieser Gedanke der Praxis für die Utopie dann nicht zu starr, zu geradlinig? Ich bin auf ähnliche Fragen gestoßen. Wo liegen die Grenzen, welche die Realisierung einer Utopie umgeben? Und können wir sie (teilweise) überwinden oder sogar brechen? Um zu versuchen, diesen Fragen eine Antwort zu geben, finde ich den Gedanken an Brüche in der Gesellschaft nützlich, vielleicht sogar notwendig. Denn Brüche ermöglichen ein Erblicken von Alternativen. Wir können durch sie über die Grenzen der Welt, in der wir leben, hinausschauen und eine Welt, in der wir leben wollen, erkennen. Die Präfiguration gibt dem Schaffen solcher Brüche einen Namen.

Für mich hat das Wort Bruch einen zu stark destruktiven Charakter, als dass es im Kontext Utopie, insbesondere ihrer Umsetzung, anwendbar ist. Ich überlege kurz. *Wir wollen zwar für ein Neues, Besseres kämpfen, aber können wir uns überhaupt vorstellen, wie es anders sein kann? Inwiefern können uns Brüche dabei helfen, über das hinauszuschauen, was uns die reale Gegenwart zur Verfügung stellt? Ich kann mir ja nichts vorstellen, was ich nicht kenne.* Ja klar, wir können nur mit dem arbeiten, nur das sehen, was da ist und was wir kennen. Doch möglicherweise verändert sich das Material, mit dem wir (Neues) (er)bauen, wenn sich Niedergerissenes neu verbindet und vermischt. Hierfür ist ein disruptiver Charakter ja auch notwendig. Wir müssen zerstören, um Neues bauen zu können. Zwar nicht auf neuem Boden, doch mit dem Material, was beim Brechen übrigbleibt, was dabei entsteht. Brüche zu schaffen ist eine Möglichkeit, sich an eine Utopie anzunähern.

Das ist jetzt aber alles sehr theoretisch. Wie kann also so ein Bruch tatsächlich aussehen? Wovon reden wir, wenn wir "Brüche" sagen? Brüche sind in gewisser Weise eine Grenzüberschreitung; nämlich der Grenzen des uns Bekannten, des Alltäglichen und des Üblichen. Brüche wird es immer geben, sie sind inhärenter Teil unserer Gesellschaft. Aber der eine Bruch an dem konkreten Ort kann sich auflösen und in eine neue Ordnung übergehen. Um dann neue Brüche zu bekommen. Giulia Lamda war eine Malerin im Venedig des frühen 18. Jahrhunderts. Sie war eine der ersten (überlieferten) Frauen, die großflächige Aktstudien malte. Regelmäßig malte sie nackte Männer und Frauen und durfte an diesen Aktsitzungen teilnehmen. Ihre Gemälde finden sich heute an den Kirchenwänden Venedigs. Es wird angenommen, dass noch weitere Gemälde von Frauen an den Wänden zu sehen sind, diese jedoch mit männlichen Pseudonymen betitelt werden. Giulia Lamas künstlerische Präsenz in der Form gilt für jenen spezifisch historisch-gesellschaftlichen Kontext als Bruch. Im aktuellen Kontext in Venedig wäre eine Frau, die Akte malt, kein Bruch mehr. Aber es gibt wieder neue Brüche. So einen

versuchen junge Menschen ein paar Kilometer weiter südlich, die gemeinsam ein Fest planen. Sie engagieren Musiker:innen, sie planen eine Dekoration des Ortes, sie laden Freund:innen und Bekannte ein. Sie tanzen und legen auf. Kurz: ein Rave findet statt. Das soll nicht mehr erlaubt werden, Veranstalter:innen drohen Jahre der Haft und doch werden sich Menschen zusammenfinden und tanzen – ein Bruch. Ich würde argumentieren, dass auch Superblocks in Barcelona (vgl. Superilles 2022) oder Piazze aperte in Mailand (vgl. Milan 2020) einen Bruch darstellen. Superblocks sind ein Projekt spanischer Architekt:innen in Barcelona (vgl. Leku Studios). Die Brüche finden zwar legal und formal statt, haben sich aber bestimmter Ausnahmemomente und Entscheidungsträger:innen bedient, um umgesetzt zu werden.

Die Stadt Wien hat ähnlich proklamierte Ziele der Stadtentwicklung, ist jedoch in der Umsetzung weit weniger mutig (vgl. Stadtentwicklung 2025). Bei den genannten Beispielen in Mailand und Barcelona wurden bestimmte Zonen der Stadt so umfunktioniert, dass keine Autos mehr im Inneren des Blockes fahren und Fußgänger:innen, Radfahrer:innen und Verweilende einen Raum haben, den sie nicht nur durchqueren müssen, sondern an dem sie sich auch aufhalten können. Dafür gibt es Sitzgelegenheiten, Schattenspender, Beleuchtung etc., mit dem Ziel, "to create a healthy, greener, fairer and safer public space that promotes social relations and the local economy" (Superilles 2022). Bei einem Vortrag im Rahmen des „urbanize"-Festivals in Wien im Herbst 2021 bekamen die Vertreter:innen der Umsetzung der genannten Projekte die Frage gestellt, wie sie diese Maßnahmen in einem verstetigten und starren System der Stadtplanung umsetzen konnten. Mit der Antwort stimmten sie überein – es handelte sich zum einen, im Fall Mailands, um den Covid bedingten Lockdown und zum anderen um „Einfach machen und dann fragen". Also Ausschau halten nach Irregularitäten, nach Ausnahmen, nach Lücken, und einfach machen. Selbstverständlich kann die zitierte Person bereits auf einer Basis aufbauen, die es ihr erlaubt in dem Kontext eine solche Aussage zu tätigen. Also aufgrund bestimmter vorheriger Entscheidungen, Möglichkeiten und Privilegien ist die Person in der Lage, jene Aussage zu tätigen und tatsächlich so zu handeln.

Wir müssen berücksichtigen, dass nicht alle in der Position sind, einfach zu machen. Meiner Meinung nach besitzen wir alle ein emanzipatorisches Element, das sich unterschiedlich manifestiert. Dementsprechend kann nicht von außen definiert werden ab wann eine Handlung als der Emanzipation oder der Schaffung eines Bruches würdig ist. Es liegt dann an uns, diese wertzuschätzen. Solch eine Wertschätzung bringe ich den tanzenden, demonstrierenden, sich umarmenden Frauen und Allies im Iran gerade zu. Es ist für mich nichts Besonderes, mit offenen Haaren im Klassenzimmer zu sitzen, diese Frauen brechen aber gewaltig.

Brüche im Bestehenden schaffen also die Möglichkeit, Alternativen aufzuzeigen und zu erkennen. Doch das alleinige Schaffen eines solchen Bruches ist nicht einzig der Inhalt der Präfiguration. Ein angestrebtes Ziel wird durch das Brechen des Bestehenden vorweggenommen. *Nur das Brechen selbst ist aber keine Vorwegnahme. Ich glaube nämlich, einen Bruch zu schaffen, ist nicht alleine der Inhalt des Begriffes Bruch und Präfiguration. Ein Bruch besteht aus mehr als seinem Entstehen.* Genau, ein Bruch ist nicht an einen einzelnen Zeitpunkt gebunden – er ist eher zeitgelöst. Es handelt sich mehr um eine Zeitspanne, die sich vom Entstehen des Bruchs bis hin zum zur „Normalität" gewordenen Gewöhnlichen erstreckt. Das Schaffen von Brüchen ist also Teil der Präfiguration; aber vor allem ist ein Bruch jener Ort, an dem wir sehen, dass das Bestehende nicht determiniert, sondern kontingent ist. Es ist ein Ort, an dem ein Abweichen möglich wird. *Ist ein Bruch aber ein Ort, ein Raum? Oder einzig ein Zerstören eines Raumes?* Naja, es ist kein lokaler Raum (zumindest nicht notwendigerweise), aber ein sozialer. Ein sozialer Raum, der einerseits zerstört und verändert, und andererseits auch durch Zerstörung und Veränderung entsteht.

Durch Brüche werden Utopien sicht- und greifbar. Wenn wir versuchen, eine gute Alternative zu schaffen, ermöglichen wir dann nicht einfach nur uns selbst und

unserem Umfeld in gewisser Weise ein nach unseren Maßstäben gutes Leben? Vielleicht können wir auch nur unterbrechen. Das Bestehende unterbrechen und nicht neu denken. Natürlich drehen wir durch unsere individuelle politische Praxis nicht die komplette Welt um. Aber zu denken, dass wir uns einer besseren Welt, einer guten Welt nicht annähern und dadurch zum Teil auch leben können, macht uns passiv. Es führt dazu, dass wir bestehende Verhältnisse einfach akzeptieren. Die Utopie ist hierfür eine *antidote*. Sie ist Möglichkeit für Orientierung.

Durch die Konnotation des Nicht-Realisierbaren, des Träumerischen, ist bei der Utopie immer auch eine Ambivalenz in ihrer Kritik zu erkennen. Die Utopie stellt bestehende Verhältnisse in Frage und schafft einen Gegenentwurf. „Utopien sind der Ort des Bruchs mit den Verhältnissen, denen sie entsprungen sind" (Schmitz 2019: 61). *Brüche haben also trotz ihres zerstörerischen Charakters auch schaffende Eigenschaften*. Genau, und im Kontext der Utopie stehen sich diese beiden wechselwirkend gegenüber. Das utopische Denken ist Ressource, welche gegen eine Passivität und eine Teilnahmslosigkeit gegenüber bestehenden Verhältnissen arbeitet (vgl. Starodub 2020: 8). So zeigen sowohl die Utopie als auch die Praxis für die Utopie, dass etwas in der Gegenwart nicht passt bzw. passen muss. Utopien bieten die Aussicht auf Alternativen, die durch Brüche greif- und benennbar werden. Es wird die Möglichkeit nach Veränderung geschaffen und es wird gezeigt, dass ein Anderes möglich ist; ein Anderes, das von dem uns Bekannten abweicht, indem das Gegenwärtige in Frage gestellt wird.

Alice Tafuri hat das Politikwissenschaftstudium in Wien begonnen und wird's nun bald auch hier beenden.

Charlotte Hofbauer liest gern Texte, das trifft sich gut – sie studiert Germanistik.

Literatur

Superilles (2022): Welcome to Superilles | Superilles (barcelona.cat) (aufgerufen am 16.11.2022).

Milan 2020. Adaptation strategy (Jahr unbekannt): d 9be0547-1eb0-5abf-410b-a8ca97945136 (comune.milano.it) (aufgerufen am 16.11.2022).

Leku Studio - Office for architecture, urbanism and landscape (2022): Leku Studio - Office for architecture, urbanism & landscape (aufgerufen am 16.11.2022).

Stadt Wien | Stadtentwicklung (2022): Wien handelt - Kurzfassung zum STEP 2025: Kurzfassung zum Stadtentwicklungsplan Wien - STEP 2025 (aufgerufen am 16.11.2022).

Starodub, Alissa (2020): Lasst es glitzern, lasst es knallen! Politische Theorie und Praxis für die Utopie. Münster: Edition Assemblage.

Schmitz, Luki Sarah (2019): Commons als konkrete feministische Utopie? Zur Diskussion des Begehrens nach Utopien in neoliberalen Strukturen. In: Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. 2019-1. S. 59-72. Verlag Barbara Budrich.

Auf der Suche nach der verlorenen Hoffnung

Konstellationen eines materialistischen Messianismus im Werk Walter Benjamins

Colin Kaggl

Einleitung

Walter Benjamin, Philosoph, Übersetzer, Kunst- und Kulturkritiker, in jungen Jahren praktizierender Jude, seine frühen Beschäftigungen fast ausschließlich metaphysisch geprägt, fand erst um 1929 vollständig zum Marxismus (Scholem, 1975: 198). Sein Denken blieb jedoch entschieden jüdisch geprägt. So erklärte er 1931 in einem Brief an den damaligen Herausgeber der *Neuen Schweizer Rundschau*, was ihn zur Anwendung materialistischer Betrachtungen geführt hatte. Nicht etwa marxistische Schriften oder eine marxistische Weltanschauung, sondern die „metaphysische Grundrichtung" seiner eigenen Forschung. Er sei bestrebt gewesen, die Richtung seines Denkens „auf diejenigen Gegenstände zu lenken, in denen jeweils die Wahrheit am dichtesten vorkommt" (Benjamin, 1991a: 523). Und weiter: „Ich habe nie anders forschen und denken können als in einem, wenn ich so sagen darf, theologischen Sinn – nämlich in Gemäßheit der talmudischen Lehre von den neunundvierzig Sinnstufen jeder Thorastelle" (Benjamin, 1991a:524). Benjamins Methode folgt also einem Verständnis von Theologie, welche hermeneutisch genannt werden kann und an der Talmudauslegung ihr Vorbild hat. Es sei, so Theodor W. Adorno, das Anliegen Benjamins gewesen, „profane Texte so zu betrachten, als wären es heilige". Dieses Verfahren sei nicht die letzte unter seinen „Operationen zur Säkularisierung der Theologie um ihrer Rettung willen" gewesen (Adorno ,2003a: 573). Um ihrer Rettung willen musste die Theologie allerdings mit dem Marxismus konfrontiert werden. Marx hätte den Messianismus säkularisiert, und das sei gut so gewesen (Benjamin, 1991d: 1231).

Diese Vorstellungen kulminieren bei Benjamin in einem impliziten materialistischen Messianismus, die sich in den kurz vor seinem Freitod geschriebenen geschichtsphilosophischen Thesen *Über den Begriff der Geschichte* vielleicht am unverstelltesten finden lassen. Die Thesen beginnt Benjamin mit der Geschichte eines Schachautomaten, die ihm als Allegorie für seine folgenden Ausführungen dient

> Bekanntlich soll es einen Automaten gegeben haben, der so konstruiert gewesen sei, daß er jeden Zug eines Schachspielers mit einem Gegenzuge erwidert habe, der ihm den Gewinn der Partie sicherte. Eine Puppe in türkischer Tracht, eine Wasserpfeife im Munde, saß vor dem Brett, das auf einem geräumigen Tisch aufruhte. Durch ein System von Spiegeln wurde die Illusion erweckt, dieser Tisch sei von allen Seiten durchsichtig. In Wahrheit saß ein buckliger Zwerg darin, der ein Meister im Schachspiel war und die Hand der Puppe an Schnüren lenkte. Zu dieser Apparatur kann man sich ein Gegenstück in der Philosophie vorstellen. Gewinnen soll immer die Puppe, die man ‚historischen Materialismus' nennt. Sie kann es ohne weiteres mit jedem aufnehmen, wenn sie die Theologie in ihren Dienst nimmt,

> die heute bekanntlich klein und häßlich ist und sich ohnehin nicht darf blicken lassen“ (Benjamin, 1991e:691).

Entsprechend sind Theologie und Materialismus in Benjamins Denken wechselseitig aufeinander angewiesen und (über)leben mit- und durcheinander. Im Folgenden werde ich einen näheren Blick auf dieses nicht ganz unparadox wirkende Verhältnis legen. Ich werde dafür zunächst in den jüdischen Messianismus einführen und will mich dabei auf Ausführungen Gershom Scholems beschränken. Scholem, verbunden mit Benjamin nicht nur durch ihre enge Freundschaft der prägenden Jugendjahre, gehörte zu den ersten Erforschern der jüdischen Mystik und der Kabbala. Später gab er zusammen mit Theodor W. Adorno die ersten gesammelten Schriften Benjamins heraus. Daran anschließend bespreche ich Walter Benjamins Schrift *Über den Begriff der Geschichte* und das darin angelegte Verhältnis von Materialismus und Messianismus sowie dessen Konsequenzen. Benjamin kann lehren, *ganz anders* zu denken. Seine Werke erschließen sich selten auf den ersten Blick, laden vielmehr zu neuen Interpretationen, Deutungen und zuweilen auch zu „Gedanken, die sich selbst nicht verstehen“, ein, denen bekanntlich Adorno beschied, *einzig wahr* zu sein (Adorno 2003c:216).

Grundlagen des jüdischen Messianismus

Als Grundlage eines politischen Messianismus bietet sich der jüdische Messianismus ungemein besser an, als sein christliches Pendant. Während es sich beim christlichen (bereits stattgefundenen) Messianismus um eine Erlösung des Geistes, also im *Innerlichen* abspielt, vollzieht sie sich im Judentum im *öffentlichen* Bereich. Im Judentum stelle die „Wiederherstellung aller Dinge an ihren rechten Ort, welche die Erlösung ist“, ein Ganzes wieder her, ohne von „solcher Scheidung in Innerlichkeit und Äußerlichkeit“ zu wissen (Scholem, 1970:142). Die messianische Idee im Judentum kennt also keine einseitige Erlösung des Geistes in einer unerlösten Welt.

Für das rabbinische Judentum als einem sozial-religiösen Phänomen, weist Scholem auf drei distinkte Strömungen hin: konservative, restaurative und utopische. Die konservativen Kräfte hätten dabei zwar großen Anteil am Erhalt der Tradition und dem (Fort-)Bestehen der jüdischen Gemeinden gehabt, spielten aber in der Frage des Messianismus eine untergeordnete Rolle. Relevant seien daher vor allem die zwei konkurrierenden Vorstellungen desselben, nämlich restaurative und utopische Vorstellungen gewesen. Von ihrer Natur zwar gegensätzlich seien sie selten in Reinform, sondern viel öfter ineinander verschlungen vorgekommen: „Der Grund hierfür ist klar: auch das Restaurative hat utopische Momente und in der Utopie werden restaurative Momente wirksam“ (ebd.). Utopische Momente können sich entsprechend aus Projektionen auf die Vergangenheit anstelle von Projektionen auf die Zukunft speisen. Der gemeinsame Grund von beiden Strömungen ist die messianische Hoffnung (ebd.:125). Die restaurative Vorstellung liefert zugleich die „Grundlage für die Vision der Zukunft“ (ebd.). Wobei Scholem hier von einer „dialektisch verschlungenen Spannung“ spricht, insofern das ganz Neue immer auch Elemente des ganz Alten, aber auch dieses Alte selbst „gar nicht das realiter Vergangene, sondern ein vom Traum Verklärtes und Verwandeltes, auf das der Strahl der Utopie gefallen ist, darstellt (ebd.).

Beide dieser Kräfte sind und waren historisch mit Vorstellungen der Apokalypse verbunden. Den apokalyptischen Propheten, so Scholem, zeige Gott den *Gesamtverlauf der Geschichte* „unter besonderer Betonung des Heraufkommens jenes neuen Äons, der sich in den messianischen Ereignissen durchsetzt und manifestiert“ (ebd.: 127).

Das Paradoxe daran ist für Scholem, dass die Erlösung zumeist nicht aus Vorangegangenem resultiert, also auch nicht aus der Katastrophe selbst. Im Gegenteil würde in der Literatur stets die *Übergangslosigkeit* dieses Zustandes betont: „Die Bibel und die Apokalyptiker kennen keinen (menschlichen) Fortschritt in der Geschichte zur Erlösung hin“ (ebd.:133). Zwar gab es immer wieder auch Strömungen, die "messianischen Aktivismus“ vertraten, also das

Kommen des Messias durch Praxis beschleunigen wollten, gegen das „Hindrängen auf das Ende", also die aktive Herbeiführung der messianischen Zeit hätten die apokalyptischen Autoren aber stets polemisiert: Der Messias kommt, wenn er kommt, und das ohne menschliches Zutun. Die messianischen Apokalyptiker sahen im Messias einen „Einbruch der Transzendenz in die Geschichte, […] in dem die Geschichte selbst zu Grunde" gehe (ebd.). Die Hoffnung der Apokalyptiker richte sich demgemäß nicht auf die Geschichte und ihren Gang, sondern „auf das, was nach ihrem Untergang hochkommt, nun endlich unverstellt frei wird" (ebd.).

Geschichte und Utopie

In den im Zuge der NS-Machtübernahme, während Flucht und Exil entstandenen Werk *Über den Begriff der Geschichte* begründet Benjamin einen neuen Begriff der Geschichte, welcher sich an solchen messianisch-apokalyptischen Traditionsmustern aufrichtet. Benjamin beginnt mit der Reflexion, dass unser Begriff von Glück maßgeblich von der Zeit tingiert sei. Glück sei insofern nicht in der Projektion auf die Zukunft, sondern in der Rückschau auf die Vergangenheit enthalten (Benjamin, 1991e: 693, 1991b: 599 f.). Benjamin folgt hier auch dem Bilde Marcel Prousts, dass dieser in *À la recherche du temps perdu* zeichnete. Der Protagonist des Romans wird hier beim Essen eines *madeleines* geistig in seine Kindheit rückversetzt. In einer solchen *mémoire involontaire* erfolgt eine blitzhafte Verbindung, in der Vergangenheit und Jetztzeit versöhnt sind und dadurch als Glück erfahren werden (siehe dazu auch Szondi 2011). Es ist ein Zustand der Glückseligkeit, indem, wie Benjamin in der *Einbahnstraße* beschreibt, das Subjekt „ohne Schranken seines selbst inne werden" kann (Benjamin, 1991c: 113). Diese Erfahrung, die die Möglichkeit von Glück in einer neu hergestellten Beziehung zur Vergangenheit bezeugt, erweitert Benjamin zu einer Form „restaurativen Utopismus'". Nach dem Vorbild des jüdischen Messianismus, wie in Gerhom Scholem darlegte, kommt es dabei zu einer dialektischen Spannung von Vergangenheit und Gegenwart, die durch ihr uneingelöstes Versprechen auch auf die Zukunft verweisen. So ist für Benjamin im Vergangenen Glück – und seiner Möglichkeit, damit unveräußerlich die Erlösung, ein „messianischer Kern" (Benjamin, 1991e:693) aufgehoben. Diesen zu bergen stellt er als die praktische Aufgabe materialistischer Geschichtsschreibung heraus. Entgegen traditioneller Geschichtsschreibung, wie er sie insbesondere am Historismus kritisiert, ist Vergangenheit nämlich nicht etwas, was schlicht *da ist*, und einfach zu konsumieren wäre, sondern immer bereits Gegenstand einer Konstruktion. Die Methode des Historismus und allen Positivismus' kritisiert Benjamin hier vor allem aufgrund ihrer vermeintlichen Neutralität, die vermeintlich nicht-ideologisch ausschließlich davon ausgeht, was sich empirisch *zeigt*. Gerade deren Credo der *Einfühlung* in die Geschichte wird zur Komplizenschaft mit und Apologie einer Geschichte der Herrschaft. Eingefühlt wird sich dabei nämlich in erster Linie in die, die siegreich aus dieser Geschichte hervorgegangen sind. Ihre Siege werden fatalistisch und deterministisch als alternativlos dargestellt. Demgegenüber stellt Benjamin die sogenannten dialektischen Bilder, derer sich eine kritische Geschichtsschreibung bedienen müsse. In solchen Bildern komme das Gewesene mit dem Gegenwärtigen Unrecht und Leid zu einer Konstellation zusammen. Das wahre Bild der Vergangenheit kristallisiert sich als *Monade*. Darin wird die Vergangenheit zitierbar, sie wird zur Gegenwart und tritt in ein neues Verhältnis zur Jetztzeit ein. In dem diese Monade, in der historische Materialist:innen nach Benjamin eine messianische Stillstellung des Geschehens erkennen (Benjamin, 1991e:704), aus dem Kontinuum gelöst und aus diesem Zusammenhang gerissen wird, ergibt sich eine neue Beziehung zu ihr. Geschichte wird dabei von ihrer Möglichkeit her betrachtet, in der jederzeit der Messias durch die Pforte schreiten könnte (ebd.).

Dazu muss der Lauf der Geschichte „gegen den Strich gebürstet" (Benjamin, 1991e:697) werden. Das Augenmerk muss gerade auf diejenigen Stellen der Geschichte gerichtet werden, über die die offiziellen Quellen schweigen; die von der Universalgeschichte vergessen wurden. Es muss in jeder Epoche versucht werden, „die Überlieferung von Neuem dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff steht sie zu überwältigen" (Benjamin, 1991d:695). Es geht um

die Darstellung einer Geschichte der Herrschaft, die keineswegs abgeschlossen ist. Benjamin tritt aber vor allem auch ein für die Subjekte dieser Geschichte, die von ihr immer wieder zu Objekten gemacht werden. Die Beherrschten sollen nachträglich bewahrt und erlöst werden.[1]

Dazu fordert Benjamin von einer materialistischen Geschichtsschreibung das *Eingedenken* der Opfer der Geschichte. Demnach wäre *nichts* und auch *niemand* von der Geschichte verloren zu geben. Dieses Eingedenken, dem eine zentrale Bedeutung im Benjaminschen Denken zukommt, steht dabei der jüdischen Kategorie des *Zekher* nahe (Gagnebin 2011:298), bei dem der Toten durch das Nennen ihrer Namen ehrend erinnert wird. Durch das Eingedenken machen wir eine transformative Erfahrung mit der Vergangenheit:

> Was die Wissenschaft ‚festgestellt' hat, kann das Eingedenken modifizieren. Das Eingedenken kann das Unabgeschlossene (das Glück) zu einem Abschlossenen [sic] und das Abgeschlossene (das Leid) zu einem Unabgeschlossenen machen. Das ist Theologie; aber im Eingedenken machen wir eine Erfahrung, die uns verbietet, die Geschichte grundsätzlich atheologisch zu begreifen, so wenig wir sie in unmittelbar theologischen Begriffen zu schreiben versuchen dürfen (Benjamin, 1991b:589).

Es sind eben diese Geschichtsschreibenden, denen die Gabe innewohnt, im Vergangenen den Funken der Hoffnung zu entfachen (Benjamin, 1991e:695). Insofern ist eine solche Geschichtsschreibung eine zutiefst politische Angelegenheit, denn „Vergangenes historisch artikulieren heißt nicht es erkennen ‚wie es denn eigentlich gewesen ist'. Es heißt, sich einer Erinnerung bemächtigen, wie sie im Augenblick einer Gefahr aufblitzt" (ebd.). „Die materialistische Geschichtsschreibung führt die Vergangenheit dazu, die Gegenwart in eine kritische Lage zu bringen" (Benjamin, 1991b: 588). Sie versetzt dadurch gegenwärtig Unterdrückte in eine stärkere Position. Wie der Messias aber jederzeit durch die Pforte treten kann (Benjamin, 1991e: 704), so verhält es sich auch mit der Revolution, sie kann jederzeit stattfinden; ist gleichsam immer möglich und im Bild der unterdrückten Vergangenheit aufgehoben (Benjamin, 1991d: 1232; 1242). Die Suche nach der verlorenen Hoffnung führt also in die Vergangenheit. Eine Vergangenheit, die die Züge des Kommenden trägt und einen Vorklang der Zukunft bereithält (Szondi, 2011: 285).

Fortschritt und Faschismus

Dem widerspricht aber vor allen Dingen ein bis heute vorherrschender Begriff, der Geschichte im Begriff des Fortschritts und der stetigen Verbesserung fundiert. Der messianische Materialist Benjamin allerdings erkennt im sogenannten Fortschritt nichts als die Perpetuierung von Herrschaft und Leid. Das Staunen darüber, was im 20. Jahrhundert *noch* möglich sei, sei dementsprechend „kein Philosophisches", es stehe „nicht am Anfang einer Erkenntnis, es sei denn derjenigen, dass die Vorstellung von Geschichte, aus der es stammt, nicht zu halten" (ebd.) ist. Anhand der berühmten Aquarellzeichnung *Angelus Novus* von Paul Klee, in dem Benjamin den Engel der Geschichte erblickt, illustriert Benjamin diesen Fortschrittsbegriff:

> Der Engel […] hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor uns erscheint, da sieht er eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, daß der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn

1 Diese Suche ist zugleich nicht unbedingt ein aktiver Prozess, sondern diese bildhaften geschichtlichen Momente und ihre Protagonist:innen springen die Materialist:innen förmlich an, es kommt zur Konstellation mit dem Gewesenen und dem Seienden, dem Subjektiven wie dem Objektiven. Und durch diese Erfahrung, die zuweilen am eigenen Leib spürbar wird, trägt die Objektivität der (materialistischen) Geschichtsschreibung immer auch ein Subjektives. „Wahre Objektivität ist an Subjektivität gebunden", schreibt Peter Szondi (2011:290).

> unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist dieser Sturm (ebd.:797 f.).

Was wir also Fortschritt nennen, ist nichts anderes als eine beständige Anhäufung von Trümmern. Der Engel der Geschichte, der die Trümmer zusammenfügen und die Toten wieder lebendig machen will, wird gehindert durch den Sturm des Fortschritts. Dass es so weiter geht wie bisher, „*ist* die Katastrophe" (Benjamin 1991f: 683). Insofern sah er entgegen Marx' Diktum der Revolution als der „Lokomotive der Geschichte", die Revolution als etwas gänzlich anderes: „Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zuge reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse" (Benjamin, 1991d: 1232). Die Marxsche klassenlose Gesellschaft wäre dann „nicht das Endziel des Fortschritts in der Geschichte, sondern dessen so oft mißglückte, endlich bewerkstelligte Unterbrechung" (Benjamin, 1991d: 1231). Sie wäre im Sinne der messianischen Apokalyptik der Abbruch einer Geschichte von Leid und Unterdrückung. Nicht Fortschritt in der Geschichte, sondern das *ganz andere*, das nach ihr kommt. Eine so gefasste Utopie müsste allerdings auch eine sein, in der auch die Toten wieder lebendig werden, auch wenn dies im materialistischen Sinn nur im Eingedenken also, dem Gedächtnis der Lebenden, verwirklichbar wäre.[2]

Es ist hier wohl das stärkste theologische Argument Benjamins ausgesprochen. Nicht nur muss die Utopie die Abschaffung des Todes und des Leids beinhalten, sondern auch die Erweckung der bereits Toten. Utopie muss sich gegen das bestehende Leid richten, darf aber das Vergangene nicht unkritisiert und unaufgehoben lassen. Benjamin richtet sich damit gegen die Herrschaft des Kapitals und dem drohenden Aufgehen von Subjekt im Objekt, die im Nationalsozialismus wahr gemacht werden sollte (Dahlmann, 2016: 233 f.).

Die Politiker, auf die die Gegner des Faschismus gehofft hatten, so Benjamin 1940, lägen auf dem Boden, denn der „sture Fortschrittsglaube dieser Politiker, ihr Vertrauen in ihre ‚Massenbasis' und schließlich ihre servile Einordnung in einen unkontrollierbaren Apparat" seien „drei Seiten derselben Sache gewesen" (Benjamin, 1991e: 698). Neben einer deutlichen Kritik am Sowjetkommunismus, dessen *Großem Terror* sowie dem Nichtangriffspakt mit Nazi-Deutschland, die den Entstehungsrahmen der Thesen bildeten (Scholem, 1972: 129), kritisiert Benjamin hier vor allem auch die deutsche Sozialdemokratie. Beide vereint die Absage an die messianische Idee der Versöhnung, die Marx in der klassenlosen Gesellschaft säkularisiert hatte (Benjamin, 1991e: 698). Die hegelo-marxistische Geschichtsteleologie insbesondere sowjetischer und sozialdemokratischer Prägung ging davon aus, dass die Entwicklung der Produktivkräfte, d.h. die Entwicklung des Kapitalismus, zu einer quasi automatischen Entwicklung der Gesellschaft hin zu einer freieren und besseren Gesellschaft führe, das heißt einer ‚im Grunde guten' Entwicklung. Diese sollten einerseits durch Reformen und andererseits durch *andere* Formen des Wirtschaftens auf Basis von Manipulation und *social engineering* vollbracht werden. Veränderungen und auch real erkämpfte Verbesserungen behielten damit den fahlen Beigeschmack, immer auch den realen Bedürfnissen des Kapitals zu entsprechen.

Die Herbeiführung der klassenlosen Gesellschaft war für sie nun keine Notwendigkeit mehr, stattdessen unterwarf man sich einem unendlichen Prozess von Reformen und angeblichen Verbesserungen oder wartete auf die „revolutionäre Situation", „die bekanntlich nie kommen wollte" (Benjamin, 1991d: 1231).

In Wirklichkeit, so Benjamin, gäbe es aber keinen Augenblick, „der *seine* revolutionäre Chance nicht mit sich führte – sie will nur als eine spezifische definiert sein, nämlich als Chance einer ganz neuen

2 Es ist bezeichnend, dass Theodor W. Adorno, der über Utopie fast ausschließlich negativ sprechen wollte, in seinem Aufsatz *Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit*, des Teufels innerstes Prinzip mit Goethe als die Zerstörung der Erinnerung bezeichnet. Nach der Schoah sollte die Erinnerung möglichst zugedeckt bleiben und damit „die Ermordeten […] noch um das einzige betrogen werden, was unsere Ohnmacht ihnen schenken kann, das Gedächtnis" (Adorno, 2003b: 557 f.)

Lösung im Angesicht einer ganz neuen Aufgabe“ (ebd.: 1232). Insofern spricht Benjamin davon, dass der klassenlosen Gesellschaft ihr „echtes messianisches Gesicht“ wiedergegeben werden müsse „und zwar im Interesse der revolutionären Politik des Proletariats selbst“ (ebd.: 1231).

Der Nationalsozialismus bewies, dass der Gang der Geschichte, Moderne und Aufklärung unter kapitalistischen Vorzeichen eine dunkle Seite haben. Obwohl Benjamin den vollen Umfang der Schoah nicht mehr erleben würde, war ihm dies bereits früh klar: Zum Kapital gehören Krise, Herrschaft und Gewalt. Die Schoah bezeichnete eine neue Qualität menschlicher, staatlicher und gesellschaftlicher Destruktivität. Sie bricht alle derartigen Vorstellungen des Fortschritts in der Geschichte und diese Geschichte ist nicht beendet. Es ist passiert, es kann wieder passieren.

Die Theologie steht dagegen für die Abschaffung von Herrschaft und Leid ein. Dem theologischen Denken kommt in diesem Sinne eine Sprengkraft zu, die im krassen Widerspruch zum Marxismus sozialdemokratischer und sowjetischer Prägung steht. Das teilt sie mit der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie – beide teilen den Glauben daran, dass alles auch ganz anders sein könnte und Menschen in vernünftigen Verhältnissen leben können und müssen.

Für Benjamin muss die Revolution das Kontinuum der Geschichte aufsprengen und den katastrophalen Gang der Geschichte zu einem Stillstand bringen. Benjamin bezieht sich nicht etwa aus biographischen Gründen auf die Religion, sondern weil es ihm erlaubt, das Versprechen von Glück gegen die Katastrophe, die ist und die droht, hochzuhalten. Angesichts der Schoah betonte Benjamin die revolutionäre Chance eines jeden geschichtlichen Augenblicks.

Mit dem Aufstieg des NS, dem sich nicht zuletzt auch relevante Teile der Arbeiterschaft angeschlossen haben, wurden der Sozialdemokratie ihre Vorstellungen selbst zum Verhängnis. Mit der Ideologie der Arbeiterklasse als Erlöserin *künftiger* und nicht etwa der geschlagenen vergangenen und gegenwärtiger Generationen, d.h. ihrem Bruch mit dem (säkularisierten) Messianismus, wurde ihr Verrat auch zum Verrat an den europäischen Juden und Jüdinnen.

Im Zusammenhang dieser Gefahr musste die Erlösung für Benjamin *jetzt* kommen. Sie ist nicht gekommen.

Epilog

Während Benjamin sich auf der zu misslingen drohenden Flucht in Spanien das Leben nahm, war es wiederum Scholem, der in einem Brief 1946 an seine Freundin Hannah Arendt aussprach, was die Vermeidung oder Wiederholung dieser oder einer ähnlichen Katastrophe für die Juden und Jüdinnen zumindest potenziell zu verhindern in der Lage gewesen wäre und auch heute noch sein kann. Trotz seiner eher anarchistisch und nicht unkritisch gegenüber dem Zionismus gestimmten Haltung trat er Arendt gegenüber vehement für die israelische Staatsgründung ein. Zwar sei ihm das „Staatsproblem vollkommen schnuppe“ (Arendt und Scholem 2010: 94) und er der Meinung, dass die Erneuerung des jüdischen Volkes nach der Schoah weder von seiner politischen noch von seiner sozialen Organisation abhänge; entgegen der Gegner, die nicht „an unseren moralischen Gesinnungen interessiert, sondern an der Frage, ob wir ueberhaupt vorhanden sind oder nicht“ (ebd.:94 f.), schließe er sich dennoch den „zionistischen Politikern“ für die Staatsgründung an. Gerhard Scheit attestiert Scholem, der schon in den 1920er-Jahren in das britische Mandatsgebiet Palästina ausgewandert war, in seinen Erfahrungen in Palästina eine Bewusstwerdung darüber, „was Utopie im messianischen Sinn ist – eine Welt, die staatlicher Herrschaft nicht mehr bedarf – und was sie nicht sein kann: der Aufbau eines jüdischen Staats“ (Scheit, 2020: 42 f.). Israel ist aber eben kein Staat wie jeder andere – so muss die Kritik des Staates auch die wirkliche Bedeutung des Judenstaats einschließen: „Zufluchtsort der Juden zu sein“ (Scheit, 2020: 43). Diese Position wäre mit Adorno vielleicht als eine Nötigung zu verstehen, nach der Schoah dialektisch

und undialektisch zugleich zu denken, die er nicht zuletzt als charakteristisch für die Schriften Walter Benjamins erkannte (Adorno, 2003c:171).

Colin Kaggl hat Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Wien studiert. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Ideologie und Geschichte des Nationalsozialismus, deren Fortwirken sowie Antisemitismus in historischer und aktueller Perspektive. Darüber hinaus beschäftigt er sich mit Kritischer Theorie und Psychoanalyse. Demnächst erscheint ein Essay zur Anpassung deutscher Psychoanalytiker:innen an den Nationalsozialismus in Sans Phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik.

Literatur

Adorno, Theodor W. (2003a): Einleitung zu Benjamins "Schriften", in Gesammelte Schriften 11. Noten zur Literatur. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 567–582.

Adorno, Theodor W. (2003b): Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit?, in GS10. Kulturkritik und Gesellschaft II. Frankfurt am Main: Suhrkamp (2010).

Adorno, Theodor W. (2003c): Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, GS5. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Arendt, Hanna und Scholem, Gershom (2010): Der Briefwechsel. Suhrkamp: Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag.

Benjamin, Walter (1991a): Briefe. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Benjamin, Walter (1991b): Das Passagenwerk: Konvolut N, in Gesammelte Schriften V.1. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 570–611.

Benjamin, Walter (1991c): Einbahnstraße, in Gesammelte Schriften IV.1. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 83–149.

Benjamin, Walter (1991d): Notizen und Vorarbeiten zu den Thesen „Über den Begriff der Geschichte", in Gesammelte Schriften I.3. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 1223–1266.

Benjamin, Walter (1991e): Über den Begriff der Geschichte, in Gesammelte Schriften I.2. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 691–706.

Benjamin, Walter (1991f): Zentralpark. In Gesammelte Schriften I.2. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 284-300.

Dahlmann, Manfred (2016): Was ist Wahrheit? Was materialistische Kritik?, Sans Phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik, 9, S. 226–246.

Gagnebin, Jeanne Marie (2011): Über den Begriff der Geschichte', in Lindner, Burckhard (Hg.) Benjamin-Handbuch. Leben - Werk - Wirkung. Stuttgart: J.B. Metzler, S. 284–300.

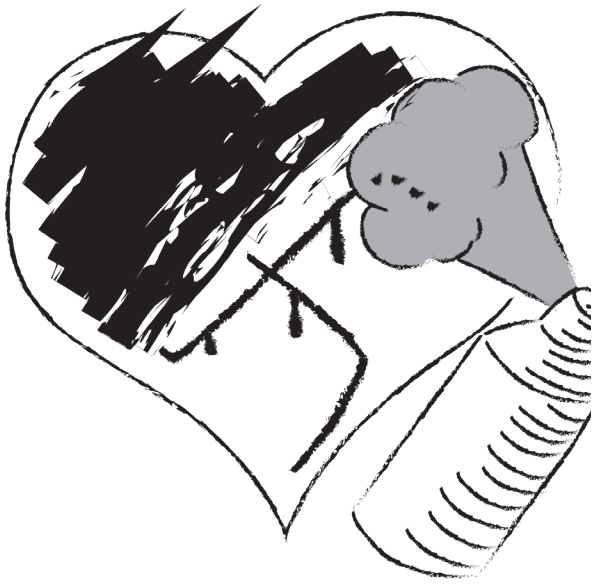
Scheit, G. (2020): Dekonstruktion „jüdischer Souveränität" als „ehrbarer Antisemitismus". Judith Butler liest Hannah Arendt', in Hagen, Nikolaus und Neuburger, Tobias (Hg.) Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft. Theoretische Überlegungen, Empirische Fallbeispiele, Pädagogische Praxis. Innsbruck: Innsbruck University Press, S. 41–50.

Scholem, Gershom (1970): Zum Verständnis der messianischen Idee im Judentum, in Über einige Grundbegriffe des Judentums. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 121–170.

Scholem, Gershom (1972): Walter Benjamin und sein Engel, in Unseld, Siegfried (Hg.) Zur Aktualität Walter Benjamins. Aus Anlaß des 80. Geburtstages von Walter Benjamin. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 87–138.

Scholem, Gershom (1975): Walter Benjamin. Die Geschichte einer Freundschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Szondi, Peter (2011): Hoffnung im Vergangenen. Über Walter Benjamin, in Werke. Frankfurt am Main: Suhrkamp.



Das Ende der Zukunft und die Realität von Utopien?

Thomas Eisenhut

> „Man muss ins Gelingen verliebt sein, nicht ins Scheitern". *Ernst Bloch*

Einleitung

Im Rahmen des Schwerpunktes der *politix*-Jubiläumsausgabe stellt sich die Frage, was ist uns eine Transformation zum Besseren wert. Des Weiteren kommen aktuelle Krisen wie etwa Klimawandel und Bodenversiegelung sowie Landnahme dazu und sind relevanter denn je. Können „wir" mit diesen Herausforderungen „erfolgreich" umgehen lernen, was sind mögliche Ursachen und Lösungen?

Mit diesem Beitrag soll ein Artikel vorgestellt werden, in dem diskutiert wird, welche Konzeptionen nach wie vor bedeutend sind, und abgeklärt werden, ob eine zukünftige Veränderung in Richtung vorbildhafter Utopien unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen möglich scheint. Der Artikel stellt einen Zusammenhang zwischen demokratietheoretischen Ansätzen, aktuellen Krisen und Versuchen, diese in der Zukunft besser bzw. anders bewältigen zu können, her. Zudem sollen politisch-philosophische Überlegungen und realistische Lösungskonzepte aufgezeigt werden.

Theoretische Ansätze

Die grundlegenden Ansätze erläutern, was der Begriff „Demokratie" im idealtypischen Sinne ausmacht. Die empirisch-beschreibenden Theorien halten fest, wie Demokratien in der Realität funktionieren können. Hinsichtlich der Demokratietheorien des „modernen Verfassungsstaates", auf welcher der Fokus der neueren Untersuchungen liegt, sollen einige der wichtigsten Konzepte, welche auch im Rahmen des Beitrags relevant sind, hier erläutert werden. Die heutigen Bestandteile des modernen Politikverständnisses

bilden Elemente wie Souveränität, Gleichheit, Partizipation und Mehrheitsherrschaft sowie Toleranz. Wenn der „Demokratie"-Begriff historisch hinterfragt und beleuchtet wird, so wird dieser aus dem Griechischen nicht unumstritten und kritisch in etwa als „Volksherrschaft" übersetzt. [1] In Verbindung mit dem sozialwissenschaftlichen Sprachgebrauch sollen Komponenten wie „soziale Marktwirtschaft und Wohlfahrt" um einem „modernen Staat" nicht unerwähnt bleiben. [2]

Erst durch die zunehmende Dominanz und Durchsetzung der vorliegenden Volkssouveränität sowie der Vorbereitung eines gleichen und allgemeinen Wahlrechts kann von einem „demokratischen Verfassungsstaat" in der heutigen Auffassung ausgegangen werden. Diese grundlegenden Aspekte und Elemente dieser Art von Demokratien sind ein wichtiger Part einer langen Entwicklungsphase. Die Teilpunkte können um sozial-staatliche und weltweite Komponenten erweitert werden. Die daraus entstehende Dynamik der einzelnen institutionellen Prozesse ermöglicht es, dass diverse Demokratietheorien von der polit-demokratischen Praxis ableitbar sind (Nohlen 2002).

1 Siehe auch: Bundeszentrale für politische Bildung: „Was ist Demokratie?" (2022)
2 Siehe auch: Socialnet Online-Lexikon (2022)

Der Begriff „Utopie“ wurde vom Autor Thomas More in seinem Werk „Utopia“ geprägt und kann als Geburtsstunde der Wunschvorstellungen gelten. Bei den grundlegenden Ideal-Vorstellungen wird grundsätzlich zwischen Raumutopien und Zeitutopien unterschieden. Erstere betrifft oftmals eine ferne „Insel“, also einen fiktiven Ort. Eine „Utopie“ ist eine Art Vision oder Idee eines idealen „Ortes“. Ort bezieht sich nicht zwingend auf eine Lokalität[3]. Der Inselroman „Robinson Crusoe“ von Daniel Defoe verknüpft seine Erzählung mit dem „Utopie-Motiv“. Deshalb könnte hier ein ethisch idealer Zustand abgeleitet werden, weil das fiktive Element der „Eingeschloßenheit“ [4] und Einsamkeit gegeben ist, somit von „allen Schwierigkeiten der Welt entrückt“ (sic!) erscheint.

Ähnliche Ansätze etwa bilden ein ideales Gemeinwesen nach bestimmten Wertvorstellungen. Die Zeitutopien stellen einen vollkommenen Gesellschaftszustand dar, weniger ein ferner Ort, sondern die künftige Zeit liegt im Fokus der Überlegungen. Solche Ansätze sind oftmals mit aufklärerischem Fortschrittsglauben erfüllt.

Ein neueres bzw. innovatives Konzept sieht der Utopie-Forscher Erik O. Wright in seinem Entwurf der direkten, radikal egalitären Idealform, welche dieser als "ermächtigte partizipative Regierungstätigkeit (EPR)" bezeichnet. Es stellt die transparenteste Form von „Volksherrschaft“ und wirklichste Form der Demokratie sowie einen face-to-face Charakter dar. Dabei geht es um eine kollektive demokratische Entscheidungsfindung ohne jegliche Zwischengewalten.

Reale Utopien haben laut Wright vier Kriterien: Erstens, das Bestreben nach radikaler demokratischer, gleicher, freier und unabhängiger Gestaltung von Institutionen, die Alternativen zu derzeitigen politischen Gegebenheiten sowie den Fortschritt durch gesellschaftliches Einverständnis und ein klar vorgegebenes Ziel, welches erreicht werden soll. Dabei unterscheidet er bei den institutionellen Formen der Demokratie wie folgt: Einerseits eine abstrakte Vorstellung von der „Herrschaft des Volkes“, die institutionellen Formen als tatsächliche Systeme demokratischer Regierungstätigkeit sowie die drei Grundformen der direkten Demokratie, repräsentative Demokratie und die Verbandsdemokratie (Wright 2017).

Unser heutiges System bzw. die Auffassung von Demokratie kann aber nicht nur normativ, sondern muss auch realistisch sein, oder wie es Scharpf formulierte: „zwischen Utopie und Anpassung“. Ein solcher Ansatz müsste also einen gewissen Grad an Komplexität aufweisen, um beide Pole zu integrieren, sich im Zweifelsfall also eher auf Seiten der Anpassung befinden.

Andere sozialtheoretische Konzepte wie eine Demokratie ausgestaltet werden kann, werden vom Demokratischen Sozialismus abgeleitet. Dazu gehören das Prinzip der Parlamentarischen Demokratie als Basis sowie der gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung. Dadurch soll die kapitalistische in eine „klassenlose“ und solidarische Gesellschaft transformiert werden. Es geht um eine konsequente Partizipation der Individuen (Nohlen/Schultze 2010: S. 88 ff.).

Max Weber hatte sich mit dem neuen parlamentarischen System abgefunden. Allerdings wertete er dieses in seiner Denkweise als Bürokratismus-Kampf ab und plädierte für eine „fehlerlose herrschende Ordnung“ (Kreisky 2015). Bei Rousseau stehen die Abschaffung bzw. der Abbau der Unterschiedlichkeiten zwischen beherrschten und den herrschenden AkteurInnen zentral im Mittelpunkt der Überlegungen. Die VertreterInnen solcher identitären Demokratietheorien weisen Elemente einer Zwischengewalt und Bevollmächtigungen sowie auch Formen einer Stellvertretung auf (Nohlen/Schultze 2005: S. 359 ff.)[5].

3 Vgl. „klassische Utopie“ und „konkrete Utopie“ in „Prinzip Hoffnung" von E. Bloch

4 Siehe hierzu literarisches Konzept von sog. „Robinsonaden“ wie im Roman D. Defoe Robinson Crusoe

5 Siehe hierzu auch Thöndl 2015

Als herausragende, bedeutende Sicht im modernen Kontext gilt, was unter Repräsentativer Demokratie-Theorie verstanden wird. Der wichtigste Zweck liegt in erster Linie in der Möglichkeit sowie der Optionsfunktion sämtlicher pflichtbewusster AkteurInnen. Bei weitem weniger von Bedeutung ist hierbei die politische Teilnahme, Teilhabe bzw. Partizipation. In diesem Zusammenhang wird unter „Demokratisierung" eine Erhöhung der Optionen auf Teilnahme und auch von Verantwortung im politischen Sinne verstanden. Es herrscht die Auffassung vor, dass die grundlegenden Elemente der politischen Macht in der Ausprägung als „Herrschaft" bezeichnet und die „konstituierende Macht" eine einschränkende Form darstellt. Die Ableitung des „Volkswillens" etwa in der Auffassung nach Mandt[6] wird weniger unmittelbar interpretiert. Die VertreterInnen wirken in einer Art Vermittlungsfunktion. Wesentliche Aspekte dieser Repräsentation sind etwa Bevollmächtigungen oder dazwischen geschaltete Gewalten. Jedoch können diese auch in der Form von Stellvertretungen auftreten (Nohlen/Schultze 2010). Die theoretischen Perspektiven können uns in ihren Ideal-Vorstellungen eine mögliche Anleitung zur künftigen Verbesserung bzw. dem Umgang mit den Krisen unserer Zeit bieten. Brisant ist, was „wir" daraus lernen und für unsere aktuelle Situation anwenden können [7].

Daher wird im folgenden Kapitel die Problematik der „Verbauung und Bodenversiegelung" erläutert und damit ein relevantes ökologisches Thema am Beispiels Österreichs aufgegriffen und ein Zusammenhang zur aktuellen Klimakrise hergestellt. Im darauffolgenden Kapitel wird auch die internationale Systemperspektive mitberücksichtigt und die Frage aufgeworfen, was globale Abkommen im Zuge des Wandels bewirken könnten.

6 Beitrag von H. Mandt zu Begriffsableitung „Volkswille" in Lexikon der Politikwissenschaft

7 Siehe hierzu auch: Demokratiezentrum Wien 2022

„Bodenversiegelung" in Österreich: „Landnahme" in Mitteleuropa

„Landnahme" bezieht sich in diesem Kontext auf die „Bodenversiegelung" und die Verbauung von landwirtschaftlichen Agrarflächen. Die „Versiegelung" bedeutet in diesem Zusammenhang und laut Umweltbundesamt eine Abdeckung des Bodens mit einer wasserundurchlässigen Schicht. Der Boden wird dadurch auf seine Trägerfunktion reduziert und verliert seine natürlichen Aufgaben. Als gänzlich versiegelt gelten Flächen, auf denen ein Gebäude errichtet wurde, aber auch unbebaute Flächen, wenn diese mit Beton, Asphalt oder Pflastersteinen befestigt wurden. Davon betroffen sind etwa Wege, Parkplätze, Einfahrten oder Betriebsgelände. Die größten Treiber in dieser Entwicklung sind Verkehrsflächen und Bauflächen sowie betriebliche Flächen. Ein geringer Anteil entfällt auf den Abbau sowie freizeitliche Anlagen und Friedhöfe. Das Umweltbundesamt greift diese Problematik seit rund zwei Jahrzehnten auf und stellte bereits im Jahr 2002 die Frage „Versiegelt Österreich?" (Umweltbundesamt 2001).

Das Umweltbundesamt bietet auch mögliche Lösungswege zur „Entschärfung" an:

> *Wir müssen den rasanten Bodenverbrauch in Österreich stoppen. Dazu müssen wir Bewusstsein schaffen, dass der Boden die Basis für unser Leben ist. Eine bodenschonende Raumplanung soll landwirtschaftliche Vorrangflächen gesetzlich schützen und leerstehende Immobilien wieder in wirtschaftliche Nutzung bringen. Mit diesen Maßnahmen soll es gelingen, dass unser Raum nicht weiter verunstaltet wird und nicht unsere Lebensgrundlage Boden für künftige Generationen verloren geht (Norer/Holzer/Weinberger:2015).*

Die Inanspruchnahme von Flächen ist in Österreich in den letzten Jahren weiter angestiegen. Das haben Messungen zur Lebensqualität und Umwelt in Österreich ergeben. Die Umweltindikatoren zeigen die Entwicklung von Emissionen oder des Verbrauchs von Ressourcen auf,

die als Folge wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten wie zum Beispiel die „Industrieproduktion“ oder durch „Verkehr“ entstehen. Die Versiegelung ist ein wesentlicher Indikator für die Dimension „Ressourcen“. Dieser Indikator zeigt, wie sich die Nutzung der Flächen für Bau, Verkehr und sonstige Zwecke entwickeln. Der Statistik Austria-Report zeigte auch 2021 einen fatalen Anstieg bei Bodenverbrauch und Flächenversiegelung in Österreich auf.[8] Die räumliche Ordnung müsste vorausschauender geplant werden. Ein wesentlicher Punkt ist die Mobilisierung von gewidmetem Bauland. Diese soll unter anderem durch die Einführung eines Infrastruktur-Bereitstellungsbeitrags erreicht werden: Wird erschlossenes Bauland nicht widmungsgemäß genutzt, ist dennoch für die bereitgestellte Infrastruktur ein Beitrag zu entrichten (Rössler: 2017).

„Globale Abkommen“ - die Lösung ökologischer Herausforderungen?

Ein Abkommen globalen Ausmaßes, so wie etwa das Pariser Klimaschutzabkommen, haben Potentiale entfacht und weitere Abkommen könnten so aussehen, wie es etwa Herbert Rauch (2014) beschreibt. Rauch schwebt ein sogenannter „Global Deal“ vor, also ein planetar konzipiertes Abkommen, um etwas Wesentliches bewegen zu können. Eine zeitgemäße globale Ordnung ließe die Menschen erstmals in der Geschichte einen der schönsten denkbaren Planeten zivilisiert nutzen. Irgendwo muss der Beginn einer nachhaltigen Veränderung liegen. Erste Schritte für solch einen „Deal“ sind naheliegend. Die massiven Gewinner des wachstums- und finanzdominierten Systems, wie zum Beispiel der Milliardär Warren Buffett und viele andere, haben erklärt, sie würden absichtlich mehr Steuern für das Gemeinwohl entrichten. In einem globalen Abkommen würden „Global Player“ wie transnationale Konzerne und internationale Unternehmen dies bekräftigen und ExpertInnen in einem Konklave die genauen Details regeln. Der Wettlauf ist zwischen den Anstrengungen, Einsicht zu erzeugen, und den kapital-dominierten Tendenzen bereits im Gange, um die Verschwendung der Ressourcen systemisch „zu tilgen“ (Rauch 2014). Als Exempel ist das „Pariser Klimaschutzabkommen“ anzuführen, bei welchem durch Einstimmigkeit eine enorme Wirkung nach außen transportiert werden konnte (Siedschlag et.al.: 2007).

Auf der anderen Seite stammen die Rohstoffe größtenteils aus den ehemaligen Kolonien, der „Neuen Welt“. Jedoch haben die Menschen aus den südlichen Regionen (Globaler Süden) keinen wahren Zugriff auf die vorhandenen Lebensmittel, wodurch sich zunehmend eine „imperiale Lebensweise“ herausbildet. Ein Lösungsansatz kann eine Balance oder ein Gleichgewicht darstellen. Die Balance ist flexibler als ein Konzept des Gleichgewichtes. Auf das Problem unserer Zeit umgelegt könnte das in Form einer Gesellschaft umgesetzt werden, die sowohl auf Suffizienz, also dem maßvollen Ressourcenverbrauch, der ein „Genug für alle“ ermöglichen soll, sowie auf Resilienz, also einer Widerstandsfähigkeit, gründet. Resilienz beinhaltet auch die Fähigkeit, auf „Schocks aller Art“ zu reagieren, ohne dabei die „Lebensfähigkeit“ zu reduzieren.

Ein vom Kapital dominiertes Wirtschaftssystem vernachlässigt systembedingt sowohl ökologische als auch soziale Aspekte. Dies wird zurecht von der kommenden, aber auch von der gegenwärtigen Generation als ungerecht wahrgenommen. Da die Technologie seit einem halben Jahrhundert das Niveau erreicht hat, Kollateralschäden über alle nationalen und kontinentalen Grenzen hinweg zu erzeugen, zeigen sich nun die Nachteile dieses Fortschritts. Der Fokus sollte klar in Richtung „regionale Subsistenzversorgung“ zeigen und diesem intelligente Global-Governance-Strukturen zugrunde liegen[9].

8 Siehe hierzu Studie „Wie geht’s Österreich“ - 2021 (Statistik Austria/WIFO)

9 Vergleiche hierzu Biorama – Magazin für nachhaltigen Lebensstil, 2015

Schlussfolgerungen und Ausblick

Aktuelle Krisen und die heutigen Unruhen könnten mit dem Aspekt „Raum“ zu tun haben. Dies zeigen Beispiele wie etwa Landnahmen in der „Dritten Welt" und Rohstoffausbeutung, aber auch in Mitteleuropa kann die massiv voranschreitende Verbauung bzw. Bodenversiegelung angeführt werden. Möglicherweise folgt bald die endgültige „Entsakralisierung“ des Raumes, wie es bei Foucault angedeutet wurde. Nicht außer Acht gelassen darf in diesem Zusammenhang die rasch fortschreitende Digitalisierung. Der Trend in Richtung digitaler Veränderungen hat sich bestätigt. Zu erwarten ist, dass der Effekt in diese Richtung auch in der „Post-Covid“-Phase Bestand haben und sich nicht mehr umkehren wird. Laut Herbert Rauch von der NGO „ESD“ sind die pauschalen Stichworte rund um Utopien sofort zu verneinen. Denn im Grunde geht es um Visionen für die Zukunft, denn wie es die Global Challenge Foundation anregt und anregte, gebe es keine ausgearbeiteten, konkreten Utopien. Dabei drücken sich auch Intellektuelle mit Sätzen wie „Prognosen sind schwierig, insbesondere über die Zukunft“. Doch es fehlen „konkrete“ neue Utopien, die „andockfähig“ sind, wie es Heintel bescheinigte.

Eine Ausnahme stellt der Utopie-Forscher Wright mit seinen realen Lösungskonzepten dar. Dieser hat bereits reale konkrete Anwendungsergebnisse und Musterfälle aufgearbeitet. Die real-utopische Gestaltung der Institutionen hängt bei ihm mit der Ausweitung der Demokratie innerhalb des Staates zusammen. Wright analysiert Muster-Beispiele wie etwa aus Lateinamerika (*Porte Alegre*) als radikalere Demokratie in der Form vermehrter BürgerInnenschaftsbeteiligung. Die soziale Kritik bezieht der Utopie-Forscher auf die vorherrschende gesellschaftliche Organisationsform. Eine alternative Transformation müsste jedenfalls demokratisch abgewickelt werden. Im Zusammenhang mit Demokratien und dem Konzept politischer Utopien ergibt sich auch die Frage nach der Glaubwürdigkeit, also ob diese einen transzendenten Ansatz benötigen, um bestehen zu können. Der soziologische Glaubensinhalt eines Systems ist wesentlich, um langlebigen Charakter aufweisen zu können, was etwa das soziologische AGIL-Schema beweist. Ein zu sehr fixiertes Bild, eine Art Vorstellung kann die reale Entwicklung und das Ergebnis enttäuschen („Du sollst dir kein Bild machen“). Dem Anschein nach ist die Vorstellung von der Utopie immer zu sehr mit Perfektion und Harmonie oder perfekter Ordnung verbunden und deshalb real-politisch so schwer umsetzbar.

Orwell, Huxley, Hollywood und Co. und auch das Beispiel „das letzte Kapitel“ von Kästner zeichnen düstere Visionen der künftigen Welt. Dabei steht der Gedanke im Raum, dass es den vorherrschenden Pessimismus immer schon gab. Es bleibt also die Frage, wie soll der Staat der Zivilgesellschaft untergeordnet werden. Technokratische Regierungen, welche sich aus fachlichen ExpertInnen speisen, hoffen, die Technologie wird so große Fortschritte machen, dass ein sinnvolles Ressourcenmanagement und ein „Hinreichend-gut-leben-Können“ für alle weltweit machbar wird, mit mehr oder weniger Veränderungen im System. Aber jedes Individuum gehört zur Menschheit und kann einen kleinen, doch entscheidenden Beitrag zur Besserung in den genannten Problemfeldern leisten und dadurch mit guten Beispiel vorangehen sowie dadurch einen „Domino-Effekt“ auslösen.

Thomas Eisenhut, MA ist Doktorand an der Fakultät für Sozialwissenschaften am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Public Management und Digitalisierungstrends.

Literatur

Bauriedl, Sybille, 2016. Politische Ökologie: nicht-deterministische, globale und materielle Dimensionen von Natur/Gesellschaft-Verhältnissen. Bonn: Special Geography.

Biorama Wien, Magazin für nachhaltigen Lebensstil. 2015. „Ich will so bleiben, wie ich bin – daraus wird wohl nix werden“, bezogen unter: https://www.biorama.eu/rauch-iv/, Zugriff am: 2307.12.2022.06.2017.

Bloch, Ernst. 1975. „Etwas fehlt… Über die Widersprüche der utopischen Sehnsucht.“ In Gespräche mit Ernst Bloch, hrsg. v. Rainer Traub und Harald Wieser, 58-77. Frank-furt/Main:

Suhrkamp Siedschlag Alexander/Opitz, Anja/Troy, Jodok/ Kuprian, Anita. 2007. Grundelemente der internationalen Politik. Wien: Böhlau.

Bundeszentrale für politische Bildung 2022. https://www.bpb.de/medien/313436/bpb_Dosser%20Politische%20Bildung_Demokratie.pdf: Zugriff am 09.12.2022

Demokratiezentrum Wien 2022. https://www.demokratiezentrum.org/bildung/ressourcen/themenmodule/demokratiemodelle/einleitung/, Zugriff am: 09.12.2022

Fischer, Frank. 2016. Demokratie und Klimawandel: Ökodörfer als partizipatorische sozia-le Bewegung, In: Transformation der Demokratie – demokratische Transformation (Alex Demirovic), Westfälisches Dampfboot: Münster.

Foucault, Michel. 1992. „Andere Räume." In Aisthesis: Wahrnehmung heute oder Perspek-tiven einer anderen Ästhetik, hrsg. v. Karlheinz Barck et al., 34-46. Leipzig: Rec-lam.

Gottschlich, Daniela/Hackfort, Sarah (2016).: Zur Demokratisierung gesellschaftlicher Na-turverhältnisse, In: Politische Vierteljahresschrift, 57. Jahrgang Heft 2/2016.

Habermas, Jürgen. 2012. Wir brauchen Europa! Die Zeit (Nr. 21)

Kreisky, Eva. Vortrag 2015. Die Erfindung des Parlamentarismus. Re-Lektüre von Theorie-debatten der 1920er und 1930er Jahre – Internationale Tagung in Memoriam Barbara Prammer (Panel I – The parliament in democracy), Wien.

Latour, Bruno: Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie, 2001. ISBN 3-518-41282-5

Mayer-Tasch, Peter C.: Politische Ökologie, 1999.

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf. 2010. Lexikon der Politikwissenschaft – Theorien, Methoden, Begriffe. München: Beck.

Nohlen, Dieter. 2002. Aufsatz „Wahlen und Wahlsysteme"., in: Lauth, H.-J. (Hrsg.), Vergleichende Regierungslehre, Wiesbaden, 239–269.

Norer, Roland/Holzer, Gottfried/Weinberger Kurt. 2015: „STOPP dem Bodenverbrauch in Österreich" - Landwirtschaftliche Vorrangflächen gesetzlich schützen - leerstehende Immobilien nutzen. Wien (OTS) bezogen unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20151012_OTS0103/stopp-dem-bodenverbrauch-in-oesterreich, Zugriff am 12.12.2022

Rauch, Herbert/Strigl, Alfred. 2005. Die Wende der Titanic - Wiener Deklaration für eine zukunftsfähige Weltordnung: Visionen und Konzepte jenseits von links und rechts. Wien: oekom.

Rössler, Astrid. 2017: Pressemeldung Umweltbundesamt - „In der Raumordnung vorausschauend planen". bezogen unter: https://www.umweltbundesamt.at/aktuelles/presse/news2017/news-170612, Zugriff am 07.12.2022.

Socialnet Online-Lexikon 2022. https://www.socialnet.de/lexikon/Sozialstaat#toc_1 Zugriff am: 08.12.2022

Südwind Online, 2012. Extraktivismus: Die offenen Adern der Natur, bezogen unter: http://www.suedwind-magazin.at/die-offenen-adern-der-natur, erneuter Zugriff am: 2009.0912.202217.

Thöndl, Michael 2015. Einführung in die Politikwissenschaft. Meilensteine, Methodik und Arbeitsweisen in der Politischen Theorie und Ideengeschichte. Wien: Böhlau.

Umweltbundesamt 2001, „Versiegelt Österreich? Der Flächenverbrauch und seine Eignung als Indikator für Umweltbeeinträchtigungen", bezogen: https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/CP030.pdf, Zugriff am 15.12.2022

Umweltbundesamt 2022. „Messung Bodenverbrauch in Österreich - seit 2017" - , bezogen: https://www.umweltbundesamt.at/news210624, Zugriff am 08.12.2022

Wegscheider-Pichler, Alexandra/Prettner, Catherine/ Lamei, Nadja. 2021. Studie Statistik Austria. „Wie geht´s Österreich? 2021 -Indikatoren und Analysen von 2000 bis zum COVID-19-Krisenjahr 2020. bezogen unter: https://www.statistik.gv.at/fileadmin/publications/Wie_geht__s_OEsterreich__2021.pdf. Zugriff am 09.12.2022.

Wiener Zeitung Online. 2014. Ein „Global Deal" gegen das Patt der Weltkrise, bezogen unter:http://www.wienerzeitung.at/meinungen/gastkommentare/714076_Ein-Global-Deal-gegen-das-Patt-der-Weltkrise.html, Zugriff am 2006.12.2022.06.2017.

Wissen, Markus/Wehling, Peter. 1998.: Jenseits der carbon democracy - Zur Demokratisie-rung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, In: Transformation der Demokratie – demo-kratische Transformation (Alex Demirovic), Westfälisches Dampfboot: Münster.

Wright, Erik Olin. 2017. Reale Utopien: Wege aus dem Kapitalismus. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Fragmente einer Liberalen Utopie

Sebastian Rosenauer

Einleitung – Was sind Utopien?

Was sind Utopien? Sie sind Welten, die wir in unserer Vorstellung erbauen, Ideen von einem idealen Zustand, den wir uns erdenken und ersehnen. Sie stellen eine wichtige philosophische Projektionsfläche dar, ein kontrafaktisches Konditional, gegen das wir Konzepte wie Freiheit, Fairness und Glück abgleichen und prüfen können. In der politischen Theorie sind Utopien meist Endstadien eines gewissen Organisationsmodus, vollendete Gesellschaftsformen, in denen sich die großen sozialen Konflikte gelegt haben werden.

Eine der bekanntesten politischen Utopien ist wohl der Kommunismus. Auch wenn es real existierende Sozialismen gegeben hat, ist es noch nie zu der von Marx als Ende der historischen Entwicklung identifizierten Gesellschaftsform, in der es kein Privateigentum und keine staatliche Macht mehr geben soll, gekommen. Der Kommunismus ist sicher nicht nur eine phantasmatische Illusion, aber seine Verwirklichung erscheint uns vom heutigen Standpunkt aus gesehen tatsächlich utopisch. Es scheint einfacher, sich das Ende allen Lebens auf diesem Planeten vorzustellen als das Ende des Kapitalismus. Aber die marxistische Utopie ist auch ein kritisches Werkzeug, eine Brille, mit der sich Widersprüche und Konflikte in unseren Gesellschaften aufzeigen und anprangern lassen. Dies ist ein zentrales Merkmal konkreter Utopien: Sie haben evaluatives Potenzial und normative Schlagkraft, mit der der Status quo herausgefordert werden kann. Aber nicht nur auf der linken Seite des politischen Spektrums existieren Idealvorstellungen einer besseren Welt. Eine weitere dieser Vorstellungen ist der Liberalismus.

Unter Liberalismus oder Libertarismus[1] verstehe ich grundsätzlich ein Gesellschaftsideal, welches die individuellen Freiheiten der Einzelnen betont und starke Abwehrrechte gegen äußere Zwänge, inklusive dem Staat, fordert. Ich möchte einen kleinen Abriss der liberalen Ideengeschichte liefern und erkunden, ob sich darin womöglich der Keim einer politischen Utopie finden lässt.

Die Idee für diesen Text entstammt einer zunächst polemischen Frage, die ich einem meiner Kollegen gestellt hatte: *Wenn der wahre Kommunismus noch nie existiert habe, sondern nur seine dunkle Kehrseite, könnte man dann nicht auch sagen, dass der wahre Kapitalismus noch nie existiert hat, sondern nur seine obszöne Ausformung?* Das war zunächst scherzhaft gemeint, soll aber nun auf ein solideres argumentatives Fundament gestellt werden, indem das Potenzial einer liberalen Utopie, einer freiheitlichen Idealvorstellung, die noch nie Realität war, ergründet werden soll. Kapitalismus und Liberalismus sind nicht ein und dasselbe, aber sie stehen in einer engen Beziehung, sowohl substanziell als auch historisch. In diesem Sinne ist es meiner Einschätzung nach zulässig, die kapitalistische Utopie in der liberalen Utopie zu suchen. Die Struktur des vorliegenden Textes ist wie folgt: Anhand zentraler Texte von John Locke, Friedrich Hayek und Robert Nozick sollen Fragmente des liberalen Gesellschaftsideals aufgedeckt und ihr utopisches Potenzial freigelegt werden. Danach werden diese

1 Weil es einer eigenen Debatte bedürfte, die Unterschiede zwischen den beiden Begriffen Liberalismus und Libertarismus zu klären, werde ich sie fortan unter dem Dachbegriff Liberalismus diskutieren.

Fragmente zu einer Skizze einer vermeintlichen liberalen Utopie zusammengefügt. Den Abschluss macht ein kurzer kritischer Rückblick.

Individualismus und Freiheit – John Locke

Wir beginnen unsere philosophische Reise bei den Anfängen liberalen Denkens während der Aufklärung. Einer der bekanntesten Denker dieser Zeit war John Locke (1632 - 1704). Locke wurde ein halbes Jahrhundert nach Thomas Hobbes, dem berühmten Royalisten, geboren, der die politische Philosophie der damaligen Zeit entscheidend geprägt hatte. Hobbes spricht von einem vorgesellschaftlichen Naturzustand, in dem jeder Mensch der Willkür des Anderen ausgeliefert ist. Weil Menschen dieselben Dinge begehren und sich deswegen gegenseitig vernichten, herrscht im Naturzustand Neid und Zwietracht. Es ist ein „Krieg aller gegen alle" (Hobbes 2010: 18). Nur die Aufgabe aller individuellen Rechte an einen absoluten Souverän, den Leviathan, kann dafür sorgen, dass Menschen nicht ständig um Leben und Besitz fürchten müssen.

Locke räumt in seinem Denken dem Konzept des Naturzustands ebenfalls einen wichtigen Platz ein. Für ihn ist der Naturzustand allerdings kein trostloser Ort, wo alles erlaubt ist, sondern es gibt auch hier natürliche Rechte. Diese natürlichen Rechte ergeben sich aus der moralischen Tatsache, dass Menschen zur Erhaltung ihres Lebens berechtigt sind (Strauss 1953). Daher gibt es auch im Naturzustand einen Imperativ, das Leben und die Freiheit anderer zu achten. Für Locke ist der Naturzustand nicht gänzlich schlecht, denn Menschen haben durchaus die Fähigkeit, sich autonom zu organisieren und miteinander zu leben. Er übernimmt also Hobbes' Naturzustand, teilt aber nicht dessen pessimistisches Menschenbild.

Auch seine Staatstheorie unterscheidet sich von Hobbes. Für Locke dient die Unterordnung von Individuen unter eine zentrale Macht nur dem Zweck, die individuellen Rechte auf Leben, Freiheit und Besitz zu stärken und zu verteidigen. Wenn aber die Zentralgewalt tyrannisch agiert und gegen die Interessen der Individuen handelt, haben diese jedes Recht, ihre Zustimmung zurückzuziehen und die Regierung abzusetzen (Locke 1988: 201). Bei Hobbes war dies undenkbar, denn der Souverän ist letztlich immer im Recht. Während für Hobbes der Naturzustand praktisch die Hölle auf Erden darstellt, die um jeden Preis überwunden werden muss, sieht Locke das weniger pessimistisch. Er hat, im Gegensatz zu Hobbes, ein optimistisches Menschenbild und der Mensch steht im Zentrum all seiner Überlegungen.

Auch wenn bei Locke noch alles Leben auf Erden von Gott gegeben ist, so gehört doch der einzelne Mensch nur sich selbst. Sein Leben, sein Körper und die Früchte seiner Arbeit sind sein Eigentum. Indem er seine Arbeitskraft mit den in der Natur vorgefundenen Ressourcen mischt, eignet er sie sich an, etwa beim Beerensammeln (ebd: 116). Das Eigentumsrecht ist ein zentrales Naturrecht, denn nur was einem auch gehört, kann der Erhaltung des Lebens dienen. Locke stellt allerdings hohe moralische Anforderungen an diese Form der Aneignung. Allen Menschen steht es demnach zu, etwas aus dem Naturzustand, in welchem noch Alles allen gehört, zu entnehmen. Die Voraussetzung ist aber, dass nach dieser Entnahme noch genauso viel und von gleicher Güte für alle anderen übrig ist. Menschen können also Pflanzen, Tiere und Land in Besitz nehmen, um ihr Leben zu erhalten, jedoch nur in dem Maße, wie es das Leben anderer nicht einschränkt oder schwerer macht (ebd: 116). Dies ist eine sehr starke Bedingung und heutzutage praktisch undenkbar.

Mit John Locke lernen wir zwei zentrale Elemente des liberalen Gesellschaftsentwurfs kennen: Individualismus und Freiheit. Lockes Individualismus gründet auf seiner Annahme, dass nur Individuen über natürliche Rechte verfügen und nicht etwa Gruppen oder Gesellschaften. Eine Gesellschaft kann zwar Rechte haben, diese sind aber nur die gebündelten Rechte der Individuen, welche sie aus freien Stücken an die Gruppe abgeben. Auf der kollektiven Ebene entstehen keine neuen Rechte, die nicht schon im Individuum angesiedelt wären.

Das zweite zentrale Konzept der Freiheit ist bei Locke eine Freiheit *von*, also Abwehrrechte gegenüber äußeren Zwängen. Diese Konzeption von Freiheit unterscheidet sich deutlich von der Vormodernen. Der bekannten Unterscheidung von Benjamin Constant folgend war der antike Freiheitsbegriff viel mehr an politische Teilhabe gebunden, eine Freiheit *zu,* während die moderne Konzeption von Freiheit eine Negative ist (Constant 2017: 108f.). Locke ist mit seinem Freiheitskonzept also einer der ersten, der Freiheit in einem modernen Sinne denkt. Liberale Philosoph*innen nach Locke werden diesen Freiheitsbegriff nicht mehr grundlegend verändern, ein starkes Zeichen, dass er seiner Zeit voraus war.

Auch wenn Locke strenger Empiriker war, merkt man, dass er noch in einer sehr religiös geprägten Zeit lebte. Er ist kein Utopist im eigentlichen Sinne, dennoch haben seine Ideen oft einen idealistischen Anklang. Vor allem seine strengen Anforderungen an das Eigentumsrecht, das nur gegeben ist, wenn es anderen nicht schadet und seine kompromisslose Verteidigung der individuellen Rechte und Freiheiten aller Menschen sind Ideen, die uns vom heutigen Standpunkt aus gesehen nicht veraltet vorkommen. Für seine Zeitgenoss*innen waren Lockes Ideen aber sicherlich bahnbrechend. Das utopische Moment bei Locke lässt sich daher am ehesten in seiner unumstößlichen Achtung der Einzelnen und deren Wohlergehen finden. Er legt damit den ersten Grundstein unserer Liberalen Utopie.

Spontane Ordnung und die Macht des Marktes – Friedrich Hayek

Nachdem Locke bereits im 17. Jahrhundert das Fundament der liberalen Weltanschauung gelegt hatte, dauerte es eine Weile, bis die nächsten großen Innovationen folgten. Im 20. Jahrhundert haben sich viele Autor*innen mit der Frage nach der gerechten Gesellschaftsform beschäftigt. Während die neoklassische Ökonomie an Momentum zulegte, gab es auch in der politischen Philosophie eine neue Welle liberaler Ideen. Nicht zufällig kamen viele dieser Ideen von Volkswirt*innen. Das beste Beispiel für einen dieser Wirtschafts-Philosophen ist wohl Friedrich Hayek, dem berüchtigten marktliberalen Denker.

Für Hayek geht es um die Frage, wie eine rationale, also von Vernunft geleitete, Wirtschaftsordnung aussehen könnte. Hätten wir perfekte Information, vollständiges Wissen über alle verfügbaren Mittel und alle bestehenden Präferenzen der Individuen, so Hayek, dann wäre das Problem der idealen Allokation ein rein logisches (Hayek 1960: 519). Diese Fülle an Information ist aber innerhalb der Gesellschaft verstreut und kann in seiner Totalität niemals einem einzelnen oder einer partikularen Gruppe zugänglich sein. Das Wissen um die verwendbaren Ressourcen und die relativen Preise ist immer nur teilweise verfügbar, niemals zur Gänze. Daher stemmt sich Hayek vehement gegen jede zentrale Wirtschaftsplanung. In seinem Bestseller *The Road to Serfdom* legt er dar, wie staatliches Eingreifen in das Marktgeschehen zur Diktatur führen kann und wendet sich damit gegen jeden Totalitarismus. Nur der Markt fungiert als konstanter Aushandlungsprozess in dem andauernd über den Wert von Gütern abgestimmt wird. Er ist damit der einzig mögliche Allokationsmechanismus, der all die Information, die in einer Gesellschaft vorhanden ist, angemessen abbilden kann (vgl. Hayek 1945).

Im Gegensatz zur zentralen Planung erlaubt es der Marktmechanismus, dass sich unzählige individuelle Entscheidungen zu einer spontanen Ordnung formieren, anstatt in ein vorgegebenes Muster gepresst zu werden. Das individuelle Wissen um lokale Bedingungen und spezielle Umstände ist für Hayek das wichtigste Wissen, nicht etwa wissenschaftliche Expertise oder quantitative Analysen. Dieses lokale Wissen ist in der Lage, die innovativsten und effizientesten Lösungen für ein Problem zu liefern. Nur Individuen wissen, wie sie am besten ein bestimmtes Feld bestellen, einen bestimmten Fluss überqueren oder eine bestimmte Produktion aufbauen. Ein zentrales Staatsorgan kann diese Aufgaben niemals besser lösen. Die Summe an individuellen Einzelentscheidungen, in die all dieses fragmentarische, lokale Wissen einfließt, wird,

vermittelt über den Markt, zu einer ungeplanten Formation, einer spontanen Ordnung, die niemand hätte besser erfinden können (Hayek 1960: 78f.).

In diesem Sinne ist Hayek kein Utopist, denn er hält es für unmöglich, ein gesellschaftliches Ideal im Voraus zu planen. Das utopische Moment bei Hayek kommt allerdings daher, dass er durchaus unrealistische Erwartungen an eine Gesellschaftsform und vor allem an den Markt stellt. Es scheint unwahrscheinlich, dass der Preismechanismus tatsächlich so gut funktioniert, dass alle in einer Gesellschaft vorhandenen Präferenzen in Einklang gebracht werden. Er stellt sich also einen noch nie da gewesenen Zustand vor, eine Welt, die noch nicht ist (ebd: 521).

Er selbst spricht in seinem Kapitel *Why I am not a Conservative* davon, dass liberale Ideen noch nie zur Gänze verwirklicht worden wären und dass der Liberalismus daher ein anderes Ziel haben müsse als die Erhaltung des Status quo (ebd: 521). Was Liberale allerdings von Konservativen lernen könnten, sei der Respekt gegenüber den etablierten, spontan entstandenen Institutionen wie Sprache, Recht und Moral, die das freie Handeln interagierender Individuen widerspiegeln. Vor allem Hayeks evolutionäre Moraltheorie ist ein wichtiger Angelpunkt seiner Gesellschaftstheorie. Da Moralvorstellungen nicht von irgendeinem gottähnlichen Designer vorgegeben seien, sondern eine Evolution aus unzähligen Einzelentscheidungen darstellt, ist sie eine spontan entstandene Struktur und vereint daher mehr Wissen, als das ein zentrales Organ jemals könnte. Für Hayek ist die Achtung dieser Moralvorstellungen eine zentrale Bedingung, um die liberale Marktwirtschaft zu ermöglichen. Ähnlich wie bei Adam Smith braucht der ungehemmte Kapitalismus also ein ethisches Netz aus sozialen Normen, das diesen stützt (ebd: 126f.).

Mit Hayek bekommen wir zwei weitere wichtige Elemente unserer liberalen Utopie: Einerseits die spontane Entstehung von Ordnung und andererseits den Markt. Das Utopische in seinen Schriften ist in den enormen Anforderungen versteckt, die er an diese Konzepte stellt. Er ist der Überzeugung, dass spontane Ordnungen besser seien als jedes Muster und dass der Markt der einzige allokative Mechanismus sei, der das verstreute Wissen der Gesellschaft erfassen kann. Wie er selbst betont, gab es noch nie einen Zustand, in dem der Markt vollkommen frei operieren durfte. Er plädiert daher für eine Politik, die sich gänzlich diesem Mechanismus unterordnet und nur sein reibungsloses Funktionieren garantiert. Mit diesem Ausblick auf eine bessere Zukunft ist er schon sehr nahe dran an einer Vorstellung, die man liberale Utopie nennen könnte.

Der Minimale Staat – Robert Nozick

Der letzte Autor, von dem wir uns ein Stück liberaler Utopie abholen werden, ist Robert Nozick. Er liefert uns die noch fehlende liberale Staatstheorie und damit eine Vorstellung, wie eine solche Welt politisch ausgestaltet werden kann. Robert Nozick ist einer der begnadetsten US-amerikanischen Philosophen des 20. Jahrhunderts. In seinem Werk *Anarchy, State and Utopia* stellt er die ethischen Fundamente des Staates in Frage und kommt zum Schluss, dass nur ein Nachtwächterstaat, der die grundlegenden Rahmenbedingungen gewährleistet, moralisch zulässig sei. Jede darüber hinausgehende Staatsgewalt stelle einen Einschnitt in die persönlichen Freiheitsrechte dar. Er folgt Locke in der Überzeugung, dass nur Individuen Rechte haben und auf kollektiver Ebene keine neuen Rechte entstehen können, die nicht davor im Individuum bereits vorhanden waren (Nozick 1974: 90).

Für Nozick ist nicht das Ergebnis einer Allokation moralisch zu bewerten, sondern nur seine Entstehung. Großer Reichtum ist daher nicht an sich verwerflich, sondern nur, wenn dieser auf illegitimem Wege zustande gekommen ist, das heißt durch Verletzung von individuellen Rechten (ebd: 153). Nozick, der 300 Jahre nach Locke gelebt und geschrieben hat, entlehnt dennoch viele seiner Grundideen. Individuelle Freiheits- und Eigentumsrechte entspringen dem natürlichen Recht auf Erhaltung des eigenen Lebens und sind moralisch unantastbar. Daher stellt er sich die

Frage, inwieweit diese individuellen Rechte überhaupt noch staatliches Handeln zulassen. Schließlich stellen die meisten politischen Regeln eine Einschränkung von individuellen Freiheiten dar. Für ihn ist daher nur ein minimaler Staat zulässig, der sich auf die Bereitstellung grundlegender Güter wie öffentlicher Sicherheit, Vertragsfreiheit und transparenter Gerichtsbarkeit beschränkt und damit diese individuellen Rechte stützt. Um diese essenziellen Rahmenbedingungen zu gewährleisten, darf der Staat Steuern erheben, nicht aber aus anderen, politisch motivierten Gründen wie etwa Gleichberechtigung. Steuern, die der gerechten Verteilung von Ressourcen dienen sollen, lehnt er ab, da sie Individuen dazu zwingen etwas abzugeben, was diese nicht aus freien Stücken tun würden.

Für Nozick ist eine solche redistributive Politik ein Beispiel für die Organisation der Gesellschaft nach einem bestimmten Muster. Ein Muster könnte zum Beispiel lauten „für alle gleich viel" oder „für alle so viel wie es ihrem IQ entspricht" (Nozick 1974: 156). Das Problem bei solchen Verteilungen ist laut Nozick, dass sie arbiträr getroffen werden und dann der Gesellschaft aufgezwungen werden. Wenn einmal eine solche Verteilung eingeführt wurde und für fair befunden wurde, muss der Staat dann dafür sorgen, dass es keine Abweichung von dieser Verteilung gibt, selbst wenn sie durch freie und faire Transaktionen zustande kommen würden?

Damit schließt Nozick in interessanter Weise an Hayek und dessen Verständnis von spontanen Ordnungen an, die nicht durch zentrales Design, sondern nur im Zusammenspiel unzähliger Einzelhandlungen entstehen können. Hiermit stellt sich Nozick auch gegen seinen Zeitgenossen John Rawls, der mit seiner *Theory of Justice* eine der wichtigsten Sozialethiken des 20. Jahrhunderts lieferte. Während bei Rawls ein ideales Regelwerk hinter dem „Schleier des Nichtwissens" (Rawls 1974: 102) ausgearbeitet wird, ist das für Nozick nur ein weiteres Muster, dessen Durchsetzung unweigerlich zu Zwang führen wird. Für ihn ist nicht der Outcome relevant, sondern nur der Hergang einer gewissen Allokation. Von einer bestimmten Verteilung ausgehend, kann jede beliebige Transaktion stattfinden, solange sie die individuellen Rechte aller Beteiligten respektiert.

In seinem Hauptwerk liefert Nozick eine Fülle an Argumenten, warum also nur ein Minimalstaat moralisch haltbar sei und dass dieser auch in der historischen Entwicklung derart gewachsen sein könnte (im Unterschied zu Rawls Gerechtigkeitsentwurf). Es ist hier nicht möglich auf seine Genealogie des Minimalstaats einzugehen, dennoch möchte ich die interessante Parallele zu anarchistischen Ansätzen aufzeigen, die mir in seiner Theorie aufgefallen ist. Wie die Anarchist*innen stellt Nozick den Staat ausgehend von unumstößlichen individuellen Rechten grundlegend in Frage. Kein Staat hat das moralische Recht, die persönliche Integrität der Einzelnen anzugreifen und dennoch tut dies jeder Staat. Während anarchistische Strömungen diese Haltung allerdings zum Äußersten führen, also bis zur totalen Ablehnung jeder Staatsgewalt, sieht Nozick die Möglichkeit eines ethisch vertretbaren Gewaltenmonopols, sofern dieses die individuellen Freiheits- und Eigentumsrechte nicht gefährdet, sondern stärkt.

Nozick liefert uns damit also das wichtige Fragment einer liberalen Staatstheorie gepaart mit einer sehr stringenten Idee von gerechten Allokationsmechanismen. Nur Transaktionen, die die individuellen Freiheits- und Eigentumsrechte achten, sind zulässig. Nur ein Staat, welcher sich auf die Gewährleistung dieser Transaktionsformen beschränkt, ist moralisch akzeptabel. Das utopische Moment bei Nozick findet sich in seinen messerscharfen kontrafaktischen Konditionalen, mit denen er zeigt, wie eine Welt aussehen würde, in der kein Staat die individuellen Rechte einschränken darf. Er zeichnet eine Welt, die nicht ist, in der viele Konflikte der politischen Moderne überwunden sind. Wie überzeugend seine Zeichnung ist, muss einer kritischeren Prüfung unterzogen werden. Jedenfalls ist Nozick ein wichtiger Vertreter ultra-liberaler politischer Philosophie und liefert zwei zentrale Bausteine für unsere Skizze einer liberalen Utopie.

Gibt es die Liberale Utopie?

Wir haben sechs zentrale Elemente liberaler Gesellschaftstheorien aufgespürt: Individualismus und Freiheit bei Locke, spontane Ordnung und den Marktmechanismus bei Hayek sowie den Minimalstaat und gerechte Transaktionen bei Nozick. Während die Denker des 20. Jahrhunderts zwar wichtige Erweiterungen und Zusätze geliefert haben, bleiben sie doch überraschend nah an der Tradition von John Locke und dessen philosophischer Begründung des Liberalismus dran. Seine Idee von individuellen Freiheitsrechten und dem sich daraus ergebenden Eigentumsrecht ist bis heute grundsätzlich intakt, ebenso wie seine Ideen zum liberalen Staat, der nur der Verwirklichung dieser Rechte dienen soll.

Wenn wir uns die sechs Fragmente liberaler Gesellschaftstheorie im Verbund vorstellen und uns überlegen, wie ein solches System tatsächlich aussehen könnte, wird schnell klar, dass wir es hier durchaus mit einer Art Utopie zu tun haben. Es sind Entwürfe von möglichen aber praktisch kaum umsetzbaren Welten. Gerade bei den beiden Denkern des 20. Jahrhunderts wird deutlich, dass sie Idealvorstellungen im Kopf haben, Zustände, in denen Menschen und Strukturen grundlegend anders sein müssen. Vor allem Hayek mit seinem fast religiösen Glauben an die Kraft des Marktes macht das deutlich. Er denkt sich eine Welt, in der alle Individuen abertausende Preissignale auf den Märkten wahrnehmen und daran ihre Entscheidungsfindung ausrichten. Ungeachtet der Frage, welches Gleichgewicht damit erreicht werden würde und ob es denn wirklich allen in der Gesellschaft zugutekommen würde, bleibt die Frage nach der praktischen Durchführbarkeit offen.

Aber auch Nozick und seine Vorstellung von einem Nachtwächterstaat, der nur das Nötigste tut, ist in seiner praktischen Machbarkeit äußerst fragwürdig. Es bleiben wichtige Detailfragen und reale Konsequenzen unausgesprochen und der Fokus liegt eher auf darauf, eine mögliche Welt theoretisch zu konstruieren. Auch seine Gedanken zur ethischen Akkumulation von Wohlstand sind äußerst idealistisch und deren Umsetzung nur schwer vorstellbar. Wie könnte man prüfen, ob aller Wohlstand der Menschheitsgeschichte auf faire Weise zustande gekommen ist? Dies sind Charakteristika utopischer Gesellschaftsentwürfe. Es sind kontrafaktische Welten, präzise konstruierte Kontrastfolien, gegen die wir unsere heutigen Vorstellungen von Fairness, Freiheit und individuellen Rechten abgleichen können. Daher haben sie, ungeachtet der praktischen Implikationen, enorme philosophische Schlagkraft und können sehr produktiv für den politischen Diskurs werden.

Sogar Locke, der allerdings wegen des zeitlichen Abstands zu den anderen Autoren in einem anderen Licht gelesen werden muss, war für die damalige Zeit ein utopischer Denker. Angesichts der religiösen Dominanz im 17. Jahrhundert waren allein seine Gedanken zum individuellen Freiheits- und Eigentumsrecht revolutionär. Auch er hat von einer Welt gesprochen, die noch nicht ist, die aber kommen könnte. Und seine Vorstellungen sind auch in unterschiedlicher Weise zur gesellschaftlichen Norm geworden. Er ist also vielleicht das beste Beispiel für die Kraft solcher utopischen Welten.

Kommen wir zurück zu der Frage, was denn die liberale Utopie sei und ob sie analog zur kommunistischen Utopie ins Feld geführt werden kann, als eine noch nie dagewesene, aber anzustrebende Welt. Ich denke schon, dass sich anhand des Gesagten zeigen lässt, dass hier etwas dran ist. Hayek selbst sagt, dass die liberalen Prinzipien noch nie verwirklicht worden wären und auch die Annahmen der neoklassischen Ökonomie sind noch nie Realität geworden. Hätten wir also eine solche Welt, in der alle individuellen Freiheitsrechte geachtet werden, der Marktmechanismus perfekt funktioniert und alle Präferenzen und Preise abbildet, jede Transaktion ohne Gewalt vonstattengeht und der Staat niemandes persönliche Rechte verletzt, dann klingt das tatsächlich utopisch. Eine solche liberale Utopie hat auch die nötige normative Kraft, um den Status quo anzufechten und kann daher als kritisches Werkzeug herangezogen werden.

Mit einiger Vorsicht würde ich also die Ausgangsfrage dieses Artikels positiv beantworten: Ja, es gibt eine liberale Utopie.

Kritik

Wir kommen nicht umhin ein paar kritische Überlegungen nachzuschicken. Das Argument dieses Textes hat einen polemischen Ursprung und ist als philosophische Übung zu lesen, nicht als politisches Manifest. Im tatsächlichen politischen Diskurs sind zwar die liberalen Ideen der vorgestellten Denker selten in ihrer Reinform anzutreffen, wohl aber in ihren obszönen Ausformungen. So ist etwa der Neoliberalismus eine Denkschule, die sich viele Fragmente der liberalen Utopie zu Nutze macht, um eine menschenfeindliche und profitorientierte Ideologie zu festigen. Das kann nicht ignoriert werden. Aber vielleicht ist es mit dem Verhältnis von Liberalismus und Neoliberalismus ähnlich wie mit dem Verhältnis von Kommunismus und real-existierendem Sozialismus: Eine edle Idee kann der Ursprung eines gefährlichen Gesellschaftsmodells werden.

Eines ist jedenfalls sicher: Was als scherzhafte Frage begonnen hat, ist jetzt einer seriöseren Diskussion zugänglich. Dies ist vielleicht der größte Erfolg meines Textes. Nicht, dass er in irgendeiner Weise überzeugt hätte, sondern, dass er ein sachliches Gespräch über das Thema möglich macht. Es gibt etliche Schwachpunkte und Lücken in meiner Darstellung der liberalen Utopie. Aber diese wurden durch mein Vorhaben zumindest ein Stück weit sichtbar und erleichtern eine weiterführende Auseinandersetzung und fundierte Kritik. Ich freue mich auf Rückmeldungen, Empfehlungen und Verwünschungen aller Art.

Sebastian Rosenauer hat Politikwissenschaft und Sinologie an der Universität Wien studiert und ist derzeit im Masterstudiengang Philosophy and Economics. Er schreibt für verschiedene österreichische Medien.

Literatur

Constant, Benjamin (2017): The Liberty of the Ancients Compared with that of the Moderns. In: John Schwarzmantel; Ricardo Blaug (Hg.): Democracy. New York, Chichester, West Sussex: Columbia University Press, S. 108 – 110.

Hayek, Friedrich August (1945): The Road to Serfdom. Chicago: Chicago University Press.

Hayek, Friedrich August (1960): The Constitution of Liberty. Chicago: Chicago University Press.

Hobbes, Thomas (2008): Leviathan. J. C. A. Gaskin, Edition, Oxford: Oxford University Press.

Locke, John (1988): Two Treatises of Government. Student edition, Cambridge: Cambridge University Press.

Nozick, Robert (1974): Anarchy, State and Utopia. Oxford: Blackwell Publishing.

Rawls, John (1979): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft.

Strauss, Leo (1953): Natural Rights and History. Chicago: Chicago University Press.

Varian, Hal Ronald (2013): Grundzüge der Mikroökonomik. 8. Auflage, München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation als Motor der Globalisierung und das transformative Potential des „Frühproletariats“

Simon N. Schmid

Szenarien der „Negation der Negation“

Bevor gefragt werden kann, wie Utopien für ein gutes Leben oder widerständige Praxen aussehen können, mahnt die marxistische Perspektive, dass zunächst die gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden werden müssen, um den Lauf der Geschichte gezielt gestalten zu können. Wichtig ist hierbei, eine globale Perspektive einzunehmen, um nicht in einen methodologischen Nationalismus zu verfallen. Dieser Essay will hierzu einen Beitrag leisten, um aus der Analyse der aktuellen Situation heraus gewisse Grundlagen zu generieren. Ingar Solty formulierte ausgehend von der aktuellen sozial-ökologischen Krise fünf potentielle Szenarien für die politische Zukunft des globalen Kapitalismus: 1) Autoritärer Kapitalismus, was als „Projekt der Rechten verstanden werden kann“, aber auch als ein „weiter so“ mit autoritären Vorzeichen; 2) unkoordinierter Zerfall des globalisierten Kapitalismus, bei dem rechte Regierungen durch Protektionismus und Krieg globale Lieferketten zerstören würden; 3) grün-autoritärer Kapitalismus, was am ehesten wohl durch aktuelle Regierungen unter grüner Beteiligung repräsentiert wird, aber definitiv auf Kosten unterer Schichten im Norden wie im Süden gehen würde; 4) globaler Green New Deal, was eine liberalere Variante des vorherigen darstellt oder 5) natürlich ein grüner Sozialismus. Solty schreibt diesbezüglich: „Die Bewegung geht von Industrienationen mit entsprechenden ökonomischen und politischen Spielräumen aus und formuliert explizit ein revolutionär-realpolitisches »Übergangsprogramm«. Das Ziel einer sozial-ökologischen Transformation basiert auf dem Umbau des Staates und einer permanenten Demokratisierung“ (Solty 2019).

Dem möchte ich im folgenden Aufsatz zutiefst widersprechen. Mein Argument möchte ich im Folgenden in vier Kapiteln ausführen. 1) Bezugnehmend auf Klaus Dörre und später Wolfgang Streeck will ich versuchen aufzuzeigen, dass der *Global Land Grab* als finale *externe Landnahme* hierbei eine zentrale Rolle spielt, wie der Rückgriff auf Marx‘ Begriff der sogenannten ursprünglichen Akkumulation und seine Kolonialismus-Theorie zeigen wird. 2) Zwar ist das Phänomen der Lohnabhängigkeit global, dennoch gilt dies nicht gleichermaßen für alle arbeitenden Menschen. Viele erfüllen nach wie vor eine quasi (prä-)feudale Funktion. Viele sind nicht doppelt-freie Individuen – frei von Produktionsmitteln und Land, also frei zur Verfügung auf dem Arbeitsmarkt sowie rechtlich (Vogel-)frei (MEW 23: 183, 746). Erst die neoliberale Globalisierung ist dabei, dies aufzubrechen und in bisher nicht industriell verwertete Regionen zu expandieren und große Teile der Weltbevölkerung zu proletarisieren bzw. als überflüssig auszusortieren. 3) Diese ökonomische Entwicklung, welche die „Negation der Negation“ in sich birgt (MEW 23: 791), dominiert folglich die geopolitische Entwicklung, welche im Zeichen des Imperienwechsels steht. In diesem Zusammenhang soll der Begriff des „Frühproletariats“ herausgearbeitet werden, als präzise Klassenanalyse auf globaler Ebene. 4) Nach diesen Grundlagen soll auf

die politische Praxis eingegangen werden, die als vom globalen Süden ausgehend beschrieben wird. Final lässt sich feststellen, dass im kapitalistischen Inneren lediglich einige altruistische Linke wichtige, aber dialektische Formen der Solidarität üben können.

Wo Rosa Luxemburg Recht hatte

Bezugnehmend auf Rosa Luxemburg beschreibt Klaus Dörre den Kapitalismus als Wirtschaftsform, welche auf Bedingungen aufbaut, die sie selbst nicht schaffen kann: nämlich auf staatlichen Regulierungs- und Disziplinierungsmechanismen sowie auf externen Investitionsmöglichkeiten für überschüssiges Kapital aus dem kapitalistischen Binnenmarkt. Der Kapitalismus erscheint darüber hinaus als doppeltes Marktsystem: 1) das innere rationale Marktsystem und 2) das externe Marktsystem der gewaltsamen Aneignung zur Expansion. Im Inneren ist die Produktionsweise bestimmt durch die Ausbeutung der Arbeiter*innen, welche Mehrwert schaffen (Dörre 2016: 223). Dieser Mehrwert muss sodann als Kapital neu investiert werden, um erneut Kapital durch Arbeit zu schaffen. Marx beschrieb dies in der Formel G-W-G′ (MEW 23: 165). Nun besteht aber das Problem, dass das innere kapitalistische System nicht genug Möglichkeiten profitabler Investitionen bietet. Daher der Schritt heraus ins nicht-kapitalisierte Außen. Hier wird investiert, auch wo keine freie Arbeit, sondern Fron oder gar Sklaverei vorherrscht. Der Kapitalismus bzw. das Kapital macht sich also nichtkapitalistische Produktionsweisen zu nutzen. Dies aber bringt eine nach außen schreitende, fortwährende ursprüngliche Akkumulation mit sich. Da die Bereiche, in die investiert wurden, kapitalisiert werden, um die dortige Produktion zu stabilisieren, werden die dortigen Arbeiter*innen im Laufe der Zeit proletarisiert. Nach Luxemburgischer Lesart weist dies darauf hin, dass sobald die gesamte Welt kapitalisiert ist, der Kapitalismus wirtschaftlich stagniert und das Proletariat sich als globale Mehrheit aufgrund sich zuspitzender Klassengegensätze erhebt. Dörre stellt fest, dass der Kapitalismus in seiner aktuellen Form des Neoliberalismus dazu übergegangen ist, auch interne Landnahme zu vollziehen zum Beispiel in Formen von Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen und Institutionen. Somit könne der Kapitalismus sich selbst Expansionsmöglichkeiten schaffen und theoretisch ewig weiter akkumulieren. (Amlinger 2017: 474).

Es muss aber gefragt werden: 1) Ist dies eine effiziente und nachhaltige Strategie im Sinne des Kapitals und 2) erfüllt diese Strategie die notwendigen Bedingungen und Funktionen, welche die fortwährende Reproduktion und Stabilisierung des Kapitalismus gewährleisten? Die Landnahme nach Innen erfüllt zwei Funktionen der ursprünglichen Akkumulation nicht: Es werden keine zusätzlichen Arbeiter*innen hervorgebracht, sondern die Prekarisierung gewisser Fraktionen der bereits lohnabhängigen Mittelschicht – und darüber hinaus können diese nicht mehr oder nur noch bedingt als konsumierender Absatzmarkt fungieren. Der Kapitalismus kannibalisiert sozusagen an der im kapitalistischen Inneren gespeicherten toten Arbeit und Arbeitskraft, so wie einst am feudal organisierten Land. Dies stellte eine „werttheoretische Achillesferse“ des Konzepts der Landnahme nach Innen dar (Lieber 2010: 54). Der vom Finanzmarkt getriebene Kapitalismus des 21. Jahrhunderts scheint sich jedoch im *Global Landgrab* vornehmlich auch klassischen Formen der Investitionsmöglichkeiten zuzuwenden (Franco u.a. 2013: 4). Tatsächlich ernähren Kleinbäuer*innen nach wie vor 70 Prozent der Weltbevölkerung (FIAN 2020). Darüber hinaus gibt es riesige Landflächen, die entweder nicht industriell bewirtschaftet werden oder der Natur noch nicht ganz entrissen wurden bzw. indigenen Gruppen als Zuflucht dienen. Zonen also, die sich außerhalb der kapitalisierten Sphäre befinden oder die nicht für den Weltmarkt produzieren. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen feudaler Produktion für den Weltmarkt und (prä)feudaler subsidiärer Landwirtschaft. Hier bieten sich also nach wie vor verschiedene Stufen der Investition und Landnahme: Neben der 1) Privatisierung oder Erschließung (noch) nicht mehrwertschaffender Flächen findet sich 2) die Feudalisierung von Land durch Etablierung unfreier Arbeit oder semi-freiwilliger Einbindung freier Bäuer*innen in die Lieferketten des Weltmarktes 3) die

Kapitalisierung und Finanzialisierung von Land durch internationales Überschüssiges Kapital und 4) die Industrialisierung von Land und die schlussendliche Vertreibung von Menschen von ihren Schollen und Produktionsmitteln und somit dem Entstehen einer bzw. dem Eingliedern dieser Menschen in die proletarische Klasse, wodurch diese gleichzeitig zu potenziellen Konsument*innen und Produzent*innen werden können – aber nicht müssen. Dieser Prozess einer „geographischen Kolonialisierung" im Modus einer Globalisierung (Amlinger 2017: 472) lässt eine ökonomische und physisch-planetare Grenze am Horizont vermuten, womit wir wieder bei Rosa Luxemburgs These angelangt wären (Luxemburg 1923).

Fortschreitende Feudalisierung und Proletarisierung

Der historische Kolonialismus zwang die Völker des Südens in die Produktionskette für den seit dem 15. Jahrhundert vom Westen dominierten Weltmarkt; somit aber noch nicht in den modernen Kapitalismus. Viel mehr unterwarf der entstehende neuzeitliche Kapitalismus diese Sphären unter seine neue globale Herrschaftsform als sein ökonomisches Außen. Der alte Imperialismus des Westens entsprach somit einer funktionalen Feudalisierung: In außerkapitalistische Sphären wurden Produktionsformen unter Zwang etabliert und gleichzeitig entstanden so potenzielle Orte für die ursprüngliche Akkumulation. Hier zeigt sich die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen ebenso wie das doppelte Marktsystem des Kapitalismus. Auch der mittelalterliche Feudalismus der alten Welt und Asiens kannte Leibeigenschaft und Sklaverei, ohne reine Sklavenhaltergesellschaft gewesen zu sein. Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus führt auch über den Umweg der Sklaverei, so wie Marx die Kindersklaverei in Europa beschrieb, die gleichzeitig zur rassistischen Sklaverei in den Kolonien stattfand (MEW 23: 758, 787). Das formale Ende der Sklaverei sowie die Unabhängigkeit der Kolonien bedeutete ergo nicht das Ende des Feudalismus. Die Dependenztheorie hat Recht in ihrer Analyse, dass Post-Kolonien aufgrund von ökonomischem und außerökonomischen Zwang als Zulieferer für den kapitalistischen Weltmarkt fungierten (Wallerstein 1974: 398). Jedoch ist eine kapitalistische Gesellschaft aus Proletariat und Bourgeoise im Zentrum – das kapitalistische Innere also – zu unterscheiden vom kapitalistischen Weltsystem mit u.a. nichtkapitalistischen Subsystemen, welche nun mal auch als potenzieller Investitionsraum dienen. Quasi als „feudalistisches stehendes Heer" des Kapitalismus. Die Menschen dort lebten zwar nicht mehr in feudalen Gesellschaften, ihre Gesellschaften erfüllten jedoch feudale Funktionen für den Weltmarkt. Anders als die Siedlerkolonien wie USA, Kanada oder Australien konnten diese Länder nicht in die bürgerlich-kapitalistische, industrielle Massenkonsum-Gesellschaft und Produktionsweise übergehen, sondern verblieben arm, dependent und unindustrialisiert, aus dem einfachen Grund, dass dort die ursprüngliche Akkumulation nie vollständig abgeschlossen wurde. Und wenn, war da keiner, der das stehende Heer von Arbeiter*innen ausbeuten wollte. Die Wertschöpfungsindustrie von der Bohne zum edlen Kaffee endet nach wie vor im globalen Norden. So wurden die bereits Vertriebenen zu überflüssigen Slumbewohner*innen, Landlosen und Flüchtlingen, welche in Todeszonen gezwungen werden. Achile Mbembe beschrieb diesen Prozess treffend als „Necropolitics" (Mbembe 2019). Die Globalisierung ändert dies nun und macht entsprechende Regionen nach und nach zu globalen Werkbänken. Somit ist auch die erneute Spekulation auf Land notwendig geworden und es rentiert sich auch der Landraub wieder: als Kapitalquelle, als Kapitalanlage und als Quelle von Arbeitskraft. Gleichzeitig verlassen betroffene Gesellschaften somit ihre feudal-koloniale Funktion als reine Zulieferer unter Zwang und werden nun auch zu Absatzmärkten. Zwei Beispiele sollen dies verdeutlichen:

1) In einer Studie im Auftrag des Chemie- und Agrar-Riesen Bayer/Monsanto zur Entwicklung Afrikas ist zu lesen:

> Die Bauern müssen auf ihren Feldern mehr produzieren, um die Ernährung für die wachsende Bevölkerung zu sichern. Gleichzeitig muss die Landwirtschaft Arbeitsplätze schaffen. Und zwar weniger in der Erzeugung selbst, denn durch Modernisierung und Mechanisierung werden auf lange Sicht eher weniger Hände gebraucht. Vielmehr gilt es bislang kaum vorhandene vor- und nachgelagerte Wertschöpfungsketten aufzubauen, vom Verleih- und Reparaturservice für Landmaschinen bis zur Fabrik, die Rohprodukte verarbeitet (Klingholz u.a. 2020: 63).

Obwohl weltweit jetzt schon genug Lebensmittel produziert werden, wird auch hier wieder die Mär von der nötigen Produktionssteigerung zur Ernährungssicherung bemüht, obwohl es ausschließlich um vom Investitionsdruck getriebene Mehrwertsteigerung geht. Noch interessanter ist hierbei die Feststellung, dass laut Studie nicht die großflächige Vertreibung selbst bevorstehe, auch wenn das andernorts auch schon geschieht. Sondern zunächst geschieht der Raub der Eigenständigkeit der Bäuer*innen, indem sie von Hybrid-Saatgut, Pestiziden und Technologie der transnationalen Aktiengesellschaften abhängig gemacht werden sollen (ebd: 67). In anderen Worten, das Kapital geht davon aus, dass die freien Kleinbäuer*innen des globalen Südens zum Teil in einem präfeudalen Stadium verharren, sie also zunächst in Abhängigkeit und Schuldknechtschaft überführt werden müssen. Sie dürfen zunächst also als Abhängige Mehrwert schaffen und für den Weltmarkt produzieren, bevor eine weitere große Auslese beginnt.

2) Vor allem Vertreter*innen der Public-private-Partnership preisen das Konzept der Mikro- und Kleinkredite als Win-win-win-Modell: Die Investor*innen profitieren von der Rendite, die Mikrofinanzinstitute profitieren und die traditionellen Kleinbäuer*innen profitieren und werden alle zu glücklichen Kleinunternehmer*innen, die Cashcrops für die globalen Lieferketten produzieren und sich endlich, anstelle durch Subsistenz-Landwirtschaft, in Supermärkten versorgen können. Die Finanzalisierung der Armen also. Leider müssen diese neuen hochverschuldeten Mikrounternehmer*innen nicht nur auf dem Weltmarkt konkurrieren, sondern auch untereinander in den neu geschaffenen regionalen Märkten; ganz abgesehen von der neuen Abhängigkeit von multinationalen Unternehmen, die sie mit hybridem Saatgut, Dünger und Hightech-Gütern versorgen. Inwiefern dies der ursprünglichen Akkumulation entspricht, soll folgendes Zitat anschaulich machen:

> Ein weiterer Faktor für die zunehmende Nachfrage nach Mikrokrediten sind die Folgen der Handels- und Wirtschaftsabkommen, die viele Länder des globalen Südens dazu zwingen, ihre Märkte für Nahrungsmittel, Gentechnologie und andere Produkte westlicher Konzerne zu öffnen. Im Gegenzug sollen diese Länder Handelsbilanzen durch vermehrte Exporte von Schrimps, Baumwolle, Schnittblumen oder Energiepflanzen, deren Anbau nur auf großen Flächen und als Monokulturen finanziell ertragreich ist. (…) über Lockangebote werden kleinbäuerliche Betriebe dazu gebracht sogenannte Cashcrops – Feldfrüchte für den Verkauf – anzubauen und das Kapital für die Umstellung bekommen sie oft per Mikrokredit. Spätestens wenn der Markt gesättigt ist, oder wenn durch Billigimporte aus den Industrieländern die Preise in den Keller sinken, fängt fas Elend an. Dann übersteigen die Input-Kosten für Kunstdünger, Insektizide, Pestizide und Saatgut den Ertrag, den sie durch den Verkauf der Ernte erzielen können. Die Kleinbauern verschulden sich weiter machen schließlich Pleite, verpfänden oder verkaufen ihr Ackerland. Durch diesen Prozess werden bisherige Subsistenz – und Teilsubsistenzstrukturen – also „Selbstversorger“- zerstört. Das Land wandert in andere Hände. Durch derlei Veränderungen sind in den Ländern des Globalen Südens immer mehr Menschen darauf angewiesen, ihre Lebensmittel käuflich zu erwerben – und das bei oftmals zweistelliger Inflationsrate für Grundnahrungsmittel (…) Die Freiwilligkeit des Vertragsabschlusses für

> einen Mikrokredit relativiert sich also, wenn die sozioökonomischen Alltagszwänge in den Blick genommen werden. (Klas & Mader 2014: 26-27)

Diese Beschreibung entspricht in unvergleichlicher Weise der Marxschen Beschreibung der Schaffung von inneren Märkten und neuen Proletarier*innen, die als Wanderarbeiter*innen oder Slumbewohner*innen die neuen Megastädte des Südens bevölkern. Während die Mehrheit der Mikrokreditnehmer*innen in die Schuldenfalle und in die Lohnabhängigkeit getrieben werden, kann der Rest sich als neues mittelständisches Kleinbürgertum als Arbeitgeber*innen versuchen, in ständiger Abhängigkeit von internationalen Großkonzernen.

Dieser Vorgang ist verschränkt und nicht zwangsläufig chronologisch. Es lassen sich aber verschiedene Funktionen der (neo-)kolonialen Sphären anhand ihres Zusammenspiels mit ursprünglicher Akkumulation und kapitalistischer Expansion ableiten: 1) als Kapital und Ressourcenquelle, 2) als Investitions- und Spekulationsobjekt für überschüssiges Kapital, 3) als Werkbank und 4) als Absatzmarkt. Es zeigt sich also, dass die sogenannte Globalisierung die postkolonialen Gesellschaften erstmals 50-100 Jahre nach deren offizieller Unabhängigkeit zu Absatzmärkten werden lässt. Internationale Funktion und Produktionsweise einer Gesellschaftsform bzw. gesellschaftlichen Stufe können in Parallelität treten, dies kann aber nicht systematisch angenommen werden. Der *Global Land Grab* deutet aber scheinbar die letzte Stufe der weltweiten sogenannten ursprünglichen Akkumulation an, wie sie Marx beschrieb.

Imperienwechsel und das Dilemma der Spätmoderne

Wolfgang Streeck beschreibt "five systemic disorders of today's advanced capitalism (…): 1. stagnation, 2. oligarchic redistribution, 3. The plundering of the public domain, 4. corruption and 5. global anarchy." (Streeck 2014: 55). Diese „disorders" künden von einem kommenden Ende des Kapitalismus, so Streeck. da die Möglichkeit zur Landnahme und ein Zentrum, das sich durch die Peripherie bereichert und sich so am Leben hält, mehr und mehr schwindet. Diese Stagnation bringe bei vielen Reichen eine „Endgame Mentalität" hervor. Trotz Investitionsdruck gäbe es nämlich eine kapitalistische Präferenz von Profit über Produktivität. Ergo versuchen in Zeiten der Stagnation die Reichen ihr Kapital in sichere Häfen zu bringen, anstelle es produktiv zu investieren – auch um nach einer möglichen (Klima-)Krise Luxus und Status erhalten zu können (Streeck 2014:58-59). Die Abnahme von Landnahme-Möglichkeiten und das Ende eines Zentrum-Peripherie-Verhältnisses durch sich angleichende Märkte birgt somit aber das revolutionäre Potential der Zukunft. Wenn das ökonomische Aufholen, das in China geschah, auch in anderen Teilen der Welt geschieht, ist der Akkumulationsstrom in den Norden gestört und somit auch die Reste des dortigen Sozialstaats, der sich unter anderem aus diesen Überschüssen speist. Der Post-Democracy Ansatz von Colin Crouch und Sheldon Wollin hat gezeigt, dass die spätmoderne Gesellschaft weder die politische Möglichkeit noch den Willen besitzt, also kein konkretes materielles Interesse daran hat, eine sozial-ökologische Transformation zu fokussieren (Wollin 2007: 253; Crouch 2016: 73). Arbeiter*innen im Westen haben theoretisch zwar sehr wohl ein materielles Interesse daran, zum Beispiel die durch Kapitalismus hervorgerufene Klimakrise zu verhindern. Diese wird unter Umständen aber geleugnet, sobald entsprechende Klima-Diskurse den eigenen Arbeitsplatz oder Lebensstandard gefährden. Dieses *Dilemma der Spätmoderne* bleibt so in seinen Wiedersprüchen aus wirtschaftlicher Stagnation, sozial-ökologischer Krise und Imperialer Lebensweise gefangen (Brand & Wissen 2017). Progressiver Wandel, Transformation und Revolution kann nur von einer unterdrückten, aber organisierten Arbeiterklasse ausgehen, die als globale Mehrheit eine befreite Menschheit als ihr Klasseninteresse vertritt. Wo aber ist diese? Die Mehrheit der Menschen im kapitalistischen Inneren kann sich nach wie vor eher ein Ende der Welt vorstellen als das Ende des Kapitalismus (Fisher 2013).

Wo also bleibt ein entsprechendes Weltproletariat, das eine revolutionär-sozialistische Transformation einleiten könnte? Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation kann uns erneut eine Antwort geben. Die *„Negation der Negation“* ist dabei ein begünstigendes Element, denn das revolutionäre Subjekt lässt sich im globalen Süden finden: Ich nenne es das *„Frühproletariat“*: Die landlos Gewordenen der fortlaufenden ursprünglichen Akkumulation müssen rebellieren im Moment, da sie vertrieben wurden, im Moment da die Subalternen aus dem feudalen Schweigen treten, aber vom Massen-konsumistischen Kapitalismus noch nicht konditioniert und diszipliniert sind. Sie erscheinen als das einzige revolutionäre Subjekt der späten Globalisierung, sie sind Proletariat im primitivsten Sinne: Entwurzelt und organisiert; politisch naiv, aber noch nicht manipuliert; ausgebeutet aber noch nicht diszipliniert; *doppelt frei* im Marxschen Sinne, aber reich an Erfahrung und Würde, konfrontiert mit krassem Reichtum in den globalen Mega-Städten, aber noch nicht betäubt von der Imperialen Lebensweise. „Früh“ also im zeitlichen Sinne näher zum Zeitpunkt der Vertreibung und der sich noch im Prozess befindenden Proletarisierung.

Dieses Konzept des Frühproletariats attestiert eine gewisse Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen und bewertet das Lumpenproletariat positiver als Marx (MEW 23: 673), setzt mit der Revolution aber nicht schon im Feudalismus an, wie es der Leninismus tut. In gewisser Weise birgt es ein anarchistisches Element mit einer Komponente der organischen und spontanen – aber dennoch organisierten – Erhebung der Massen. Rosa Luxemburg schrieb mit Recht: „Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit“ (Luxemburg 1918). Dies bedeutet nicht, dass eine revolutionär-sozialistische Transformation gewaltfrei stattfinden muss, aber eine wahre Revolution muss eine organische Revolution der unteren 90 Prozent sein. Um den strategischen Fehler, als verzweifelte Minderheit zu agieren, zu vermeiden, muss sich eine marxistische Transformationstheorie in naher Zukunft viel mehr mit der historisch-materialistischen Bedeutung des Imperienwechsels konfrontieren. Marx schrieb:

> Mit den Staatsschulden entstand ein internationales Kreditsystem, das häufig eine der Quellen der ursprünglichen Akkumulation bei diesem oder jenem Volk versteckt. So bilden die Gemeinheiten des venetianischen Raub-Systems eine solche verborgene Grundlage des Kapitalreichtums von Holland, dem das verfallende Venedig große Geldsummen lieh. Ebenso verhält es sich zwischen Holland und England. Schon im Anfang des 18. Jahrhunderts sind die Manufakturen Hollands weit überflügelt und hat es aufgehört, herrschende Handels- und Industrienation zu sein. Eins seiner Hauptgeschäfte von 1701-1776 wird daher das Ausleihen ungeheurer Kapitalien, speziell an seinen mächtigen Konkurrenten England. Ähnliches gilt heute zwischen England und den Vereinigten Staaten. Manch Kapital, das heute in den Vereinigten Staaten ohne Geburtsschein auftritt, ist erst gestern in England kapitalisiertes Kinderblut. (MEW 23: 783-784).

Das kapitalisierte Sklavenblut der frühen USA sowie das der Opfer des modernen US-Imperialismus tritt nun wiederum als Kapital in China auf, dem größten Schuldner der USA heute (Golub 11.11.2021). Global gesehen treibt China seinen Imperialismus bekanntlich durch das Projekt „Neue Seidenstraße“ voran. China praktiziert definitiv einen „Imperialismus neuen Typs“, der nicht gleichzusetzen ist mit dem alten Imperialismus des Westens, aber er verfolgt dieselben Ziele: Ressourcenbeschaffung und Schaffung von Absatzmärkten sowie neuer Investitionsräume. Dies bedeutet aber: Nachdem westliches Kapital frühere Kolonien feudalisierte (entsprechend deren globaler Funktion, nicht zwangsläufig von der Gesellschaftsform her), wird es nun chinesisches Kapital sein, welches die Massen

in Afrika und Zentralasien proletarisieren wird und somit revolutionäres Potential erzeugt, auch gegen einen Kapitalismus chinesischer Prägung (Dziedzic 15.09 2020).

Die Rolle linker Bewegungen im Norden und im Süden

Die Bevölkerung des globalen Nordens, d.h. des kapitalistischen Innern, taugt also kaum als revolutionäres Subjekt. Eher möchten sie ihren Platz an den Inseln der Reichen auf Kosten anderer ergattern (Blühdorn 2007: 261). Was bedeutet dies aber für eine emanzipatorische Linke im globalen Norden? Ist sie obsolet oder gar zwangsläufig reaktionär, wenn sie versucht die Interessen der Lohnabhängigen der Imperialen Lebensweise zu vertreten? Teile des Proletariats des Nordens erheben sich zwar nicht gegen das Kapital, sondern gegen Migrant*innen und akademisch-kosmopolitische Eliten, dennoch sind Kämpfe im Norden wichtig. Proletarier*innen sind gezwungen, ihren subjektiven Interessen zu folgen, und diese sind in der Nord-Süd-Spaltung kaum unter einen Hut zu bringen. Revolutionär-transformative Politik im Norden bedeutet also altruistische Politik gegen die eigenen Interessen. Der Ruf nach globaler Transformation ist hier der Ruf nach der eigenen Enteignung, dem Ende der eigenen Privilegien und dem Ende des eigenen Lebensstils. Ein solcher diskursiver Frontalangriff auf die konkurrenzorientierte exklusive Solidarität des Nordens (Festung Europa etc.) destabilisiert und spaltet die Gesellschaft des parasitären Nordens. Dies ist als ideelle Unterstützung und zur materiellen Ressourcenbeschaffung revolutionärer Subjekte im Süden notwendig (z.B. Rojava, Chiapas oder auch die Aufstände in Sri Lanka 2022). Jedoch ist die Linke im Norden somit nicht primäres Subjekt der globalen Transformation, sondern eher trojanisches Pferd im kapitalistischen Zentrum. Im Norden ist die vermeintlich kosmopolitisch-liberale bzw. moralistisch-identitätspolitische Linke somit mehr Instrument das globalen Klassenkampfes als die traditionell-proletarische Linke, ohne dass dies offensichtlich wäre. Gleichzeitig treibt eine solche identitätspolitische Spaltung die mittleren und unteren Klassen der kapitalistischen Zentren und Semi-Peripherien (z.B.: Brasilien, Indien und Russland) unter Umständen in die Arme der Faschisten. Kern dieser Dialektik aber ist, dass dortige linke Strömungen nicht eigentliches Subjekt der globalen Arbeiterklasse sind, nicht einmal Avantgarde. Sie handeln anti-materialistisch. Echte subalterne Linke und Proletarier*innen des Südens jedoch, gerade des Frühproletariats, müssen ihrem materiellen Klasseninteresse folgen und das heißt neben der Überwindung der lokalen Eliten u.a. auch die Überwindung der Imperialen Lebensweise ihrer nord-transatlantischen Genoss*innen.
Im Zusammenhang mit dem Imperienwechsel zugunsten Chinas, was eine Industrialisierung und somit Proletarisierung Sub-Sahara-Afrikas und Zentralasiens mit sich bringt, muss darüber hinaus davon ausgegangen werden, dass Soltys Szenarien 1 bis 5 keine alternativen Optionen darstellen, sondern variable Stufen in einem langwierigen historischen Prozess, der noch vor uns liegt. Dennoch ist nicht gesagt, dass die Geschichte überhaupt jemals bei 5) *grüner globaler Sozialismus* ankommen wird. Womöglich sind vorher die planetaren sozial-ökologischen Grenzen erschöpft, was auch ein Ende der Menschheit als Möglichkeit erscheinen lässt. Damit sind wir zum Ende bei Hegel angelangt, der schrieb: „…der Mensch wird nicht frei geboren, er wird geboren, um frei zu werden." Was bleibt ist das Ziel, nicht als reine Utopie, sondern als materialistische Option und historische Notwendigkeit des Menschwerdens.

Simon N. Schmid ist Master-Absolvent des Global Studies Programms der Universität Freiburg. Kürzlich erschien seine Forschung über die Initiative Lieferkettengesetz in Deutschland in New Global Studies unter dem Titel „Global Justice Advocacy, Trade Unions, and the Supply Chain Law Initiative in Germany" (2022).

Literatur

Amlinger, Carolin (2017): Klaus Dörre: Die neue Landnahme. In: Klaus Kraemer & Florian Brugger (Hg.): Schlüsselwerke der Wirtschaftssoziologie Springer VS, Wiesbaden. S. 471-480.

Blühdorn, Ingolfur (2007): “Sustaining the unsustainable: Symbolic politics and the politics of simulation.” In: Environmental politics 16.2, 251-275.

Brand, Ulrich., & Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: Oekom Verlag.

FIAN (2020): Capitalism and The Financialization Of Territories And Nature: https://www.fian.org/en/publication/article/rogue-capitalism-and-the-financialization-of-territories-and-nature-2621 (Zugriff: 13.11.2022)

Dörre, Klaus (2016): Limits to Landnahme. Growth dilemma as challenge. In: Judith Dellheim & Frieder Otto Wolf (Hg.): Rosa Luxemburg: A Permanent Challenge for Political Economy. London: Palgrave Macmillan. S. 219-260.

Dziedzic, Paul (15.09 2020): Metamorphose des Imperialismus? In: analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte & Praxis. https://www.akweb.de/bewegung/metamorphose-des-imperialismus/, (Zugriff: 13.11.2022)

Fisher, Mark u.a. (2013): Kapitalistischer Realismus ohne Alternative?: eine Flugschrift; mit einem Nachwort zur deutschen Ausgabe. Berlin: VSA-Verlag.

Golub, Philip S. (11.11. 2021): China Öffnet sich ein bisschen – Freihandel unter staatlicher Kontrolle, Le Monde diplomatique: https://monde-diplomatique.de/artikel/!5812914, (Zugriff: 13.11.2022).

Klas, Gerhard., & Mader, Phillipp (2014). Rendite machen und Gutes tun?. Frankfurt am Main Campus Verlag.

Lieber, Christoph (2010): Jenaer Systemfragmente über den Gegenwartskapitalismus. Zu Dörre/Rosa/Lessenich: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. In: Sozialismus 2, S. 49–54.

Luxemburg, Rosa (1918): Was will der Spartakusbund? Roten Fahne (Berlin), Nr. 29, 14. Dezember 1918: https://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1918/12/waswill.htm., (Zugriff: 13.11.2022).

Luxemburg, Rosa (1923): Die Akkumulation des Kapitals: Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus (Vol. 6). Berlin: Vereinigung Internationaler Verlag-Anst. https://www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb11022992?page=6, (Zugriff: 13.11.2022).

Marx, Karl & Engels, Friedrich (1962): Werke, Band 23, Das Kapital. Berlin: Dietz. (MEW 23).

Mbembe, Achille (2019): Necropolitics. Translated by Libby Meintjes. In: Public Culture, 15(1), S. 11-40.

Franco, Jennifer, u.a. (2013): The Global Land Grab - A Primer. In: TNI Agrarian Justice Programme. https://www.tni.org/en/publication/the-global-land-grab, (Zugriff: 13.11.2022).

Solty, Ingar (2019): Die Welt von morgen – Szenarien unserer Zukunft zwischen Katastrophe und Hoffnung. In: Zeitschrift LuXemburg, 03/2019,Transformation, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/die-welt-von-morgen-szenarien-unserer-zukunft/ , (Zugriff: 13.11.2022)

Streeck, Wolfgang (2014). How will capitalism end?. In: New left review, (87), 35-64.

Wallerstein, Immanuel (1974): The Rise and Future Demise of the World Capitalist System: Concepts for Comparative Analysis, In: Comparative Studies in Society and History 16 (4): 387- 415.

Paradebeispiele rebellierender Demokratie.
Zu den Zapatistas in Chiapas und den Kurd*innen in Rojava

Josef Mühlbauer, MA

Einleitung

Angefangen bei der Pariser Kommune, über den Arabischen Frühling bis hin zu Demonstrationen von Stuttgart bis Tel Aviv lassen sich unzählige historische und gegenwärtige Beispiele von Menschen finden, die sich scheinbar in der repräsentativen Demokratie nur auf der Straße Gehör oder in ihrer Kommune eine politische Stimme verschaffen können. Viele Sozialwissenschaftler*innen sprechen von einem Legitimationsverlust demokratischer Institutionen, einer Krise der politischen Repräsentation oder schlicht von einer Krise der Demokratie (vgl. Merkel 2015: 8f.). Für Miguel Abensour (2012) ist der Grund für diese Krise in der repräsentativen Demokratie selbst zu suchen. Abensour entwirft daher ein radikaldemokratisches Konzept, nämlich die „rebellierende Demokratie". Eine Demokratie, die sich gegen staatliche Machteroberungsambitionen, kapitalistische Produktionsweise und Herrschaft richtet, lässt sich heute jedoch kaum noch finden. Doch historische und real existierende Beispiele hierfür gibt es sehr wohl: Zwei Gesellschaftsformationen in Chiapas/Mexiko (Zapatistas) und in Rojava (Nordsyrien) zeigen auf ihre eigene Art und Weise Anzeichen einer rebellierenden Demokratie. Das sind – so meine Argumentation – Paradebeispiele rebellierender Demokratie.

Charakteristika einer rebellierenden Demokratie und die jüngsten Paradebeispiele

Das zentrale Prinzip einer rebellierenden Demokratie lässt sich am Verschwinden der Beziehung von Herrscher und Beherrschten, also an der Einführung eines Zustands der Nicht-Herrschaft erkennen (vgl. Abensour 2012: 9). Dieses anarchische Prinzip ist – wie später anhand der Paradebeispiele gezeigt wird – von zentraler Bedeutung. Die demokratischen Implikationen dieses anarchischen Prinzips richten sich zwangsläufig gegen „den Staat" als Regierungsform. Sobald der Staat als ein soziales Herrschaftsverhältnis verstanden wird, welches das Feld des Politischen auf das bloße Regieren reduziert, muss man im Sinne Abensours annehmen, dass sich die rebellierende Demokratie nur in Auflehnung gegen den Staat entfalten kann (vgl. Abensour 2012: 19ff.). Die rebellierende Demokratie ist somit ein dauerhafter Kampf für das emanzipative Handeln und gegen das Herstellen eines sedimentierten Herrschaftsverhältnisses. In dieser rebellischen Entfaltung geht es jedoch nicht darum, einen utopischen Ort, also einen Nicht-Ort zu finden bzw. zu erreichen. Vielmehr geht es um das Verständnis, dass es keine „wahre Demokratie" geben kann. Demokratie ist in diesem Sinne ein nie endender Prozess, da kein teleologisches Endziel vorhanden

ist. Mit dem *Demos* verhält es sich ähnlich: Der Volkskörper wird nicht als substantieller Organismus, sondern als ein zersplitterter, gespaltener, in die nie endende Suche nach einer problematischen Identität verwickelter Körper begriffen (vgl. Abensour 2012: 27). Genau diese Charakteristika lassen sich in den Gesellschaftsformationen von Rojava und Chiapas zu einem großen Teil nachzeichnen.

Das basisdemokratische Projekt Rojava

Im Zuge des syrischen Bürger- bzw. Stellvertreterkriegs – als der syrische Staat unter dem Präsidenten Baschar al-Assad sich weitestgehend zurückgezogen hat – errichteten Kurd*innen die Demokratische Föderation Nordsyrien (Rojava). Es handelt sich um ein einzigartiges politisches System, dessen Prinzipien feministische, basisdemokratische und progressive Züge aufweist (vgl. Mühlbauer 2020). Das politische System wurde in Anlehnung an die anarchafeministischen Theorien von Abdullah Öcalan und Murray Bookchin aufgebaut (vgl. Leezenberg 2016). Laut Susan Brown (1988) vertreten Anarchafeminist*innen eine Theorie, die alle Formen von Hierarchien und Herrschaft bekämpft. Der geistige Mitbegründer von Rojava, Murray Bookchin, theoretisiert selbst basisdemokratische und konföderale Demokratiemodelle und plädiert für Dezentralisierung, Selbstsuffizienz, Autonomie (Selbstgesetzgebung), ökologische Nachhaltigkeit und flache Hierarchien (vgl. Mühlbauer 2020). Diese antietatistischen Diskurse können aufgrund der jahrhundertelangen Geschichte staatlich-kolonialer Repressionen der Kurd*innen als eine (weitere) Form der politischen Legitimation des Systems Rojavas betrachten werden (vgl. Gerber & Brincat 2018: 7). Das System der Co-Vorsitzenden (Hevserok-System) sieht vor, dass der zu wählende Posten der Vorsitzenden, der Kommunalvertretung oder im Gericht jeweils von einem Mann und einer Frau besetzt wird (vgl. Burç 2019: 20). Quoten für sprachliche und ethnische Minderheiten sollen eine basisdemokratische Mitsprache und politische Partizipation garantieren. Schon diese heterogene und inklusive Mischung der Vertreter*innen lässt die in der Verfassung Rojavas zu findenden Prinzipien der Selbstverwaltung, des Multikulturalismus und des basisdemokratischen Konföderalismus in Erscheinung treten (vgl. Brauns 2016). Diese „rebellierende Demokratie" richtet sich nicht nur gegen den Staat als Regierungsform, sondern auch gegen die kapitalistische Produktionsweise. Jede*r Bürger*in Rojavas hat laut Art. 30 der Verfassung das Recht auf Wohlstand, gebührenfreie Bildung, Arbeit, Unterkunft sowie das Recht auf Gesundheits- und Sozialversicherung. Art. 38 garantiert allen Chancengleichheit und Art. 39 besagt, dass alle natürlichen Ressourcen der gesamten Gesellschaft gehören (vgl. Mühlbauer 2020). Die Verwaltung von Grundbesitz und Boden wird durch die demokratisch gewählten Verwaltungen aufgeteilt und deren Nutzung durch Gesetze geregelt (Art. 40). Organisationen wie Kongreya Star, Desteya Jin oder auch die Women's Economy Conference versuchen die anarchafeministischen Theorien Öcalans mittels selbstverwalteter Kooperativen zu implementieren. Arbeiter*innen sind in den Kooperativen gleichzeitig Miteigentümer*innen und werden in die Entscheidungsfindungsprozesse des Unternehmens eingebunden. Gewinnorientierung ist nicht das primäre Ziel, sondern eine gerechte Wohlstandsverteilung: Privateigentum wird nach dem Prinzip „Eigentum durch Gebrauch" organisiert. Das heißt, dass die Vermehrung von Privateigentum nicht als Selbstzweck, sondern im Dienste aller Bürger*innen verstanden wird (vgl. Tax 2017: 179ff.). Historisch vorausgegangen ist dieser rebellierenden Demokratie die „erste Rebellion des 21. Jahrhunderts" (vgl. Brand/Wissen 2017: 118).

Die erste Rebellion des 21. Jahrhunderts – die Zapatistas von Chiapas

Am 1. Jänner 1994 erklärte die Zapatista Army of National Liberation (EZLN) der mexikanischen Regierung den Krieg und übernahm die Verwaltung

von sieben Städten im Bundesstaat Chiapas. Mit dem Spruch: ¡Ya Basta! (Es reicht!) markiert diese indigene und sozialrevolutionäre Bewegung einen Bruch mit der staatlichen Regierungsform und mit dem globalisierten Kapitalismus (Inclán 2018: 1f.). Der EZLN geht es nicht um die Übernahme der Staatsmacht, sondern um eine egalitäre Transformation der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse von unten (vgl. Brand/Wissen 2017: 119). Während der mexikanischen Revolution wurden der libertärsozialistische und der indigene Anarchismus durch diskurstheoretische Ansätze erweitert (vgl. Zimmering 2010: 12). Anarchistische und libertäre Bewegungen auf der ganzen Welt beziehen sich emblematisch auf diesen Aufstand. Mittlerweile leben die Zapatistas in über 1.000 Gemeinden nach den Prinzipien der Gleichberechtigung, Basisdemokratie und Solidarität. Gerechtigkeit in der Gesellschaft sollte demnach nicht durch Herrschaftsübernahme, Gewalt oder Anweisungen erreicht werden, sondern sollte im öffentlichen und herrschaftsfreien Diskurs im Gegen- und Miteinander diskursiv errungen werden (vgl., ebd.). Dabei wurde der Prozesshaftigkeit einer jeden öffentlichen Einigung gegenüber a priori Zielsetzungen Vorrang eingeräumt (vgl., ebd.: 13). Diese pazifistischen und machtkritischen Ansätze zeigen zudem eine antineoliberale, antikapitalistische und eine strikt direkt- bzw. basisdemokratische Grundhaltung (vgl., ebd.). Die Gestaltung des Gemeinschaftslebens erfolgt über kollektive Beschlüsse in der Vollversammlung, an der sich alle Mitglieder beteiligen und in der so lange diskutiert wird, bis Einigkeit erreicht wird. Ein weiteres Kernelement dieser rebellierenden Demokratie ist das Prinzip des „Gehorchend Befehlens“. In der politischen Praxis bedeutet das die Unterordnung der EZLN unter die zivilen und basisdemokratischen Strukturen. Politische Herrschaft wird somit durch Verwaltung von Sachen ersetzt und deliberativ ausgehandelt. Politik wird somit zur Aufgabe eines jeden Gesellschaftsmitglieds. Nach dem Vorbild der Tradition des indigenen Kargo-Systems ist jedes Mitglied der Gemeinden verpflichtet, auf eine bestimmte Dauer politische Ämter zu bekleiden. Die Amtszeiten variieren zwischen einer und zwei Wochen und sollten die größtmögliche politische Partizipation erreichen und Korruption sowie Machteroberungsambitionen verhindern (vgl., ebd.: 43). Gustavo Esteva nennt diese zapatistische Form der Demokratie „radikale Demokratie“ (vgl. Zimmering 2010: 41). Abensour würde sie als „rebellisch“ bezeichnen.

Conclusio

Sowohl die Kurd*innen in Nordsyrien als auch die indigene Bevölkerung von Chiapas in Mexiko errichteten Gesellschaftsformationen, die sich explizit in antietatistischen, antikapitalistischen und herrschaftsfreien Diskursen widerspiegeln. Sowohl die theoretischen Ursprünge als auch die gängigen Praxen zeigen deutlich den egalitären und zum Teil anarchistischen Charakter. Demokratie wird hierbei – ganz im Sinne Abensours – als rebellisch verstanden, da sich diese Gesellschaftsformationen gegen den Staat und gegen die kapitalistische Produktionsweise richten. Nicht die Machtübernahme, sondern der prozesshafte Aufbau egalitärer und basisdemokratischer Strukturen steht hierbei im politischen Vordergrund. Obwohl sich sowohl die kulturellen Gegebenheiten als auch die konkreten Verwaltungspraxen unterscheiden, können in beiden Demokratien die Grundprinzipien von Gerechtigkeit, Egalität, Solidarität und Volkssouveränität (im Sinne einer Selbstgesetzgebung) festgemacht werden. Damit sind sie Paradebeispiele rebellierender Demokratien.

Doch auch in diesen lassen sich Widersprüche und Macht- und Herrschaftsverhältnisse ausmachen. Tendenzen zur Romantisierung solcher Gesellschaftsformationen soll an dieser Stelle eine Kritik entgegengesetzt werden. In meinem Beitrag über „Rojavas Feminismus“ (vgl. Mühlbauer 2020) im Wissenschafsblog für interdisziplinäre Geschlechterforschung habe ich bereits die zentralen Kritikpunkte an Rojava geäußert, nämlich die scheinbare Omnipräsenz Öcalans, die Heroisierung

von bewaffneten Frauen, die realpolitischen Allianzen mit kolonialen bzw. imperialen Staaten und die militante Taktik der PKK.

Auch der zapatistische Diskurs ist nicht frei von Widersprüchen, wie es anhand der partiellen Geringschätzung indigenen Wissens seitens des Subcomandante Marcos (bürgerlich: Rafael Sebastián Guillén Vicente) deutlich wird (vgl. Gilgenbach & Moser 2012). Frauen partizipieren unzureichend in der zapatistischen Selbstorganisation (vgl. Blum 2007: 48).

Widersprüche im Widersprechen und Widerstände im Widerstehen sind jedoch die notwendigen Mittel gegen Dogmatik und Sedimentierung von Herrschaftsverhältnissen.

Josef Mühlbauer, MA arbeitet ehrenamtlich für die queeranarchistische NGO Varna Institute for Peace Research (VIPR). Im Februar 2022 gab er den Sammelband „Zur imperialen Lebensweise“ im Mandelbaum Verlag heraus. Derzeit strebt er seinen Ph.D im Bereich der Politikwissenschaft an.

Literatur

Abensour, Miguel (2012): Demokratie gegen den Staat – Marx und das machiavellische Moment. Berlin: Suhrkamp.

Blum, Joanna (2007): Die Männer helfen fast nie. In: ila 302. 48-49.

Brand, Ulrich & Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.

Brauns, Nikolaus (2016). Die Kurden in Syrien und die Selbstverwaltung in Rojava. In Fritz Edlinger (Hg.), Der Nahe Osten brennt. Zwischen syrischen Bürgerkrieg und Weltkrieg (S. 91–112). Wien.

Brown, Susan (1988): Warum Anarcha-Feminismus? Schwarzer Faden, 2/1988, 20–21.

Burç, R. (2019). Demokratische Autonomie. Staatenlos regieren als gesellschaftliche Alternative zum Nationalstaat in Nordsyrien und der Türkei. In: Küpeli, Ismail (Hg.), Kampf um Rojava, Kampf um die Türkei. Münster. S.20-29.

Gerber, Damian & Brincat, Shannon (2018): When Öcalan met Bookchin: The Kurdish Freedom Movement and the Political Theory of Democratic Confederalism. Geopolitics, 1–25. https://doi.org/10.1080/14650045.2018.1508016.

Gilgenbach, Dominik & Moser, Bettina (): Lieber autonom als entwickelt? Zapatistische Autonomie als empirische Stützte des Post-Development? In: Aram Ziai (2012): Post-Development: Empirische Befunde. Journal für Entwicklungspolitik. Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Universitäten. Vol. XXVIII 4-2012. Wien: Mandelbaum Verlag.

Inclán, Maria (2018): The Zapatista Movement and Mexico´s Democratic Transition. Mobilization, Success, and Survival. Oxford: Oxford University Press.

Leezenberg, Michiel (2016): The ambiguities of democratic autonomy: the Kurdish movement in Turkey and Rojava. Southeast European and Black Sea Studies, (16)4, 671–690.

Merkel, W. (2015): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden.

Mühlbauer, Josef (2020): Rojavas radikaler Feminismus – Ende eines basisdemokratischen Projekts?, in: blog interdisziplinäre geschlechterforschung, 04.02.2020, www.gender-blog.de/beitrag/rojavas-radikaler-feminismus/, DOI: https://doi.org/10.17185/gender/20200204.

Öcalan, A. (2010): Jenseits von Staat, Macht und Gewalt. Neuss.

Tax, Meredith (2017). Auf einem unwägbaren Weg. Die Frauen im kurdischen Freiheitskampf. Münster.

Zimmering, Raina (2010): Die Zapatistas in Mexiko. Der antisystemische und antietatistische Charakter einer populären Bewegung. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam.

Ungehörte Bomben
Eine kurze Einordnung zum Konflikt zwischen Rojava und der Türkei

Jonas Spengler

Gibt man in der Google Suche nur „Türkei“ als Stichwort ein und geht auf den Suchreiter „News“ werden einem zumeist Artikel darüber angezeigt, dass die Türkei derzeit mit einer sehr starken Inflation zu kämpfen hat (Göpfert, 03.11.2022, Holly, 03.11.2022), und es wird die Rolle der Türkei im Russland-Ukraine-Krieg als Vermittler thematisiert. Immer wieder im Fokus hierbei ist das Getreideabkommen zwischen den beiden Kriegsparteien (Senz, 31.10.2022). Die vermutlich den Staat Türkei am meisten kritisierenden Artikel behandeln das neu eingeführte Mediengesetz der Türkei. Hiervon sind sowohl Bürger*innen wie auch Journalist*innen betroffen, denn sie geraten schneller ins Fadenkreuz der Justiz, wenn sie den türkischen Staat kritisieren. Sucht man Nachrichtenartikel, welche die Türkei selbst als Konfliktpartei in den Fokus rücken, findet man, wenn überhaupt, Artikel, die den Konflikt mit Griechenland thematisieren[1] (Bali, 05.10.2022).

Dieser Artikel verfolgt das Ziel einen kritischen Blick auf jüngst stattgefundene Ereignisse im Konflikt der Türkei mit kurdischen Gruppen und die daraus resultierende westliche Berichterstattung zu werfen. Hierzu findet zunächst eine Einordnung des Zustands der Pressefreiheit in der Türkei statt. Hiernach wird ein kurzer verständnisgebender Umriss zur Entstehung der jetzigen Situation und ein Einblick in zwei aktuellere Ereignisse gegeben. Und zuletzt wird eine Kritik an der westlichen Medienlandschaft thematisiert.

Verständnis der Pressefreiheit in der Türkei

Selten findet man Artikel wie jenen der Tageszeitung *Heute*, welche den Konflikt zwischen Kurd*innen und der Türkei und vor allem angesichts der militärischen Aggressionen der Türkei thematisieren (Heute, 14.11.2022). Ein Grund für die seltene Berichterstattung könnte der Umgang von EU-Behörden mit Journalist*innen, die militärische Auseinandersetzung zwischen dem türkischen Staat und kurdischen Gruppen thematisieren, sein. Der Journalist Matt Broomfield erzählte der Tageszeitung *Neues Deutschland*, dass er nach seiner journalistischen Arbeit in Rojava, also das von Kurd*innen aufgebaute Selbstverwaltungsprojekt, ein zehnjähriges Einreiseverbot in den Schengenraum erhalten hatte. Ausgegangen sei das Einreiseverbot von einem Ersuchen deutscher Sicherheitsbehörden (Krüger, 29.11.2021).

Verschiedene Berichte von Reporter ohne Grenzen legen den Zustand der Pressefreiheit in der Türkei offen. Der türkische Repräsentant von Reporter ohne Grenzen, Erol Önderoglu, steht beispielsweise wegen des Vorwurfs der „Terrorpropaganda“ vor Gericht, weil er sich mit der mittlerweile verbotenen Zeitung *Özgür Gündem* solidarisierte (Reporter ohne Grenzen, 2022a).

1 Die Hauptrecherchen fanden im Zeitraum zwischen dem 04.11.2022 und dem 15.11.2022 statt.

Der internationale deutsche Sender „Deutsche Welle“ und der amerikanische Sender „Voice of America“ erfuhr durch die türkische Medienaufsichtsbehörde eine Sperrung. Laut Reporter ohne Grenzen befinden sich in der Türkei 90 Prozent der Medien unter staatlicher oder regierungsnaher Kontrolle (Reporter ohne Grenzen, 2022b).

Kurzer historischer Exkurs zur Entstehung der SDF

Die Erläuterung des Bürgerkriegs in Syrien ist ein komplexes Unterfangen und könnte einen ganzen Sammelband füllen. Folglich ist die nachgehende Darstellung über die politischen und militärischen Entwicklungen in Syrien mit Fokus auf die YPG und die Demokratischen Kräfte Syriens verkürzt und heruntergebrochen. Im Verlauf des Bürgerkriegs gelang es der kurdischen Partei PYD gegenüber der anderen kurdischen Partei KNC eine Vormachtstellung im Norden Syriens aufzubauen. Unvereinbar sind diese Gruppen, da die KNC die Türkei als Partner akzeptiert, wohingegen der türkische Staat der PYD eine Nähe zur PKK (kurdische Arbeiterpartei der Türkei) vorwirft. Hierdurch stehen die Akteur*innen im Konflikt miteinander (Van Wilgenburg/Fumerton, 2022: 5). Im Verlauf des Bürgerkriegs sieht sich der militärische Arm der PYD, nämlich die YPG und YPJ, mit einer neuen Bedrohung, dem Islamischen Staat, konfrontiert. Infolge des Konflikts unterstützte die USA die YPG/YPJ im Kampf gegen ISIS durch militärische Ausbildung, später dann auch Luftunterstützung und der Bereitstellung von Equipment. Es gelang, ISIS zurückzudrängen, und die PYD sowie dessen militärischer Arm konnten ihre politische wie militärische Vormachtstellung ausbauen. Ebenso gründete die YPG ein militärisches multiethnisches Anti-ISIS Bündnis, die Demokratischen Kräfte Syriens. Mit dem Blick auf die wachsende Einflusssphäre der PYD und mit der Befürchtung im Hinterkopf, dass sie neben der autonomen kurdischen Region im Irak nun auch eine solche im Norden Syriens etablieren würden, sprach sich die Türkei gegen weitere Unterstützung der SDF vonseiten der USA aus (Van Wilgenburg/Fumerton, 2022: 10 f.).

„Spezialoperationen“ der Türkei

In den vergangenen Jahren griff die Türkei immer wieder von Kurd*innen regierte Gebiete Rojavas an und eroberte auch einige davon. 2018 folgte ein Höhepunkt mit der militärischen Operation „Olivenzweig“, in welcher die Türkei das Gebiet Afrin eroberte. Als Rechtsgrundlage für die Offensiven führt die Türkei das Selbstverteidigungsrecht nach Art 51. der Charta der Vereinten Nationen an. Dass diese Offensiven und Landnahmen durch das Selbstverteidigungsrecht rechtfertigbar seien, bezweifelt der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags. Sie nennen als Grund die fehlende Verhältnismäßigkeit (Deutscher Bundestag, 21.12.2018: 4, 8-9). In einem weiteren Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes wird die Umsiedlung der Türkei von syrischen Geflüchteten in die eroberten Gebiete beschrieben und als Verstoß gegen das IV. Genfer Abkommen erklärt (Deutscher Bundestag, 18.01.2021: 15).

Kürzlich erschienenen Berichten zufolge soll es durch die Türkei vermehrt zum Einsatz von verbotenen Chemiewaffen gekommen sein. Der türkische Verteidigungsminister hat beispielsweise zugegeben, dass CS-Gas im Kampf gegen die PKK im Norden Iraks zum Einsatz kam (Savary/Aken: 2022: 2). CS-Gas ist nach der Chemiewaffenkonvention verboten. Weiters werfen PKK-Kämpfer*innen der Türkei den Einsatz von weiteren verbotenen Chemiewaffen vor, dies konnte jedoch nicht offiziell bestätigt werden. Es wird allerdings darauf verwiesen, dass die Türkei bereits in der Vergangenheit CS-Gas in militärischen Kontexten als Waffe benutzte. Die PKK fordert deshalb eine unabhängige Untersuchung (Savary/Aken: 2022: 2 f.). Aktuell lässt sich in den deutschsprachigen Nachrichten lediglich ein Artikel von Puls24 finden, welcher den wohlmöglichen Einsatz von Chemiewaffen vonseiten der Türkei thematisiert (Puls24, 22.10.2022).

Westliche Medien in der Kritik

Westliche Medien werden durch die YPG International kritisiert. Laut ihnen würde vor allem die Darstellung der Demokratischen Kräfte Syriens als kurdisch dominierte Streitkräfte die Diversität des Militärbündnisses verleugnen. So sind nach Aussage des Rojava Information Centers über 50 Prozent der Kämpfer*innen arabisch und nicht etwa kurdisch. Explizit wird die Berichterstattung auch in Bezug auf die versuchte Gefängnisbefreiung des Sinas-Gefängnisses kritisiert, da SDF-Truppen, welche auf dem Weg zur Unterstützung und Sicherung des Gefängnisses unterwegs waren, vonseiten der Türkei bombardiert wurden. Dies wurde von westlichen Medien kaum thematisiert. Das Gefängnis beherbergt ISIS-Kämpfer (ANF, 26.01.2022).

Als Reaktion auf die einseitige Berichterstattung haben sich in der Vergangenheit in den verschiedenen kurdischen Strömungen eigene Pressenetzwerke aufgebaut. Ihr Ziel ist es, eine Gegenperspektive zur bisherigen Mainstream-Berichterstattung der westlichen Medienlandschaft aufzubauen. Längerfristiges Ziel der Medienarbeit ist für die Kurd*innen die Selbstbefreiung, von ihrem Dasein als Spielball internationaler Mächte sowie das voranbringen ihres Staatenprojekts auch im medialen Diskurs (Stier, 13.11.2022).

Als Reaktion auf die stattfindenden militärischen Aggressionen der Türkei gegenüber Rojava wurde kürzlich, um in der westlichen Medienwelt Gehör zu finden, die Kampagne „#YOURSILENCEKILLS“ ins Leben gerufen. Diese verfolgt das Ziel, Promis, große Medienhäuser, Organisationen und schließlich dann auch die Politik darauf aufmerksam zu machen, dass derzeit auch von einem NATO-Mitgliedsland militärische Handlungen ausgehen (yoursilencekills, o.D.).

Auch unter der Betrachtung des am 14.11.2022 stattgefundenen Bombenanschlags in Istanbul kristallisiert sich ein Ungleichgewicht in der medialen Berichterstattung heraus. Das ZDF zitiert in einem Bericht den türkischen Innenminister, welcher behauptet, dass militante Kurd*innen aus Syrien für den Anschlag verantwortlich seien. Des Weiteren sei die PKK haupt- und die USA mitverantwortlich, da diese unter anderem die SDF unterstützen. Nachfolgend an die Erwähnung, dass die PKK die Schuld von sich weist, wird im Text erwähnt, dass die PKK von der EU, den USA und der Türkei als Terrororganisation eingestuft wird (ZDF, 14.11.2022). Dass die Türkei infolge des Ereignisses eine Nachrichtensperre verhängte hat, welche sowohl den Zugang zu Sozialen Medien wie auch die Berichterstattung einschränkt, findet in diesem Artikel des ZDFs bislang keine Erwähnung. Dafür aber auf einigen anderen Nachrichtenportalen (ORF, 13.11.2022, Der Standard 14.11.2022, Ünveren, 14.11.2022). Ebenso findet im ZDF-Artikel keine Einordnung statt, dass die Pressefreiheit in der Türkei, wie oben bereits dargelegt wurde, enorm eingeschränkt wird. Selten jedoch findet man in den Mainstream-Medien Berichte aus Rojava selbst, wo Stellungnahmen oder Interviews von bzw. mit Kurd*innen selbst geführt werden. Einziges mir bekanntes Beispiel ist ein Bericht der Tagesschau vom 28.11.2022

Conclusio

Es wäre überzeichnend zu sagen, dass alle westlichen Medien zu unkritisch in ihrer Berichterstattung über die Türkei sind. Aber es muss dennoch darauf hingewiesen werden, dass zu wenige kritische Augen auf die Situation der Kurd*innen schauen. Gerade weil die Türkei ein so enger Partner der EU und auch Mitglied der NATO ist, muss der türkische Staat umso kritischer beäugt werden, wenn harte Vorwürfe im Raum stehen. Angesichts der massiven Probleme bezüglich der Pressefreiheit braucht es in der deutschsprachigen Presse eine ausgeweitete Skepsis bei Recherche und Berichterstattung. Klarerweise muss aber auch gesagt werden, dass man die deutsche Medienlandschaft nicht homogenisieren kann und auch nicht sollte.

Neben der Presse sollte sich aber auch die Politik westlicher Staaten meines Erachtens kritischer zur Türkei positionieren, sonst verspielt sich der Westen hierbei jegliche Glaubwürdigkeit in Sachen demokratischer Grundprinzipien und Menschenrechte. Weder die Pressefreiheit noch die Menschen sind in der Türkei sicher.

Jonas Spengler studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Literatur

ANF (26.01.2022): YPG International kritisiert Medienberichterstattung. https://anfdeutsch.com/rojava-syrien/ypg-international-kritisiert-medienberichterstattung-30500, (Zugriff: 14.11.2022).

Bali, Kaki (05.10.2022): Griechenland-Türkei: Kriegsrhetorik, aber kein Krieg. https://www.dw.com/de/griechenland-türkei-kriegsrhetorik-aber-kein-krieg/a-63320442, (Zugriff: 14.11.2022).

Deutscher Bundestag (18.01.2021): WD 2- 108/20 Zur gegenwärtigen Situation in den von der Türkei kontrollierten Gebieten Nordsyrien. https://www.bundestag.de/resource/blob/897380/3b34979c396619333c3b52bb7c5548cf/WD-2-108-20-pdf-data.pdf, (Zugriff: 14.11.2022).

Deutscher Bundestag (21.12.2018): WD 2 – 183/18 Zur völkerrechtlichen Einordnung der türkischen Militärpräsenz in Nordsyrien. https://www.bundestag.de/resource/blob/585604/b77977d691aea774651oae7b9ab6ffcc/WD-2-183-18-pdf-data.pdf, (Zugriff: 14.11.2022).

Der Standard (14.11.2022): Kritik an türkischer Regierung nach Festnahmen wegen Explosion. https://www.derstandard.at/story/2000140840746/festnahmen-nach-anschlag-in-tuerkei, (Zugriff: 15.12.2022)

Ünveren, Burak (14.11.2022): Nach Bombenanschlag in der Türkei steht Regierung in Kritik. https://www.dw.com/de/nach-bombenanschlag-in-der-türkei-steht-regierung-in-kritik/a-63753228, (Zugriff: 15.12.2022)

Göpfert, Angela (03.11.2022): Türkei hat Inflationsspitze noch vor sich. Tagesschau, https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/tuerkei-inflation-erdogan-lira-notenbank-zinsen-101.html, (Zugriff: 04.11.2022).

Heute (14.11.2022): Darum geht es im Konflikt zwischen Türkei und der PKK. https://www.heute.at/s/darum-geht-es-im-konflikt-zwischen-tuerkei-und-der-pkk-100238458, (Zugriff: 14.11.2022).

Holly, Leon (03.11.2022): Inflation in der Türkei steigt auf 85,51 Prozent. ZeitOnline, https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-11/tuerkei-inflation-teuerung-hoechstwert-verbraucher, (Zugriff: 04.11.2022).

Krüger, Tim (29.11.2021): Rojava-Berichterstattung unerwünscht. https://www.nd-aktuell.de/artikel/1159057.syrien-konflikt-rojava-berichterstattung-unerwuenscht.html, (Zugriff: 14.11.2022).

Lueb, Uwe (10.11.2022): „Die gesamte Opposition verschärft im Fadenkreuz". https://www.tagesschau.de/ausland/asien/tuerkei-korri-desinformationsgesetz-101.html, (Zugriff: 13.11.2022).

ORF (13.11.2022): Sechs Tote bei Anschlag in Istanbul. https://orf.at/stories/3293567/, (Zugriff: 14.11.2022).

Puls24 (20.10.2022): Türkei soll Chemiewaffen gegen PKK eingesetzt haben. https://www.puls24.at/news/politik/tuerkei-soll-chemiewaffen-gegen-pkk-eingesetzt-haben/278891, (Zugriff: 14.11.2022).

Reporter ohne Grenzen (2022a): Landesportal Türkei. RSF-Repräsentant steht weiter vor Gericht. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/tuerkei/alle-meldungen/meldung/rsf-repraesentant-steht-weiter-vor-gericht, (Zugriff: 15.11.2022).

Reporter ohne Grenzen (2022b): Ankara greift nun auch ausländische Medien an. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/tuerkei/alle-meldungen/meldung/regierung-greift-nun-auch-auslaendische-medien-an, (Zugriff: 15.11.2022).

Savary, Josef/Aken, Jan (2022): Is Turkey violating the Chemical Weapons Convention? An independent investigation into possible violations of the Chemical Weapons Convention in Northern Iraq is urgently needed. https://www.ippnw.de/commonFiles/bilder/Frieden/2022_IPPNW_Report_on_possible_Turkish_CWC_violations_in_Northern_Iraq.pdf, (Zugriff: 14.11.2022).

Senz, Karin (31.10.2022): Türkei kämpft um Getreidedeal. https://www.tagesschau.de/ausland/getreidefrachter-ukraine-russland-105.html, (Zugriff: 04.11.2022).

Stier, Franziska (13.11.2022): Gegenöffentlichkeit unter widrigen Bedingungen. Wie sich Journalist*innen kurdischer Medien unter repressiven Bedingungen organisieren und dazu beitragen, Gegenmacht aufzubauen. https://www.unsere-zeitung.at/2022/11/13/gegenoeffentlichkeit-unter-widrigen-bedingungen/, (Zugriff: 15.11.2022).

Tagesschau (28.11.2022): Angriffe auf kurdische Gebiete im Nordirak und Nordsyrien. https://youtu.be/QPik_xOWp60, (Zugriff: 15.12.2022).

Van Wilgenburg, Wladimir/Fumerton, Mario (2022): From the PYD-YPG to the SDF: the Consolidation of Power in Kurdish-Controlled Northeast Syria. In: Studies in Conflict & Terrorism, https://doi.org/10.1080/1057610X.2021.2013758

Yoursilencekills (o.D.): DON'T LOOK THE OTHER WAY! STOP TURKISH WAR CRIMES. http://yoursilencekills.com, (Zugriff: 15.11.2022).

ZDF (14.11.2022): Anschlag in Istanbul. PKK weist Verantwortung von sich. https://www.zdf.de/nachrichten/politik/explosion-instanbul-100.html, (Zugriff: 14.11.2022).

Das Land des Dauerschwarms

Ivan Gufler

2022 erhielten die italienischen Parlamentswahlen große internationale Aufmerksamkeit. Der Grund: Giorgia Meloni, 45 Jahre alt, Römerin, seit dem 22. Oktober 2022 erste Ministerpräsidentin Italiens[1]. Erreicht hat sie dieses Amt als Vorsitzende einer Partei, die in der Tradition des Faschismus steht. Die jüngste Geschichte Italiens ist durch immense politische Instabilität geprägt, Melonis Kabinett ist bereits die 68. Regierung in 75 Jahren.[2] Dazu kommt ein Mangel an politischer Kultur und scheinbar anhaltende Korruption zahlreicher Politiker*innen wie zum Beispiel Silvio Berlusconi. Dieser sitzt trotz verurteilter Steuerhinterziehung[3] wieder als Senator im italienischen Parlament.

All das macht Italien zu einem Paradebeispiel für eine politische Dystopie. Und trotzdem: Wer italienische Politik erlebt, wird schnell bemerken, wie in den Wahlkämpfen immer wieder ein kollektiver Glaube an eine Utopie um sich greift und dieser große Teile der Wähler*innen erfasst. Der Glaube, dass der oder die eine das Land in eine glorreiche Zukunft führen wird, wenn man ihm oder ihr nur jetzt die Chance gibt. Diese Bereitschaft der breiten Massen, sich immer wieder aufs Neue in eine Führungsfigur zu verlieben, nur um sich irgendwann wieder enttäuscht von ihr abzuwenden, ist ein wiederkehrendes Muster der politischen Landschaft Italiens. Eine Spurensuche in Vergangenheit und Gegenwart.

„Erste“ und „Zweite“ Republik

Um die politische Landschaft Italiens zu verstehen, ist es zunächst sehr wichtig, die verbreitete Bezeichnung der „Ersten“ und „Zweiten“ Italienischen Republik vor Augen zu haben.

Anders als beispielsweise in Österreich oder Deutschland bestand in Italien seit seiner Gründung als Nationalstaat im Jahr 1861 bis nach dem Zweiten Weltkrieg eine Monarchie.[4] Diese blieb auch während des Faschismus erhalten, obwohl Mussolini in dieser Zeit ähnlich der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland als Alleinherrscher regierte.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem damit verbundenen Bürgerkrieg innerhalb des Landes, bei dem sich antifaschistische Partisan*innen gegen faschistische und später nationalsozialistische Kräfte behaupteten, wurde am 2. Juni 1946 das erste Mal in der Geschichte des Landes eine nationale Volksabstimmung abgehalten. Bei dieser ging es darum, ob das Königreich Italien weiterbestehen oder einer Republik Platz machen sollte.

Diese Abstimmung war die erste in Italien auf nationaler Ebene, bei der auch Frauen mitabstimmen durften.[5]

Das Referendum brachte einen Sieg für die Staatsform der Republik mit etwa 54,3 Prozent der gültigen Stimmen[6], der König musste abdanken und das Land verlassen. Zeitgleich zur Volksabstimmung fanden die ersten freien und demokratischen Wahlen von Abgeordneten seit Beginn des Faschismus statt. Die gewählte verfassunggebende Versammlung sollte eine neue und nach dem Ergebnis der Volksabstimmung republikanische Verfassung ausarbeiten.[7] Gleichzeitig legte die Wahl dieser Versammlung den Grundstein für das italienische Parteiensystem der kommenden Jahrzehnte.

1 Homepage von Giorgia Meloni, o.J.
2 Presidenza del consiglio dei ministri, o.J.
3 Il Sole 24 Ore 2014
4 Altgeld, Frenz, Gernert, Groblewski, Lill 2021: S. 303, 500
5 Il Quirinale 2016
6 Ministero dell'Interno, o.J.
7 Altgeld, Frenz, Gernert, Groblewski, Lill 2021: S. 508

Als stärkste Kraft ging klar die *Democrazia Cristiana* (DC) hervor, eine christdemokratische Zentrumspartei. Ebenfalls große Stimmenanteile der *Partito Comunista Italiano* (PCI) und der *Partito Socialista Italiano* (PSI), also die Kommunistische bzw. Sozialistische Partei Italiens.[8] Die drei Parteien erhielten insgesamt über drei Viertel der zu vergebenden Sitze und arbeiteten daraufhin trotz erheblicher ideologischer Differenzen, aber mit dem geteilten Grundwert des Antifaschismus, die Verfassung der ersten Italienischen Republik aus. Diese trat am 1. Jänner 1948 in Kraft.[9]

Das aus der Wahl zur verfassunggebenden Versammlung hervorgegangene Parteiensystem änderte sich tatsächlich bis in die 1990er-Jahre kaum. Das geltende Wahlgesetz, das sich an den Grundsätzen der Verhältniswahl orientierte und keine Sperrhürde vorsah, begünstigte eine stark zersplitterte Parteienlandschaft. Eine solche entstand nach und nach tatsächlich und war ein Hauptgrund für die berüchtigte politische Instabilität Italiens, da kleine Parteien mit wenigen Abgeordneten bei knappen Mehrheiten großen Einfluss auf die Regierung gewannen. Zwischenzeitlich gab es kleinere Erfolge vor allem auf regionaler Ebene anderer Parteien, beispielsweise des *Movimento Sociale Italiano* (MSI), einer klar neofaschistischen Partei und Vorgängerin der heutigen Regierungspartei von Giorgia Meloni. Trotzdem blieben die drei großen Parteien der verfassunggebenden Versammlung, die Christdemokrat*innen, die Kommunist*innen und die Sozialist*innen, bei allen nachfolgenden Wahlen in genannter Reihenfolge bis 1992 die stärksten Kräfte. Zusammen hielten sie nie unter 78 Prozent der verfügbaren Sitze in der Abgeordnetenkammer[10].

Mit Beginn der 1990er Jahre kam es zu erheblichen Umwälzungen in der Parteienlandschaft, die die bestehende Ordnung seit dem Zweiten Weltkrieg beendeten.

Mit dem Aufstieg des Neoliberalismus ab Mitte der 1980er Jahre und dem daraus resultierenden Rückgang des Klassenbewusstseins nach Marx geriet die Kommunistische Partei in eine tiefe Krise. Diese erreichte ihren Gipfel schließlich mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten ab 1989 und führte zur Selbstauflösung der Partei im Jahr 1991. Sie spaltete sich in eine kleine Minderheit, die dem kommunistischen Kurs treu blieb, und eine übergroße Mehrheit, die sich von nun an als *Partito Democratico della Sinistra* (Demokratische Linkspartei) eher an sozialistisch-sozialdemokratischen Grundsätzen orientierte.[11]

Ab 1992 erschütterte eine Reihe von Skandalen das ganze Land, deren Aufdeckung auch eine indirekte Folge der ab Mitte der 80er-Jahre geführten Bekämpfung der Mafia im Süden Italiens war. Die jahrzehntelange unumstrittene und an Hegemonie grenzende Vorherrschaft der Christdemokrat*innen hatte das entstandene System aus Korruption, Amtsmissbrauch und illegaler Parteienfinanzierung deutlich begünstigt. Diese Verwicklungen, im Italienischen als *tangentopoli* bezeichnet (nach *tangente* für Schmiergeld), reichten bis an die Spitze von Staat und *Democrazia Cristiana* und standen auch in Verbindung mit mafiösen Vereinigungen. Betroffen davon war auch die Sozialistische Partei, die dritte der drei großen Parteien seit Gründung der Republik.[12]

Das Bekanntwerden des Ausmaßes an Korruption führte zu landesweiten Protesten und erschütterte das Vertrauen in die demokratische Struktur des Landes in diesem Zeitraum erheblich.[13]

In der Konsequenz der bekannt gewordenen Verwicklungen beschloss die *Democrazia Cristiana* (DC), die bisher jede Parlamentswahl in Italien gewonnen hatten, Anfang 1994 ihre Selbstauflösung. Im November desselben Jahres folgte die Auflösung

8 Ministero dell'Interno, o.J.
9 Altgeld, Frenz, Gernert, Groblewski, Lill 2021: S. 500
10 Ministero dell'Interno, o.J.
11 Altgeld, Frenz, Gernert, Groblewski, Lill 2021: S. 503, 552-553
12 Altgeld, Frenz, Gernert, Groblewski, Lill 2021: S. 554-555
13 Eurobarometer, o.J.

des *Partito Socialista Italiano* (PSI). Damit waren die drei wichtigsten Parteien seit Gründung der Republik endgültig Geschichte.

Obwohl während und unmittelbar nach dem Zusammenbruch der alten Parteienordnung keine wesentlichen Änderungen der Verfassung oder des institutionellen Gefüges erfolgten, markierte der Niedergang der einstigen Gründerparteien der Republik einen derart großen Einschnitt in der italienischen Geschichte, dass er als Grundlage für die etablierte Differenzierung zwischen Erster und Zweiter Italienischer Republik dient. Hiermit wird in Italien also anders als in Deutschland und Österreich nicht die Neuerrichtung oder Wiedererstehung einer republikanischen Staatsform bezeichnet, sondern der fundamentale Umbruch im politischen Gefüge der im formellen Sinne einzigen bisher bestehenden Italienischen Republik.[14]

Es gab aber auch einige institutionellen Veränderungen: Bei einer Volksabstimmung 1993 wird das Mehrheitswahlrecht eingeführt[15], um dem Postenschacher innerhalb der Parteien entgegenzutreten und es den Wähler*innen zu ermöglichen, ihre Vertreter*innen direkt zu bestimmen. Dadurch kommt es zu einer Personalisierung des politischen Wettkampfes. Dies, gepaart mit dem Wunsch nach neuen Akteur*innen, die nicht in die Skandale der vergangenen Jahre verwickelt waren, führte zum ersten Erfolg einer ganzen Reihe an politischen Führungsfiguren in der Zweiten Republik, die das Land innerhalb weniger Monate in Begeisterungsstürme versetzen konnten.

Silvio Berlusconi

Im Jahr 1994 finden Parlamentswahlen statt. Es ist die erste Wahl der Zweiten Republik, alle drei großen Parteien der alten Ordnung treten nur noch indirekt durch verschiedene Nachfolgeparteien an.

Silvio Berlusconi, gebürtiger Mailänder und bekannter Unternehmer, spielt bereits seit Längerem mit dem Gedanken, aktiv in die Politik einzusteigen. Ende Jänner 1994, nur drei Monate vor dem Wahltermin im April, verkündet Berlusconi schließlich per TV-Liveübertragung seine *discesa in campo* (Antreten, im Sinne von „in den Ring steigen"). Die gewählte Form ist kein Zufall: Berlusconi ist als Medienunternehmer bestens vertraut mit allen Formen und Möglichkeiten, das eigene Image zu vermarkten. Dies schlägt sich auch in der Kampagne der von ihm gegründeten Partei *Forza Italia* (Vorwärts Italien) nieder: Das Gesicht des *leaders* ziert die meisten Plakate, erstmals erhebt in der bisher von Parteien geprägten parlamentarischen Demokratie eine Einzelperson eindeutig den Anspruch auf das Amt des Regierungschefs. Die Erzählung der neuen Zeit mit neuer Führungsfigur wird fleißig beworben, der Ton der gesamten Kampagne ist „selbstbewusst und verführerisch", wie die renommierte Tageszeitung *la Repubblica* feststellt.[16] Berlusconi sucht die Zusammenarbeit mit Parteien und Personen abseits des alten zusammengebrochenen Systems. Er holt in seine Mitte-Rechts-Allianz die *Lega Nord,* eine Regionalpartei aus dem Norden Italiens, und die neue *Alleanza Nazionale*, die Nachfolgepartei des neofaschistischen *Movimento Sociale Italiano.*[17]

Berlusconis Plan geht auf: Innerhalb weniger Wochen gewinnt seine gerade erst aus der Taufe gehobene Partei in den Umfragen deutlich dazu, teilweise bis zu 6 Prozentpunkte in nur einer Woche. Die Italiener*innen bestätigen die nationale Begeisterung für den selbsternannten Macher am Wahltag: Berlusconis Mitte-Rechts-Allianz, die sich hinter ihm als *leader* versammelt hat, erreicht mit knapp 43 Prozent der gültigen Stimmen eine klare Mehrheit im Parlament. Mitte-Links bleibt hinter den Erwartungen zurück, die Nachfolgepartei der ehemals beherrschenden *Democrazia Cristiana* stürzt um fast 20 Prozentpunkte ab.[18]

14 Grazia, Viotti 2011, S. 3
15 Altgeld, Frenz, Gernert, Groblewski, Lill 2021: S. 503
16 la Repubblica 1994
17 Altgeld, Frenz, Gernert, Groblewski, Lill 2021: S. 558
18 Ministero dell'Interno o.J.

Berlusconi wird noch zwei Mal Ministerpräsident: Jeweils nach den Parlamentswahlen 2001 und 2008 erhält das Bündnis unter seiner Führung eine Mehrheit im Parlament. Erst die nach der Finanz- und Eurokrise drohende Staatspleite und Verurteilungen wegen Steuerhinterziehung versetzen dem mühsam aufgebauten Image des selbsternannten *Cavaliere* (Ritter) einen nachhaltigen Knick.[19] Seit 2008 hat Berlusconi das Mitte-Rechts-Bündnis nicht mehr unter seine Fittiche versammeln können, wenn er auch noch heute mit 86 Jahren eine bedeutende Rolle in seiner Partei spielt.

Der *MoVimento 5 Stelle*

Nach dem Rücktritt Berlusconis als Regierungschef 2011 kommt eine Expert*innenregierung aus Parteilosen ins Amt, die Italien vor dem Staatsbankrott bewahren soll. Diese wird sowohl von Mitte-Rechts als auch Mitte-Links getragen und setzt unliebsame Sparmaßnahmen durch. Eine echte parlamentarische Opposition ist in dieser Zeit de facto kaum existent.[20] Außerhalb des Parlaments jedoch gewinnt eine neue Gruppe an Fahrt: der *MoVimento 5 Stelle* (5-Sterne-Bewegung). Initiator der neuen Bewegung ist der bekannte Komiker und Blogger Beppe Grillo, der die Stimmen aus dem Wutbürgertum aufs politische Parkett bringt. Die Bewegung sieht Ideologien als überwunden an und lässt sich kaum nach den klassischen, bis zu diesem Zeitpunkt dominierenden Mustern „links“ und „rechts“ einordnen. Wiederkehrendes Element ist die Elitenkritik.[21] Das großgeschriebene „V“ im Namen der Bewegung ist kein Zufall: Es steht für *„vaffanculo“* („Leck mich am Arsch“) und richtet sich an „die da oben“. In den Wochen vor der Parlamentswahl 2013 lag die Bewegung nach Umfragen übereinstimmend bei etwa 13 Prozent[22] und die von Grillo bei seinen Auftritten gebrauchte derbe Sprache nimmt nochmal an Fahrt auf: Seine Bewegung wolle das Parlament „wie eine Thunfischdose“ aufreißen. Italien solle sich „von seiner politischen Klasse abwenden, und eine neue Sprache der Gemeinschaft, Identität und Ehrlichkeit füllt die Lücke”.[23] Zu Tausenden skandieren die Menschen, die ihm zujubeln: *onestà* (Ehrlichkeit).

Die Begeisterung für den nach den Krisenjahren willkommenen frischen Wind und die Erzählung einer neuen und bürgernahen Politik schlägt sich im Wahlergebnis der Parlamentswahlen 2013 nieder: Der *MoVimento 5 Stelle* wird aus dem Stand stärkste Einzelpartei, mit über 25 Prozent der gültigen Stimmen[24]. Seine kategorische Weigerung, mit den bestehenden Parteien zusammenzuarbeiten, führt ihn vorerst in die Opposition – und 2018 zu einem noch besseren Wahlergebnis mit fast einem Drittel der gültigen Stimmen. Als stärkste Partei im Parlament steht die Bewegung nun in Verantwortung, Regierungsaufgaben zu übernehmen. Sie geht eine Koalition mit Matteo Salvinis rechter Lega, später mit dem sozialdemokratischen *Partito Democratico* (Demokratische Partei) ein. Die Arbeit in der Regierung mit zwei ideologisch fundamental unterschiedlichen Parteien zeigt die programmatischen Widersprüche in der Bewegung auf. Die einstige Begeisterung für die neue Bewegung versinkt schnell in den Streitereien ihrer Exponent*innen und der mangelnden Realisierbarkeit der gemachten Versprechen. Bei den Europawahlen 2019 sackt die Bewegung wieder auf unter 20 Prozent ab, bei den Parlamentswahlen 2022 verliert sie über die Hälfte ihrer Stimmen von 2018.[25]

Matteo Renzi

Nach der Parlamentswahl 2013 hat mit dem starken Wahlergebnis des MoVimento 5 Stelle keines der klassischen Bündnisse eine Mehrheit im Parlament. Die Bewegung weigert sich mit einer der anderen Parteien, die für sie für das korrupte System stehen, zusammenzuarbeiten. Nach zähen Verhandlungen

19 Altgeld, Frenz, Gernert, Groblewski, Lill 2021: S. 573-577
20 Altgeld, Frenz, Gernert, Groblewski, Lill 2021: S. 577-579
21 Altgeld, Frenz, Gernert, Groblewski, Lill 2021: S. 571-572
22 Politico Srl o.J.
23 Kington 2013
24 Ministero dell'Interno, o.J.
25 Altgeld, Frenz, Gernert, Groblewski, Lill 2021: S. 590, 592-593

kommt eine Koalition aus Mitte-Rechts und Mitte-Links zustande. Später spaltet sich ein Teil von Berlusconis Partei ab und verbleibt in der Regierung, damit wird eine stabile Koalition unter Führung von Mitte-Links möglich. Es ist die Basis für den Aufstieg des jungen Florenzer Bürgermeisters Matteo Renzi vom Partito Democratico, der führenden Partei im Mitte-Links-Bündnis. Renzi wird Ende 2013 Vorsitzender seiner Partei, Anfang 2014 wird er jüngster Ministerpräsident in der Geschichte. In den Monaten zuvor tourte er nach dem Vorbild amerikanischer Wahlkämpfe mit einem Bus durchs Land. Er hält feurige Reden, in denen er ähnlich wie Grillo, aber weit weniger populistisch, seine Vision vom „Verschrotten" des alten Systems und einer neuen reformorientierten Politik zeichnet. Der Eifer des jungen Ministerpräsidenten stößt bei den Italiener*innen auf offene Ohren, dies schlägt sich im Wahlergebnis bei den Europawahlen 2014 nieder: Renzis Partei gewinnt in den letzten beiden Monaten vor dem Wahltermin Ende Mai in den Umfragen über 10 Prozentpunkte dazu[26] und erhält schließlich knapp 41 Prozent aller gültigen Stimmen.[27]

In den kommenden Monaten verpufft die anfängliche Begeisterung jedoch allmählich. Viele der Reformen Renzis stoßen auf Widerstand, vor allem die Lockerung des Kündigungsschutzes ruft Protest bei den Gewerkschaften hervor. Renzi, der mit dem Versprechen die politische Bühne betrat hat, das System grundlegend zu reformieren, präsentiert indes sein größtes Projekt: eine Verfassungsreform, die die politischen Institutionen des Staates grundlegend reformieren soll. Den Ausgang der notwendigen Volksabstimmung knüpft der Ministerpräsident an seine Person, ohne Erfolg: Die Reform wird mehrheitlich abgelehnt, Renzi tritt vom Amt des Regierungschefs zurück. Bei den Parlamentswahlen 2018 tritt er als *leader* seiner Partei an und fährt ein katastrophales Ergebnis ein. Die Lichtgestalt des *rottamatore* („Verschrotter") ist Geschichte. [28]

Matteo Salvini

Im Jahr 2013 wird der Mailänder Gemeinderat Matteo Salvini Vorsitzender der rechten Regionalpartei *Lega Nord*. Salvini ändert die Ausrichtung der Partei radikal: Sie streicht das *Nord* aus ihrem Namen, sie will von nun an als nationale Partei wahrgenommen werden. Des Weiteren richtet der neue Chef die Partei voll auf seine Person aus, sie tritt nun zu allen Wahlen als *Lega – Salvini Premier* (im Sinne von „Salvini als Ministerpräsident") an. Salvini ist ein guter Kommunikator. Er setzt sich in Talkshows und präsentiert einfache Lösungen für komplexe Probleme. Aufmerksamkeit zieht er mit schockierenden Forderungen, wie beispielsweise dem Zählen aller Sinti und Roma im Land, auf sich. Er nutzt auch das verstärkte Ankommen von Migrant*innen ab 2014 in Italien geschickt für seine rechtsnationale Agenda.[29] In den Sozialen Medien wird er zum beherrschenden Politiker, bis heute hat seine Facebook-Seite mehr Follower*innen als alle anderen italienischen Politiker*innen.[30]

Die Strategie geht auf: Die *Lega* gewinnt fast 13 Prozentpunkte dazu und wird von einer kleinen Regionalpartei mit über 17 Prozent aller gültigen Stimmen zur drittgrößten Kraft im Land.[31] Als große Gewinnerin der Wahl geht die Partei eine Koalition mit dem anderen großen Gewinner, dem *MoVimento 5 Stelle*, ein. Salvini wird Stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister. In den ersten Monaten seiner Amtszeit lässt er Häfen für Schiffe mit Flüchtlingen an Bord sperren und bringt seine *decreti sicurezza* (Sicherheitsdekrete) durchs Parlament, die unter anderem hohe Strafen für private Seenotretter*innen vorsehen.[32]

Die mit seinem neuen Amt einhergehende mediale Aufmerksamkeit weiß Salvini geschickt zu nutzen, er ist täglich in allen Nachrichtensendungen vertreten. Die Begeisterung für den selbst inszenierten Macher,

26 Politico Srl o.J.
27 Ministero dell'Interno, o.J.
28 Altgeld, Frenz, Gernert, Groblewski, Lill 2021: S. 580-590
29 Altgeld, Frenz, Gernert, Groblewski, Lill 2021: S. 588, 590
30 Politici su Facebook, o.J.
31 Ministero dell'Interno o.J.
32 Altgeld, Frenz, Gernert, Groblewski, Lill 2021: S. 591

der hält, was er verspricht, kommt in ständig steigenden Umfragewerten und schließlich bei der Europawahl 2019 zum Ausdruck: Salvinis *Lega* kommt auf über 34 Prozent der gültigen Stimmen, ein Zugewinn von fast 30 Prozentpunkten[33]. Der Regierungspartner *MoVimento 5 Stelle* hingegen leidet unter Salvinis medialer und programmatischer Dominanz.

Der Erfolg bei der Europawahl bleibt nicht ohne Folgen. Mitten im Hochsommer 2019, nur in Badehose bekleidet, verkündet Salvini bei einer Beachparty das Ende der Koalition. Doch *MoVimento 5* Stelle und *Partito Democratico* stellen zur allgemeinen Überraschung eine neue Koalition auf die Beine – ohne Salvinis *Lega*, Neuwahlen sind damit vom Tisch.[34] Salvini muss seinen Posten räumen und verliert damit erheblich an politischem und medialen Einfluss. Mit Beginn der Coronapandemie Anfang 2020 ist Salvini als Oppositionspolitiker kaum noch medial präsent, seine widersprüchlichen Aussagen zu Virus und Impfungen finden kaum Zustimmung. Die *Lega* wird Anfang 2021 Teil von Mario Draghis Allparteienregierung[35], ist 2022 jedoch maßgeblich an deren Sturz beteiligt, der zu vorgezogenen Neuwahlen führt. Bei den Parlamentswahlen 2022 verliert die *Lega* fast 9 Prozentpunkte und sackt auf knapp 9 Prozent der gültigen Stimmen ab.[36] Salvinis Traum, führende Kraft im Mitte-Rechts-Bündnis und Ministerpräsident zu werden, ist gescheitert.

Giorgia Meloni

Nachdem Berlusconi und Salvini als führende Politiker im Mitte-Rechts-Bündnis entzaubert wurden, wenden die Italiener*innen ihre Aufmerksamkeit der Chefin der dritten Partei im Bündnis zu: Giorgia Meloni. Die Römerin ist Vorsitzende und Gründerin von *Fratelli d'Italia* (Brüder Italiens). Die Partei ist über mehrere Zwischenschritte eine Nachfolgepartei der ehemaligen faschistischen Staatspartei Mussolinis. Meloni selbst erklärte Mitte der 1990er Jahre, Mussolini sei „der beste Politiker der vergangenen 50 Jahre gewesen". Die Römerin ist seit 2006 im Parlament, in Berlusconis Regierung war sie von 2008 bis 2011 Ministerin für Jugend und Sport. Bekannt wurde sie in den letzten Jahren vor allem wegen ihrer Aussagen gegen die gleichgeschlechtliche Ehe oder die „Gender-Ideologie".

Mit Matteo Salvinis Fall in der Gunst der Bevölkerung nach dem Zusammenbruch der Regierung im Sommer 2019 beginnt Melonis Aufstieg innerhalb des Rechtsbündnisses. Bis zu diesem Zeitpunkt war ihre Partei mit weitem Abstand die Kleinste im Bündnis, nun beginnt sie in den Umfragen deutlich dazuzugewinnen[37], parallel zum Absinken von Salvinis *Lega*.

Als Anfang 2021 Mario Draghi eine Allparteienregierung auslotet, ist Melonis Partei die Einzige, die sich ihm verweigert und in der Opposition bleibt.[38] Während Berlusconis Partei Draghis Linie inhaltlich größtenteils mitträgt und Salvinis *Lega* gespalten in Befürworter*innen und Gegner*innen ist, kann Meloni mit ihrer Kritik an der Regierung punkten, wie in den Umfragewerten deutlich wird.

Im Sommer 2022 löst der *MoVimento 5 Stelle* eine Regierungskrise aus, die von den Parteien des Mitte-Rechts-Bündnisses für das Beenden der Allparteienkoalition genutzt wird. Kurzfristig anberaumte Neuwahlen Ende September sind die Folge.

Meloni beginnt den Wahlkampf mit einer selbstbewussten Feststellung: „Ich weiß, wie man Italien regiert."[39] Dies spiegelt sich auch im für die Wahl gewählten Slogan ihrer Partei wider: *„pronti"* (bereit). Im Wahlkampf legt Meloni viel Wert darauf, sich gemäßigt und staatstragend zu geben. Die Zeiten, in denen sie laut von einer Bühne gegen das Gendern anschrie, sind vorbei.

33 Ministero dell'Interno, o.J.
34 Altgeld, Frenz, Gernert, Groblewski, Lill 2021: S. 593
35 Altgeld, Frenz, Gernert, Groblewski, Lill 2021: S. 595-596
36 Ministero dell'Interno o.J.
37 Politico Srl o.J.
38 Altgeld, Frenz, Gernert, Groblewski, Lill 2021: S. 595
39 De Cicco (la Repubblica) 2022

Die anderen Parteien können der allgemeinen Begeisterung für eine künftige Ministerpräsidentin Meloni, die als konsequente Oppositionspolitikerin der vergangenen Jahre als kohärent und ehrlich gilt, nichts entgegensetzen. Bei der Parlamentswahl 2022 erreicht das Mitte-Rechts-Bündnis bestehend aus Melonis *Fratelli d'Italia*, Salvinis *Lega* und Berlusconis *Forza Italia* die absolute Mehrheit im Parlament. Während *Lega* und *Forza Italia* deutlich an Zustimmung verlieren, gewinnt Melonis Partei über 20 Prozentpunkte dazu.[40]

Am 22. Oktober 2022 erhält Giorgia Meloni den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung von Staatspräsident Sergio Mattarella. Einen Tag später wird sie als erste Ministerpräsidentin der Italienischen Republik angelobt.[41]

Ventennio fascista?

Seit Beginn der Zweiten Republik hat Italien mehrere politische Führungsfiguren erlebt, die alle außergewöhnliche Wahlergebnisse eingefahren und in kurzer Zeit stark an Popularität gewonnen haben. Diese Volatilität ist ein wesentliches Merkmal der italienischen Politik, bei der Wahlergebnisse in kurzer Zeit erheblichen Schwankungen unterliegen, was auch auf diese kurzfristige Popularität der politischen Akteur*innen im Angesicht der Personalisierung des politischen Wettkampfs seit den 1990er-Jahren zurückgeführt werden kann.

Jedoch wurde die Zeitspanne, während der dieser allgemeine Zustand der Begeisterung anhielt, von Silvio Berlusconi bis zu Matteo Salvini zusehends kürzer. Während Berlusconi immerhin drei Mal Ministerpräsident werden konnte, war Matteo Renzi nur einmal das Amt des Regierungschefs vergönnt. Salvini konnte nie selbst in den Regierungspalast einziehen.

Ob die Popularität Giorgia Melonis entgegen den Erfahrungen der Vergangenheit länger anhalten wird, wird sich zeigen: Stand 4. November 2022 haben laut einer Umfrage von Euromedia Research knapp 41 Prozent der Wähler*innen Vertrauen in die neue Ministerpräsidentin.[42] Ob sich dieses Vertrauen bezahlt machen wird, wird vor allem davon abhängen, wie die Regierung die derzeitigen Herausforderungen meistern kann. Das erste offizielle Rundschreiben Melonis an ihre Minister*innen hatte jedenfalls wenig mit den aktuellen Problemen im Land zu tun, sondern bezog sich auf ihre Anrede als Regierungschefin: Sie möchte ausdrücklich in der männlichen Form als *il presidente* (der Präsident) angesprochen werden.[43]

Auch wird sich noch zeigen, wie Melonis Beteuerungen, dem Faschismus eindeutig ablehnend gegenüberzustehen[44], in der Realität aussehen werden Selbst wenn sie tatsächlich einen gemäßigten Kurs einschlagen sollte, ist dies bei einigen ihrer Parteifreunde weitaus weniger sicher. Bereits am Tag nach der Parlamentswahl sprach Melonis Fraktionsvorsitzender im Parlament davon, dass „die Verfassung zwar schön, aber bereits 70 Jahre alt" sei.[45] Ein präsidentielles Regierungssystem, wie es Melonis Partei in ihrem Wahlprogramm anstrebt[46], würde den Hang der Italiener*innen nach starken Führungspersönlichkeiten wahrscheinlich noch weiter auf die Spitze treiben.

Ivan Gufler ist nach der letzten italienischen Wahl von Südtirol nach Wien geflohen und studiert nun Politikwissenschaft und Internationale Rechtswissenschaften.

40 Ministero dell'Interno o.J.
41 Homepage von Giorgia Meloni o.J.
42 Euromedia Research 2022
43 Rüb (faz.net) 2022
44 Giorgia Meloni (Regierungserklärung) 2022
45 Corriere della Sera 2022
46 Fratelli d'Italia 2022

Literatur

Wolfgang Altgeld, Thomas Frenz, Angelica Gernert, Michael Groblewski, Rudolf Lill, 2021, „Geschichte Italiens“, Reclam

Diego Grazia, Federico Viotti, Dezember 2011, „Leader, identità di partito e voto in Italia, 1990-2008“, Rivista Italiana di Scienza Politica 41(3)

Eurobarometer, o.J., Link zru Seite: https://www.gesis.org/en/eurobarometer-data-service/search-data-access/eb-trends-trend-files/list-of-trends/democracy-satisf (abgerufen am 24.11.2022)

Ministero dell'Interno (Italienisches Innenministerium), o.J., Link zur Seite: https://elezionistorico.interno.gov.it (abgerufen am 13.10.2022)

Homepage von Giorgia Meloni, o.J., Link zur Seite: https://www.giorgiameloni.it/biografia (abgerufen am 04.12.2022)

Politici su Facebook, o.J., Link zur Seite: https://www.politicasufacebook.it/politici/ (abgerufen am 28.10.2022)

Presidenza del consiglio dei ministri (Ministerratspräsidium), o.J., Link zur Seite: http://www.governo.it/it/i-governi-dal-1943-ad-oggi/191 (abgerufen am 02.12.2022)

la Repubblica (Archiv), 2. Mai 1994, Link zur Seite: https://ricerca.repubblica.it/repubblica/archivio/repubblica/1994/02/05/berlusconi-primato-suon-di-spot.html (abgerufen am 20.10.2022)

Presidenza del consiglio dei ministri (Ministerratspräsidium), o.J., Link zur Seite: https://www.governo.it/it/il-presidente (abgerufen am 02.12.2022)

Il Quirinale (Italienische Präsidentschaftskanzlei), 2016, https://www.quirinale.it/page/2giugno1946-2016 (abgerufen am 18.11.2022)

Il Sole 24 Ore, 18. März 2014, Link zur Seite: https://st.ilsole24ore.com/art/notizie/2014-03-18/diritti-tv-pg-cassazione-chiede-conferma-2-anni-interdizione-berlusconi-162829.shtml (abgerufen am 06.12.2022)

Fratelli d'Italia, 2022, Link zur Seite: https://www.fratelli-italia.it/programma/ (abgerufen am 01.12.2022)

Tom Kington (The Guardian), 23. Februar 2013, Link zur Seite: https://www.theguardian.com/world/2013/feb/23/beppe-grillo-italian-elections (abgerufen am 30.10.2022)

Euromedia Research, 4. November 2022, Link zur Seite. https://scenaripolitici.com/2022/11/sondaggio-euromedia-research-4-novembre-2022.html (abgerufen am 16.11.2022)

Giorgia Meloni (Regierungserklärung), 25. Oktober 2022, Link zur Seite: https://www.governo.it/it/media/il-presidente-meloni-alla-camera-dei-deputati-le-dichiarazioni-programmatiche/20766 (abgerufen am 06.11.2022)

Matthias Rüb (faz.net), 26. Oktober 2022, Link zur Seite: https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/italien-giorgia-meloni-moechte-il-presidente-genannt-werden-18413565.html (abgerufen am 16.11.2022)

Lorenzo De Cicco (la Repubblica), 21. Juli 2022, Link zur Seite: https://www.repubblica.it/politica/2022/07/21/news/giorgia_meloni_voto_anticipato_governo-358572556/ (abgerufen am 18.11.2022)

Corriere della Sera, 26. September 2022, Link zur Seite https://video.corriere.it/politica/lollobrigida-la-costituzione-bella-ma-ha-anche-70-anni/9ced5982-3db3-11ed-823a-d6cc1a3a6eda (abgerufen am 18.11.2022)

Protestieren, aber wozu?
Am Beispiel von Fridays For Future

Emma Heppner und Felix Leodolter

Was ist ein Protest?

Protest hat viele Gesichter. Unter Protest versteht man im Kontext der Politik einen öffentlichen Widerspruch gegen bestimmte gesellschaftliche Zustände oder politische Maßnahmen. So kann er beispielsweise Ausdruck linker oder linksradikaler sowie rechter oder rechtsradikaler Gesinnung sein. Er kann sich gegen die eigene Umwelt betreffende Entscheidungen richten, wie beispielsweise gegen den Abriss eines Gebäudes, oder auch gegen gesamtgesellschaftliche Zustände wie den Gender Pay Gap (vgl. Haunss 2009: 31). Thomas Balistier hat sich in einer seiner Arbeiten an einer Typologisierung versucht. So unterscheidet er zwischen drei Arten von Aktionsformen: demonstrativ, symbolisch expressiv und direkt. Zu Protestformen mit demonstrativem Charakter werden Kundgebungen und Demonstrationen gezählt, welche sich durch den Stellenwert der politischen Rede unterscheiden. Während die politische Rede bei Kundgebungen einen hohen Stellenwert einnimmt, so wird bei Demonstrationen auf andere Dinge mehr Wert gelegt, wie etwa auf das gemeinsame Rufen von Protestsprüchen. Protestformen mit symbolisch expressivem Charakter zeichnet aus, dass symbolische Handlungen den Kern der Inszenierung darstellen und,´ im Gegensatz zu demonstrativen Aktionsformen, nicht nur Mittel zum Zweck sind. Bei den direkten Formen des Protests unterscheidet Balistier zwischen Protest, welcher auf eine Behinderung abzielt, wie etwa Blockaden, auf Zerstörung zielender Protest wie Anschläge oder Riots sowie Verweigerungshandlungen wie Boykotts oder Streiks (vgl. Haunss 2009: 35f).

Der Begriff „Streik" hat seinen Ursprung in der industriellen Revolution und den Arbeitsniederlegungen der Arbeiter*innen in Fabriken. Mittlerweile stellt der Begriff des Streiks einen Sammelbegriff für jegliche Art der Verweigerung von alltäglichen Abläufen einheitlich wahrgenommener Gruppen dar. Ziel dieser Verweigerung ist eine Unterbrechung der Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Normalität (vgl. Teune 2020: 136 f.). Ein Schulstreik ist demnach eine kollektiv organisierte öffentliche Verweigerung des Unterrichts, bei welcher die Schüler*innen für die Dauer des Streiks ihre Rollenerwartung durchbrechen. Diese vorher angekündigte Regelüberschreitung ist dem zivilen Ungehorsam zuzuordnen (vgl. Teune 2020: 140).

Warum protestierst du mit?

Die Gründe für eine Teilnahme an den Fridays For Future-Protesten sind vielfältig. In Interviews mit vier verschiedenen Aktivisten[1] aus unterschiedlichen Teilen Deutschlands und Österreichs wurde zum einen die aktivierende Stimmungslage genannt. „Einfach mal Streiken probieren" war eine Inspiration und Motivation, warum sich Jugendliche entschlossen haben, bei Fridays For Future mit zu protestieren. Für so manche, die in der Organisation unzähliger Ortsgruppen mitgewirkt haben oder noch immer mitwirken, war es ein erstaunliches Gefühl voller „Empowerment", das sie letztendlich zu den Demonstrationen gezogen hat. Es war eine Stimmung

1 Zu den Interviews konnten wir nur männliche Aktivisten gewinnen, aufgrund terminlicher Probleme sagten uns weibliche Teilnehmerinnen kurzfristig ab. Interviewt wurden in Eppingen, Karlsruhe, Lörrach, Tübingen und Wien tätige Aktivisten.

der Veränderung in der Luft. Die Möglichkeit, mittels „Civil Unrest" die Politik in Erklärungsnot zu bringen, wurde von einer Generation neu entdeckt. Das war auch der notwendige Funke, um Ältere zu motivieren und dazu zu bringen, in den Protest einzusteigen. Diese Motivation und Begeisterung von jungen Menschen für Politik fand beispielsweise ein Aktivist aus Karlsruhe so bewundernswert, dass er sich dazu entschloss, diese jungen Menschen mit seinem Wissen aus dem Studium zu unterstützen. Auch der Wunsch, Gleichgesinnte zu treffen, war für einige der befragten Aktivisten eine ausschlaggebende Motivation. In einem Punkt waren sich jedoch alle einig: Die Klimakrise wird in der Politik zu wenig thematisiert und das sollte sich ändern. Sebastian Haunss, welcher Protestbewegungen an der Universität Bremen untersucht, unterstützt diese Motivation. Demonstrationen erfüllen die Aufgabe des Agenda Settings, sagte er in einem Interview mit dem Spiegel. Sie lenken zunächst die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf ein bestimmtes Thema und schaffen ein Bewusstsein für dieses. Schließlich wird so die Thematik an die Politik herangetragen und infolgedessen von Entscheidungsträger*innen debattiert. Haunss fügt dem jedoch noch eine Bedingung hinzu: „Eine Demo allein erreicht nicht ihr Ziel, aber die Summe mehrerer Proteste kann schon etwas bewirken" (Röhlig 2017).

Aufbau und Charakter der Proteste

Organisiert werden die Proteste von Ortsgruppe zu Ortsgruppe unterschiedlich. Am 20. August 2018 bestreikte Greta Thunberg das erste Mal den Unterricht. In Deutschland und Österreich kam Fridays For Future Ende 2018 bis Anfang 2019 als Bewegung auf und nach und nach gründeten sich die verschiedenen Ortsgruppen. So veranstalteten Fridays For Future Karlsruhe und Wien bereits im Dezember 2018 erste Protestaktionen, während sich die Gruppe in Lörrach erst im Februar 2019 gründete. Im Gegensatz zu den Gründungszeiträumen, welche zeitlich nah beieinander liegen, unterschieden sich die Aktionen stark in ihrer Regelmäßigkeit. Während in den Anfangszeiten der Bewegung in Wien, Bremen und Hamburg wöchentlich Aktionen stattfanden, gab es in den kleineren Städten Karlsruhe, Lörrach und Eppingen nur in etwa alle ein bis drei Monate Proteste. Auch bezogen auf die Teilnehmer*innenzahlen unterscheiden sich die Proteste an den verschiedenen Orten. So nahmen in den ersten zwei Monaten seit Gründung in Hamburg durchschnittlich etwa 500 Menschen an den Protestaktionen teil, während es in Bremen lediglich rund 20 Teilnehmer*innen gab (vgl. Grupp/Hundertmark/Mandel 2020: 121). Mit der Zeit veränderte sich dies und diese Veränderung war in den verschiedenen Orten, bis auf einige Ausnahmen, sehr ähnlich. Nach einem anfänglichen Hoch ließ die Häufigkeit der Aktionen nach und gerade in den kleineren Orten Lörrach und Eppingen wurde hauptsächlich an den globalen Klimastreiks protestiert. In Karlsruhe wurde seit der ersten Aktion jeden Monat versucht, eine Aktion zu veranstalten und dies wurde auch bis Ende 2019 durchgehalten. Mit dem Ausbruch von Covid-19 ist die Bewegung auch in Karlsruhe etwas zum Erliegen gekommen. Obwohl die Aktionen weniger wurden, nahm die Zahl der Teilnehmer*innen zu und erreichte ihren Höhepunkt am dritten globalen Klimastreik am 20. September 2019. Seitdem berichteten die Befragten allerdings von immer geringerer Partizipation.

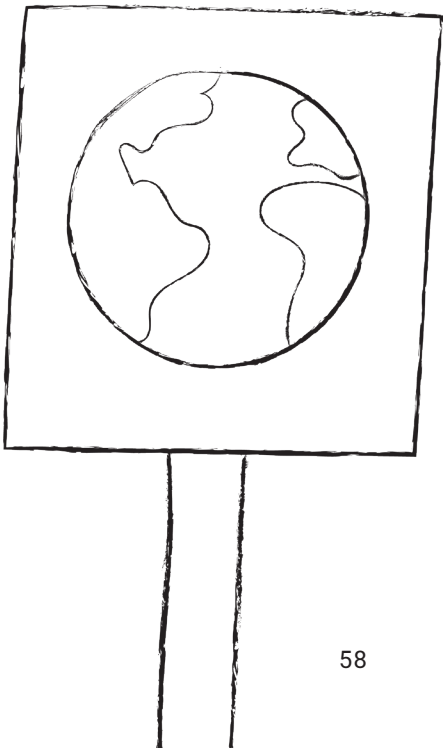
Auf die Frage, ob es sich bei den Fridays For Future-Protesten um Streiks handelt, antworteten alle Befragten ähnlich: In der Anfangszeit ja, mittlerweile handelt es sich jedoch eher um Demonstrationen.

Dies deckt sich auch mit der vorherig aufgestellten Definition von Streik und Schulstreik. Auch wenn es bei dem Alter der Teilnehmer*innen Unterschiede gab zwischen den verschiedenen Orten – während in Bremen, Hamburg, Karlsruhe, Lörrach und Eppingen die Gruppe der Schüler*innen dominierte, waren in den anfänglichen Protestaktionen in Wien hauptsächlich Studierende vor Ort (vgl. Narodoslawsky 2020: 73) – handelte es sich bei den Teilnehmer*innen der anfänglichen Aktionen zum größeren Teil um Menschen im Schul- oder Studiumsalter. Mit der Zeit änderte sich dies jedoch und sowohl in Lörrach als auch in Eppingen und Karlsruhe machten Eltern und Lehrer*innen einen immer größeren Teil der Protestierenden aus. Ausschlaggebender für die Aussage der Aktivisten, warum es sich nicht mehr um Schulstreiks handle, ist jedoch die Uhrzeit, zu welcher Aktionen stattfinden. Die Startzeit der Proteste war generell eine viel debattierte Thematik innerhalb der Ortsgruppen. Während sich in Eppingen von Anfang an darauf geeinigt wurde, keine der Aktionen während der Schulzeit zu organisieren, so starten die Proteste in Karlsruhe und Bremen seit Gründung vorwiegend zwischen 10 Uhr und 11 Uhr. Auch in der Ortsgruppe Lörrach wurde der Startzeitpunkt der Aktionen debattiert. Während die ersten Proteste zwischen 10 Uhr und 11 Uhr starteten, wurde der Zeitpunkt allmählich auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Generell lässt sich der Trend beobachten, dass versucht wurde, einen Kompromiss zu schaffen. Die Proteste werden meist so gelegt, dass möglichst wenig vom Unterricht verpasst wird und der versäumte Stoff wird von den Schüler*innen nachgeholt.

Konflikte in und um Fridays For Future

Auch Konflikte innerhalb Fridays For Future waren während der Interviews ein Thema. So wurde durch die hierarchische Organisation in Ortsgruppen und Bundesorganisation in Letzterer eine repräsentative Struktur gebildet. Durch mal mehr, mal weniger aufkommender Motivation zur Organisation der Demonstrationen war innerhalb der Ortsgruppen hie und da die Stimmung etwas gedämpft. So schien auch die Person, die am engagiertesten auftrat, als Führungsperson anerkannt, zumeist waren das auch jene Teilnehmer*innen, die bereits seit Anfang oder seit einiger Zeit dabei waren, berichteten zwei der Aktivisten. Auf Bundesebene haben sich in Deutschland Züge eines Agenda dominierten Machtkampfes um die führende Person ergeben. Dabei ging es bereits in Richtung Demokratisierung des Prozesses, eine Bundesvertreter*in sollte durch die Vertreter*innen auf unteren Ebenen bestätigt werden. Dabei scheint die Organisation bereits parteiähnliche Züge anzunehmen, denn in der Themensetzung der „kandidierenden" Personen bildete sich, laut einem Interviewpartner aus Deutschland, ein Konflikt ab. Vieles sollte die zukünftige Ausrichtung von Fridays For Future entscheiden. Eine der vertretenen Meinungen und damit verbundenen Personen, erwähnte ein jüngerer Interviewpartner, sollte sich auf die Klimakrise und damit direkt verbundene Inhalte konzentrieren. Fridays For Future als Akteurin sollte nicht in andere Politikfelder eintauchen, sondern die Politik weiter in der ursprünglichen Thematik unter Druck setzen.

Als kontrastierender Gedanke war eine der stärker vertretenen Meinungen, sich breiter aufzustellen, um mehrere Themengebiete gleichsam abzudecken. Offizielle Äußerungen der Fridays For Future sollen sich nicht mehr nur auf die Klimakrise beschränken, sondern auch Positionen in Fragen des Feminismus, der LGBTQ-Rechte, des Antifaschismus und vielen mehr, oft politisch links konnotierten Themen, beziehen.



Ein anderer Aktivist findet es ebenfalls wichtig, sich sowohl mit Themen außerhalb der Klimakrise zu befassen als auch eine geeinte Position nach außen zu tragen. Das richtige Maß zwischen Klimakrise und anderen Thematiken wurde jedoch nicht gefunden.

Die Bewegung laufe Gefahr, zu anderen Themen zu sehr Stellung zu beziehen, sodass mögliche Teilnehmer*innen das Gefühl bekommen, super „woke" sein zu müssen, um an Protesten zu partizipieren. Hierbei kommt die Entwicklung der Bewegung zum Ausdruck, wie sie sich im Laufe der Zeit von einem spezifischen Themengebiet auf mehrere ausgeweitet hat und so die Wirksamkeit hinausgezögert hat.

Ungeachtet der Intention verschiedenster Beschlüsse aus der Vergangenheit, ob beispielsweise politischer oder wirtschaftlicher Natur sowie unserer damit verbundenen Lebensweise, haben genau diese als verzögerten Effekt die Steigerung von Frequenz und Intensität jener Naturkatastrophen, die uns heute heimsuchen und das Leben vieler Menschen bedrohen oder gar beenden. Fridays For Future macht darauf aufmerksam und hat das Thema nicht nur auf die Agenda der Politik gesetzt, sondern vor allem auch die breite Gesellschaft erreichen können. Speziell in der Anfangsphase konnte die Bewegung Menschen aus verschiedenen Schichten der Gesellschaft, wie Grannies for Future oder auch Scientists for Future, in Richtung einer fundamentalen Diskussion über unsere Art zu leben anregen. Wie uns ein Interviewpartner erzählt, waren in den Medien zunächst allerdings besonders negative Kritikpunkte die Grundlage der Diskussion. Bis zu einem offenen Brief der Scientists for Future hat man von „Schulschwänzer*innen" gesprochen, Kindern und Jugendlichen sozusagen von oben herab die Vernunft abgesprochen. Zwei Jahre später wird Angela Merkel dann in einem Artikel der Tageszeitung Welt zum Wirtschaftsforum 2020 in Davos zitiert: „Die gesamte Art des Wirtschaftens und des Lebens, wie wir es uns angewöhnt haben, werden wir in den nächsten 30 Jahren verlassen" (Merkel in. Mikhail, 2020). Ein Zeichen dafür, dass diese Debatte auch in der Politik angekommen ist, wenn auch das „Wirtschaften" in diesem Fall im Mittelpunkt zu stehen scheint.

Conclusio

Heute, vier Jahre nach ihrer Gründung, scheint die Zukunft von Fridays For Future ungewiss, aber auch fragwürdig. In einigen Ortsgruppen werden noch Infoabende oder Seminare organisiert, in anderen vielleicht weniger. Aber vor allem die regelmäßigen Protestaktionen sind aus den Medien verschwunden. Der Charakter eines Streiks ist schon länger verloren, denn es wird des Schuleschwänzens wegen ja doch später demonstriert. Die Aufgabe des Agenda Settings, ob als Nebeneffekt oder Hauptaufgabe, ist erfüllt. Während regionaler Protest für den Erhalt eines Bauwerks oder eines Klimaschutzgebietes, so Haunss, Politiker*innen oft schnell zum Handeln zwingt, kann es, wenn es um grundlegende Themen geht, wie beispielsweise Frauenrechte, oft Jahrzehnte dauern, bis es zu Veränderungen kommt. Der Klimawandel stellt ein solches Thema dar, das fundamentale Veränderungen in unserer Art zu leben erfordert; ergo dauert es lange, bis sich etwas ändert (vgl. Röhlig 2017). Der Klimawandel ist nun aber kein Thema, bei welchem man geduldig auf konkrete Maßnahmen und Veränderungen in der Politik warten kann. Als Grund, warum noch weiter protestiert wird, nannten die befragten Aktivisten, dass nicht mehr nur über Klimapolitik debattiert wird, sondern tatsächliche Maßnahmen durchgedrückt werden müssen, da wirkliche Veränderungen bis jetzt auf sich haben warten lassen. Die Frage, ob Fridays For Future hierzu in der Lage sei, beantworteten sie fast geschlossen mit „NEIN". Fridays For Future war anfangs relevant, um das Thema der Klimakrise überhaupt erst auf die politische Tagesordnung zu bringen. Mittlerweile jedoch, erinnert die Bewegung mehr an ein Ritual. Seit Beginn der Proteste werden größtenteils dieselben vagen Forderungen gestellt. Um für die Politik erneut relevant zu werden, müsste Konkreteres gefordert oder in direkten Kontakt mit der Politik getreten werden. Doch viel wichtiger: Fridays For Future hat eine ganze Generation politisiert, ihnen gezeigt,

was es heißt, etwas zu bewegen. Darauf folgt auch schon die Letzte Generation, noch radikaler, noch selbstbewusster. Mit ihren Klebeaktionen bekommt sie jetzt ähnliche Kritik wie Fridays For Future in ihrer Anfangszeit: „Dürfen die das überhaupt?", so ein Interviewpartner. Wir sagen, "JA", sie dürfen, Revolution kommt nicht via Nudging[2].

Emma Heppner und Felix Leodolter studieren Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Literatur

Grupp, Charlotte/Hundertmark, Max/Mandel, Sophie (2020): Freitag ist Streiktag - Die wöchentlichen Fridays for Future-Protestkundgebungen. In: Sommer, Moritz/Haunss, Sebastian (Hg.): Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel : Konturen der weltweiten Protestbewegung. Bielefeld: transcript Verlag, 115-130.

Haunss, Sebastian (2009): Die Bewegungsforschung und die Protestformen sozialer Bewegungen. In: Schönberger, Klaus (Hg.): Kommt herunter, reiht euch ein ...: eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen. Berlin: Assoziation A, 30-45.

Mikhail, J. (2020): Merkel in Davos: „Gesamte Art des Lebens in nächsten 30 Jahren verlassen", *DIE WELT*, 23 January. Available at: https://www.welt.de/politik/article205283507/Merkel-in-Davos-Gesamte-Art-des-Lebens-in-naechsten-30-Jahren-verlassen.html (Accessed: 14.11.2022).

Narodoslawsky, Benedikt (2020): Inside Fridays for Future: die faszinierende Geschichte der Klimabewegung in Österreich. Wien: Falter Verlag.

Röhlig, Marc (2017): Politisches Engagement: Was bringen eigentlich Demos? *Der Spiegel*, 4 May. Available at: https://www.spiegel.de/panorama/politisches-engagement-was-bringen-eigentlich-demos-a-00000000-0003-0001-0000-000001342965 (Accessed: 10.11.2022).

Teune, Simone (2020): Schulstreik - Geschichte einer Aktionsform und die Debatte über zivilen Ungehorsam. In: Sommer, Moritz/Haunss, Sebastian (Hg.): Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel: Konturen der weltweiten Protestbewegung. Bielefeld: transcript Verlag, 131-146.

Thaler, Richard H./Sunstein, Cass R. (2012): Nudge: The Final Edition. UK: Penguin.

2 Übersetzt aus dem Englischen heißt es "stupsen, anstupsen". Nach Thaler und Sunstein (2012) ist Nudging eine Methode, dem rational entscheidenden Menschen bestimmte Entscheidungspfade vorzugeben. Beispielsweise mittels Förderpolitik die Bürger*innen in Richtung der Einhaltung der Klimaziele zu bewegen. Sie merken, dass es sehr diplomatisch oder indirekt formuliert ist, Entwicklungen via Nudging scheinen in der Frage der Klimakrise zu langsam voranzuschreiten.

Warum über Linux reden, wenn die Erde brennt?

Armin Bund

Es wirkt zurzeit so, als hätte Schopenhauer Recht, wenn er meint, wir würden in der „Schlechtesten aller Welten“ leben. Egal, wohin wir blicken, ist eine Krise nach der anderen zu sehen. Klimakatastrophe, Pandemie, Krieg, Wirtschaftskrise, die Etablierung der protofaschistischen Rechten in vielen Ländern – um nur die Drastischsten zu nennen. Daneben noch Überfischung, Weltraummüll, Lichtverschmutzung, Insektensterben etc. Es ist wirklich nicht so, als würden uns die „Baustellen“ ausgehen. Wir leben im Zeitalter der „multiplen Krise“ (Brand 2009). Entsprechend passt das Thema dieser Ausgabe wohl gut zum Zeitgeist. Viele, gerade jüngere Menschen machen sich heute wieder auf die Suche nach Alternativen zum „business as usual”. Denn wie etwa die Mitte November zu Ende gegangene COP27-Klimakonferenz einmal wieder gezeigt hat: Die „da oben“ werden es nicht für uns richten.

Und gerade um das Thema Klima- und Umweltschutz hat sich in den letzten Jahren eine sehr aktive globale Bewegung herausgebildet. Weit effektiver als die alte Linke mit ihren ewigen Grabenkämpfen konnten Organisationen wie „Fridays for Future“ und „Extinction Rebellion“ hunderttausende, teils sehr junge Menschen mobilisieren, auf die Straße zu gehen. Polizeigewalt und struktureller Rassismus führten in den USA zur Formierung der „Black Lives Matter“-Bewegung und im Iran wird aktuell erstmals seit Jahrzehnten die radikalkonservative Regierung öffentlich und von breiten Teilen der Bevölkerung infrage gestellt.

In diesem Kontext will es wohl ein wenig sonderbar wirken, die Wahl des Webbrowsers als politischen Akt zu verteidigen. Ich hoffe, dass ich bis zum Ende dieses Textes etwas Sympathie für diese Position erwecken kann.

Sci-Fi und das Geld

Das proprietäre Modell[1] der Softwareproduktion zielt in erster Linie darauf ab, intellektuelles Eigentum zu produzieren und daraus maximalen Profit zu generieren. Wie in allen anderen Wirtschaftszweigen unserer kapitalistischen Produktionsweise sind Programmierer*innen in Lohnarbeitsverhältnissen angestellt und coden das, was von der Unternehmensführung gewollt und vorgegeben wird. Auch die Bedürfnisse der Nutzer*innen zählen hier nur so weit, wie sie die Gewinnausschüttungen für Aktionär*innen beeinflussen. Diverse Skandale der letzten Jahre haben das wohl zu Genüge bewiesen. Beispielhaft genannt seien die vertuschte Facebook-interne Studie zum negativen Effekt der Facebook-Tochter Instagram auf das Körperbild von Mädchen (Gayle 2021), die Kooperation mit Geheimdiensten (z.B. Halperin 2013) oder die Rolle von Facebook im Völkermord der Rohingya in Myanmar (Chandran und Asher-Schapiro 2021). Gerade im Fall von Social Media, aber zunehmend auch in anderen Bereichen, sind die Werbekund*innen die eigentlichen Kund*innen – nicht die Nutzer*innen. Auch wenn es mittlerweile schon klischeehaft klingen mag, stimmt dieser alte Spruch mehr denn je: „Wenn du nicht bezahlst, dann bist du das Produkt“. Erst wenn eine Problematik die Werbekund*innen berührt, wie es beispielsweise in den etwas hyperbolisch bezeichneten „Adpocalypses“ auf Youtube immer wieder der Fall ist, werden die großen Softwarekonzerne merkbar aktiv[2].

1 Der Begriff „proprietär” bildet das Gegenstück zu Frei/Open Source. Viele kommerzielle Programme sind ganz oder teilweise proprietär, beispielsweise Microsoft Windows, WhatsApp, Zoom etc.

2 Als „Adpocalypse“ werden Ereignisse auf der Videoplattform Youtube bezeichnet, in denen große Werbekund*innen als Reaktion auf diverse Skandale ihre Kriterien für Content, vor dem ihre Werbung gezeigt werden kann, anpassen oder sie ganz zurückziehen. Da viele „Youtuber*innen“ ganz oder teilweise von den Werbeerlösen abhängig sind, können daraus schwerwiegende finanzielle Folgen entstehen. (vgl. etwa Alexander 2019)

Doch die Auswirkungen der Technologiebranche treffen nicht nur die Nutzer*innen selbst. Es ist wohl auch keine große Neuigkeit, dass unser Umgang mit Technologie – um es kurz zu halten – alles andere als nachhaltig ist. Zwar werden unsere Geräte kontinuierlich schneller und effizienter, aber gleichzeitig wird die Software, die darauf läuft, immer ineffizienter. Es ist kein Naturgesetz, dass ein Handy oder ein Laptop alle 4-5 Jahre ersetzt werden muss – Stichwort „geplante Obsoleszenz". Computer werden nicht von alleine „langsam". Trotzdem landen jedes Jahr Megatonnen an Elektrogeräten auf Müllhalden im Globalen Süden.

Diverse Blockchain-Technologien[3] sind ein weiteres Beispiel für die Vergessenheit gegenüber ökologischer Begrenztheit, die so viele Software-Hypes definiert. Der jährliche Energieverbrauch von Bitcoin allein liegt schätzungsweise zwischen dem von Österreich und Norwegen. Dieser enorme Energieverbrauch ist zudem „by design", und nicht etwa eine Kurzsichtigkeit. Sogenannte Proof-of-Work Protokolle nutzen hohen Energieverbrauch als Mechanismus, um Missbrauch zu verhindern. Die vielfachen negativen Effekte auf Umwelt und Gesellschaft sind dabei bloß sekundäre Bedenken.

Die Technologie-Bubble an sich hat ein – gelinde gesagt – ambivalentes Verhältnis zum Thema Umweltschutz. Besonders in der Kultur des Silicon Valley wirkt es, als ob die Klimakatastrophe eher Anlass zu Science-Fiction-Verirrungen wäre als eine reale Tragödie, die das Leben auf diesem Planeten unmittelbar bedroht. Von Elon Musks Marskolonie bis hin zu Mark Zuckerberg, der im Begriff ist, einen der mächtigsten Konzerne der Welt für eine Computerspielfantasie aufs Spiel zu setzen, scheint es den „Opinion Leaders" in erster Linie darum zu gehen, das sinkende Schiff schnellstmöglich zu verlassen. Trends wie „Effective Altruism" und „Longtermism"[4] geben die ideologische Rückendeckung dafür. In Ted-Talks und Konferenzen lassen sich die reichsten Menschen der Welt ihr Gewissen reinwaschen und kapseln sich zunehmend von der von Tag zu Tag dystopischer werdenden Realität ab, für die sie zu großen Teilen verantwortlich sind.

Was tun?

Unsere Kühlschränke spionieren uns aus, Smartphone-Akkus vergiften die Umwelt und weltfremde Milliardäre spielen mit dem Weltgeschehen. So weit nicht viel Neues, möchte man meinen. Würde dieser Artikel hier enden, dann hätten wir nicht viel mehr gelernt als aus einer „Black Mirror"-Folge. Die Problematik mit Techno-Skeptizismus dieser Art ist allerdings, dass er schlussendlich immer in Resignation umschlägt. Denn wer will schon *wirklich* seinen Instagram-Account löschen? Damit erfüllt der Techno-Skeptizismus ironischerweise eine komplementäre Rolle zum Techno-Utopismus der Elon-Fans. Diejenigen, die sich nicht für die schöne neue Welt begeistern lassen wollen, äußern ihre Frustration schlussendlich dennoch auf Instagram, Reddit, Twitter, Facebook etc. – und generieren damit Werbeeinnahmen, die sich von denen der Techno-Utopisten nicht unterscheiden. Der Fakt, dass Twitter die Accounts offen faschistischer Akteur*innen reaktiviert und gleichzeitig die von kritischen Journalist*innen blockiert, erscheint uns mittlerweile eher als Kuriosität, denn als wirkliche Bedrohung. Solche Vorgänge werden zum Teil des Gesamtspektakels, Kritik und Affirmation werden bloß zu Charakteren, die die Arena, in der sie sich begegnen, niemals verlassen können. In den Worten Guy Debords:

3 „Blockchain" bezeichnet diverse kryptographische Verfahren, die darauf abzielen, dezentrale Vertrauensmechanismen bereitzustellen. Bei Bitcoin und diversen anderen Kryptowährungen bedeutet das, dass die Blockchain-Technologie anstelle einer (Zentral-)Bank tritt, um die Authentizität der Währung und von Geldtransfers zu bestätigen.

4 Diese beiden inhaltlich und personell verbundenen Buzzwords haben in den letzten Jahren global Aufwind bekommen. Kurz gefasst geben sie eine Legitimation für unmoralisches kurzfristiges Handeln, wenn es im Dienste eines „höheren" Guten zu einem späteren Zeitpunkt steht (vgl. etwa Torres 2021)

> Das Spektakel stellt sich als eine ungeheure, unbestreitbare und unerreichbare Positivität dar. Es sagt nichts mehr als: ‚Was erscheint, das ist gut; und was gut ist, das erscheint.' Die durch das Spektakel prinzipiell geforderte Haltung ist diese passive Hinnahme, die es schon durch seine Art, unwiderlegbar zu erscheinen, durch sein Monopol des Scheins, faktisch erwirkt hat. (Debord 1996, 7)

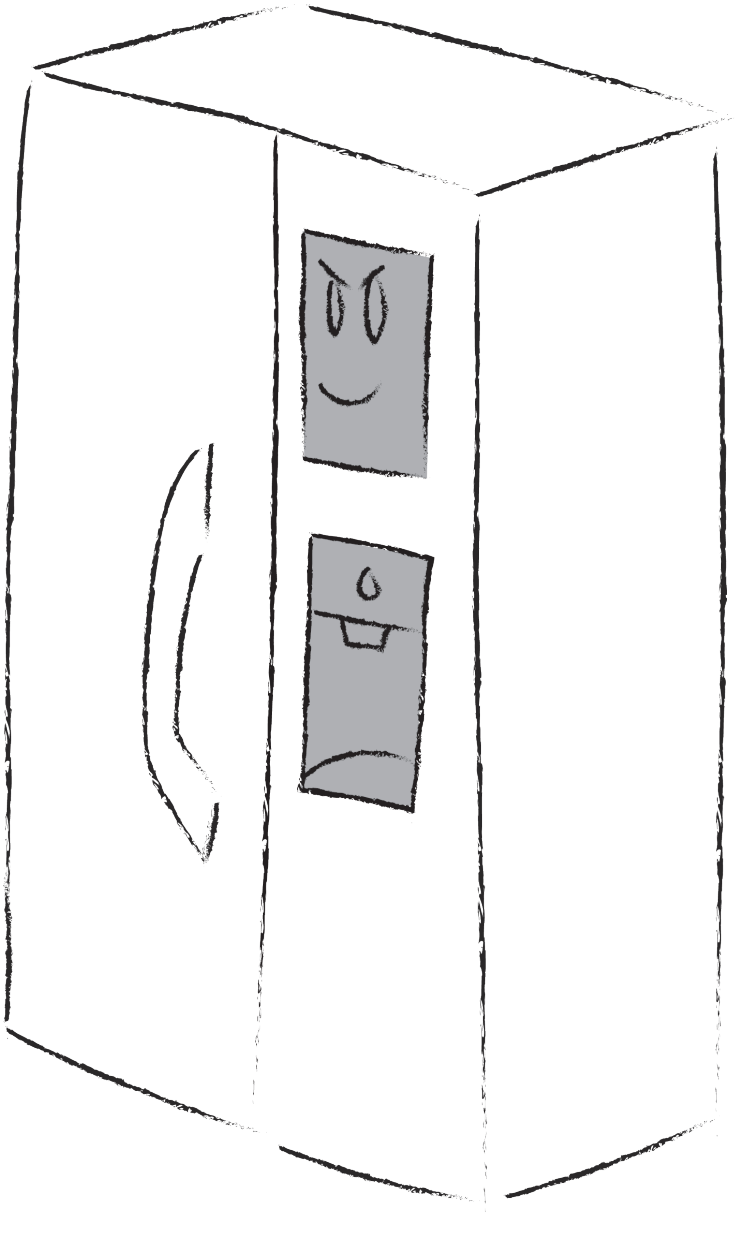
Ein Techno-Skeptizismus in einer so von Technologie durchdrungenen Welt kann nur in Resignation enden. Die Frage ist, welche Alternative uns bleibt. Alfred Sohn-Rethel beschrieb in seinem Text „Das Ideal des Kaputten" eine Art, mit Technik umzugehen, die uns vielleicht helfen kann, eine Alternative zu den Hochglanzprodukten der Software-Giganten zu skizzieren. Er schildert darin, wie die Neapolitaner*innen, die er Anfang des 20. Jahrhunderts traf, sich einen idiosynkratischen Umgang mit den damaligen Technologien und Maschinen schufen. Funktionierende Maschinen waren dort damals kaum zu finden. Darin sahen die Neapolitaner*innen laut Sohn-Rethel allerdings keinen Makel. Vielmehr war ihnen „[d]as Intakte dagegen, das sozusagen von selber geht, […] im Grunde unheimlich, denn gerade weil es von selber geht, kann man letztlich nie wissen, wie und wohin es gehen wird". Die ständige Reparatur und das Tüfteln sind damit ein integraler Teil des Umgangs mit Maschinen.

Hier scheint eine ganz andere Herangehensweise an die Technik auf. Anstelle von Heilsversprechen oder Bedrohung tritt die dauerhafte Interaktion mit einem Werkzeug, dessen Zweck nicht von vornherein feststeht. Nur weil ein Gerät ab Werk einen gewissen Funktionsumfang besitzt, heißt das nicht, dass es darauf festgelegt ist. Und trotz ständiger Bestrebungen, diese „Zweckentfremdungen" einzuschränken, lässt sich dieser Ethos auch in unserer heutigen Welt der hochkomplexen Gadgets wiederfinden. Bastler*innen, Hacker*innen oder „Hobbyists" begleiten die digitale Technologie seit Beginn ihrer Geschichte. Aus genau diesem Milieu könnte auch die Lösung des Tech-Problems hervorgehen.

FLOSS

Free and Open Source Software (FLOSS) bezeichnet im engen Sinn Programme, die rechtlich von der gängigen Copyright-Praxis abweichen. Die Bandbreite ist dabei sehr groß und teilweise umstritten.

Grundsätzlich teilen sich die Programme die Eigenschaft, dass ihr Code öffentlich zugänglich ist, und dass er bearbeitet und weiterverbreitet werden darf. Das mag vorerst sehr technisch klingen, hat aber weitreichende Konsequenzen für die Praxis



des Programmierens selbst. Denn dadurch, dass die Software niemandem „gehört", braucht es lediglich handelsübliche Hardware und technisches Know-how, um sich an einem beliebigen FLOSS-Projekt zu beteiligen.

FLOSS ist im Gegensatz zu proprietärer Software nicht auf ein spezifisches Wirtschaftsmodell festgelegt. Der Code ist öffentlich verfügbar, er gehört somit der Allgemeinheit. Das bedeutet, dass die Struktur, in der er erarbeitet wird, nicht zwingend an äußere Umstände gebunden ist. Viele der großen FLOSS-Projekte werden von klassischen Unternehmen getragen[5] und/oder finanziert. Das ist aber theoretisch und praktisch keine Notwendigkeit. Es gibt tausende Projekte, die von einer einzelnen Person oder von einer kleinen Gruppe getragen werden. Plattformen wie Github, Gitlab etc. bilden Räume, in denen Coder*innen und User*innen sich begegnen, in denen Wünsche geäußert, Ideen geteilt und auch Fehler gemeldet und diskutiert werden können. Andere, größere Projekte, wie etwa das FLOSS-Betriebssystem Debian haben explizite Entscheidungsstrukturen (SPI 2022), in denen wichtige technische Richtungsentscheidungen gemeinsam getätigt werden. Dass solche Entscheidungsprozesse nicht immer reibungslos vonstattengehen, liegt in der Natur der Sache und ist – wie vielen, die politisch aktiv sind, bekannt sein dürfte – auch keine Eigenheit der FLOSS-Community.

Auch auf der individuellen Ebene gibt uns FLOSS Werkzeuge an die Hand, um den Krisen unserer Zeit unmittelbar zu begegnen. Der zuvor angesprochene Problematik der geplanten Obsoleszenz kann begegnet werden, indem die Lebensdauer von Geräten durch das Installieren von Community-basierter Software verlängert wird. Viele Smartphones können so auch nach Ablauf der herstellerseitigen Support-Dauer neue Updates empfangen. Ebenso kann alten, „langsamen" Laptops und Desktop-Computern durch leichte Linux-Betriebssysteme neues Leben eingehaucht werden. Mit FLOSS fallen zudem die oft hohen Kosten proprietärer Software weg und sie wird für Personen mit geringem Einkommen, die sich beispielsweise keine MS Office-Lizenz leisten können, zugänglich.

Es ist technisch auch relativ einfach möglich, kommerzielle Cloud-Dienste durch selbstkontrollierte Websites zu ersetzen. FLOSS Chat-Plattformen, Office-Suites, Home-Automation-Plattformen, Microblogging-Plattformen etc.[6] sind frei und gratis verfügbar und können ohne Lizenzgebühr selbst betrieben werden. Und genau das trifft die großen Plattformen an ihrer Achillesferse. Denn Daten sind die Ressource, mit der sie handeln. Bisher waren diese Tools hauptsächlich den technisch Interessierten vorbehalten. Doch gerade hier besteht Potenzial, linke Organisationspraktiken und technische Möglichkeiten von FLOSS zu verbinden. Die anarchistische Gruppe „Kolektiva" betreibt beispielsweise schon jetzt einen Server der Microblogging-Plattform Mastodon mit über 21.000 aktiven Nutzer*innen („kolektiva.social" 2022). Im Kleinen genügt eine Person in einem Freundeskreis, die technisch interessiert ist, um Webservices für eine überschaubare Gruppe bereitzustellen. Der Freiheit sind hier wenige Grenzen gesetzt. Einen kleinen Webserver zu mieten kostet, je nach Leistungsfähigkeit, zwischen 5 und 15 Euro pro Monat.

Die ursprüngliche Frage, die diesen Artikel angestoßen hat, war: „Ist Freie und Open Source Software kommunistisch?". Ich kann diese Frage nicht abschließend beantworten. Wenn wir mit kommunistisch eine Produktionsweise meinen, die sozial und ökologisch gerecht ist, die Kreativität und intrinsische Motivation an erste Stelle setzt und die nicht an künstliche Beschränkungen gebunden ist, die nur dazu dienen, die Reichsten reicher zu machen, dann würde ich sagen, dass FLOSS jedenfalls hohes Potenzial dazu hat. Ob dieses Potenzial umgesetzt wird, liegt in unserer Hand.

Armin Bund (25) studiert Politikwissenschaft und ist E-Multiplikator am Institut für Politikwissenschaft. Folge mir auf Mastodon: @derarmin@wien.rocks

5 Beispielsweise Mozilla (Firefox, Thunderbird)

6 Rocketchat, Matrix, Nextcloud, Home Assistant, Mastodon, Pleroma, etc.

Literatur

Alexander, Julia. 2019. „YouTubers Fear Looming 'Adpocalypse' after Child Exploitation Controversy". The Verge. 20. Februar 2019. https://www.theverge.com/2019/2/20/18231561/youtube-child-exploitation-predators-controversy-creators-adpocalypse.

Brand, Ulrich. 2009. „Die Multiple Krise". https://www.boell.de/sites/default/files/multiple_krisen_u_brand_1.pdf.

Chandran, Rina, und Avi Asher-Schapiro. 2021. „Analysis: Rohingya Lawsuit against Facebook a ‚wake-up Call' for Social Media". *Reuters*, 10. Dezember 2021, Abschn. Technology. https://www.reuters.com/technology/rohingya-lawsuit-against-facebook-wake-up-call-social-media-2021-12-10/.

Debord, Guy. 1996. *Die Gesellschaft des Spektakels*. Bittermann.

Gayle, Damien. 2021. „Facebook Aware of Instagram's Harmful Effect on Teenage Girls, Leak Reveals". *The Guardian*, 14. September 2021, Abschn. Technology. https://www.theguardian.com/technology/2021/sep/14/facebook-aware-instagram-harmful-effect-teenage-girls-leak-reveals.

Halperin, Alex. 2013. „Snowden Docs Detail Collaboration between NSA and Microsoft". Salon. 12. Juli 2013. https://www.salon.com/2013/07/11/snowden_docs_detail_collaboration_between_nsa_and_microsoft/.

„Kolektiva.Social". Mastodon Hosted on Kolektiva.Social. Zugegriffen 19. Dezember 2022. https://kolektiva.social/about.

SPI. 2022. „Constitution for the Debian Project (v1.9)". 26. März 2022. https://www.debian.org/devel/constitution.

Torres, Émile P. 2021. „Why Longtermism Is the World's Most Dangerous Secular Credo". Aeon. 19. Oktober 2021. https://aeon.co/essays/why-longtermism-is-the-worlds-most-dangerous-secular-credo.

Warum wir utopisches Denken nicht den IngenieurInnen überlassen dürfen

Cajetan Koschat

In seinem Buch „*Capitalist Realism: Is there no alternative?*" (Fisher, 2009) beschreibt Mark Fisher den Übergang vom Kapitalismus als ein menschengemachtes Wirtschaftssystem zu einem alternativlosen Status quo. Er erklärt, dass die neoliberale Ideologie in Kultur und Bildung so weit vorgedrungen ist, dass der Kapitalismus als einzige Realität akzeptiert wird, gleich einem Naturgesetz. Der Unterschied zwischen Neoliberalismus und *capitalist realism* ist dabei, dass *capitalist realism* nicht einfach die direkte Befürwortung der neoliberalen Ideologie ist, sondern die Vorstellung, dass die Welt von neoliberalen Ideen regiert wird, ob es uns gefällt oder nicht, und dass sich das nicht ändern wird. Es hat keinen Sinn, das Unvermeidliche zu bekämpfen (Fisher und Gilbert 2013).

Dabei beschreibt Fischer auch das Konzept der „*Business Ontologie*", sprich: alles muss wie ein Business geführt werden: Schulen, Krankenhäuser und natürlich auch der Staat (Fisher 2009). Etwas, das keinen Gewinn abwirft, wird dadurch immer unvorstellbarer. Der einen oder anderen Person mag das auch als „New Public Management" bekannt sein.

Politische Parteien sind zum einen dabei selbst dieser Hegemonie unterworfen und Sozialreformen können daher bestenfalls Schadensreduktion betreiben. Zum anderen tendieren sie dazu, in die Falle des "*the fabian fantasy*" (Fisher und Gilbert 2013) zu tappen. Das ist die Vorstellung, dass eine Regierung schlichtweg ein neutrales Instrument ist, das von jeder beliebigen politischen Gruppe genutzt werden kann, um deren Agenda zu implementieren. Dabei wird übersehen, dass es echte strukturelle Hindernisse gibt, die existierenden Institutionen zu benutzen, um irgendetwas anderes zu implementieren als die Interessen des Finanzkapitals (Fisher und Gilbert 2013).

Capitalist realism ist also nicht eine politische Position für sich, sondern etwas, das über politische Ideologien hinaus geht und dadurch politische Beteiligung und Identifikation ausschließt. Dementsprechend ist einer der wirksamsten Schritte im Kampf gegen *capitalist realism*, die Erfindung neuer Möglichkeiten, mit denen Menschen in Politik involviert werden können, so Fischer und Gilbert (2013). Alle paar Jahre eine Wahlkarte abzugeben, reicht dafür nicht aus.

Zusammenfassend ist nach mehr als zwei Dekaden neoliberaler Hegemonie unsere Kapazität, sich alternative Zukünfte vorzustellen, komplett erodiert (Goode und Godhe 2017). Die meisten Leute könnten sich daher eher das Ende der Welt als das Ende des Kapitalismus vorstellen. Tatsächlich jedoch hat der Kapitalismus seine frühsten Wurzeln im 15. bis 16. Jahrhundert und die Ursprünge des Neoliberalismus können selbst als utopische Impulse gesehen werden.

Gleichzeitig ist es aktuell mehr denn je ersichtlich, dass wir den Status quo nicht problemlos weiterführen können. Am offensichtlichsten ist dabei der Umweltschaden, den wir anrichten. Hinzu kommt, dass das Wohlstandsversprechen „such einen Job und du kannst ein gutes Leben führen" nur mehr für eine immer kleiner werdende Gruppe gilt, während der Anteil an Arbeitsarmut wächst (Immervoll und Pearson 2009). Zwar regieren oder dominieren der globale Kapitalismus und die liberale Demokratie noch Vieles in unserer Welt, aber deren Vorherrschaft wird mehr und mehr in Frage gestellt, unter anderem

durch den Aufschwung rechtspopulistischer Parteien. Doch ohne neue Vorstellungen, wohin es gehen soll, bleibt nichts als Frustration und Resignation übrig.

Es braucht also ein Repertoire an alternativen Zukunftsvorstellungen, die der Öffentlichkeit verfügbar sind (Goode und Godhe 2017). In der Wissenschaft existiert der Begriff von *„future imaginaries"*: kollektive Zukunftserwartungen, die so selbstverständlich geworden sind, dass sie das soziale Verhalten weitgehend unbewusst und unreflektiert beeinflussen. Sie sind ein soziologisches Phänomen (Kleske 2022).

Seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs" und der damals zweitgrößten Supermacht auf globaler Ebene sind alternative *future imaginaries* erfolgreich von der politischen Agenda genommen und Kapitalismus als alternativlos präsentiert worden. Davor wurde Kapitalismus noch als einzige viable Alternative präsentiert, mittlerweile ist es die einzig vorstellbare.

Politischer Utopismus ist herabgewürdigt und es dominieren nur technische *future imaginaries* unseren Diskurs. So ist zum Beispiel das *future imaginary* von einer digitalisierten Welt omnipräsent im gesellschaftlichen Diskurs. Auch beim Klimawandel existiert ein starker Tenor, exklusiv technische Lösungen dafür zu finden (mehr erneuerbare Energien und energieeffizienterer Transport) anstelle von politischen Lösungen (Conrad 2022; Goode und Godhe 2017; Kamarck 2019; Timperley 2020).

Und warum sollte uns das überraschen? Immerhin wird uns von Grund auf anerzogen, nicht zu sehr utopisch zu denken. „Utopisch" wird dann oft mit naiv, unmöglich und manchmal sogar gefährlich gleichgesetzt. Gesamtheitliche Verhaltensänderung, um den Klimawandel zu bekämpfen? Alternative Formen von *governance*, die viel inklusiver wären? *Das geht nicht. Sei nicht naiv, sondern werde erwachsen und akzeptiere die Realität, wie sie ist, nämlich capitalist realism*. Davon ausgenommen ist nur die technologische Sphäre. In einer technischen Ausbildung bekommt man schon sehr früh mitgeteilt, dass man ein/e schlechte/r IngenieurIn sei, wenn man zu Beginn einer Herausforderung sagt, „das geht nicht". Alles ist machbar, du brauchst nur das richtige *mindset* dafür. Die Lösung für unsere gesellschaftlichen Probleme suchen wir am besten nicht auf politischer Ebene, sondern überlassen es den (männlichen) Technokraten aus dem Silicon Valley (Goode und Godhe 2017). Eizellen-Einfrierung für Facebook-Angestellte, um Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt zu überwinden (Friedmann 2014)? Ja, vorstellbar. Verpflichtende Vaterschaftskarenz, um Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt zu überwinden? Unvorstellbar. Hierbei zeigt sich auch, dass technische Utopien mitunter deshalb durchkommen, weil sie sich bereits selbst als Realismus verkleiden (Goode und Godhe 2017; Levitas 2013).

In ihrem Projekt/Studiengang zu „Critical Future Studies" (CFS) treten Goode und Godhe (2017) dafür ein, die Zukunft zu demokratisieren und gegen das technokratische Ethos auf, dass die Zukunft am besten den ExpertInnen überlassen wäre. Laut CFS ist der Diskurs über unsere *future imaginaries* niemals neutral und beeinflusst dabei die Zukunft, die tatsächlich eintreten kann. So wird zum Beispiel die Zukunft, in der jeder Citizen garantierte ökonomische Sicherheit erhält, nur dann eine tatsächliche Möglichkeit, wenn das Bedingungslose Grundeinkommen auf der öffentlichen Agenda landet (Goode und Godhe 2017).

Es müssen also zweierlei Dinge passieren. Zum einen müssen bestehende *future imaginaries* entthront werden, zum anderen müssen sie komplementiert werden mit neuen alternativen Zukunftsvorstellungen (Goode und Godhe 2017). Und darum ist es wichtig, sich nicht davon abschrecken zu lassen und sich mit Utopien auseinanderzusetzen. Utopisches Denken soll also, so die Argumentation von Goode und Godhe, verwendet werden, um den Horizont an vorstellbaren Zukünften zu erweitern. Utopisches Denken beinhaltet dabei nicht nur das Erdenken einer bis ins Detail durchgeplanten Utopie, sondern auch das Beschreiben utopischer Impulse. So hat zum Beispiel Ursula K. Le Guin in ihrem Buch *„The left hand of darkness"* (Goode und Godhe 2017; Le Guin 2012) einen Planeten beschrieben, auf der eine Spezies ohne Gender lebt.

Solche Denkanstöße werden ebenfalls gebraucht, um das Repertoire an alternativen Zukünften in unserem Diskurs zu erweitern.

Abschließend möchte ich also dafür plädieren, die Phrase „das geht nicht!" im politischen Diskurs genauso zu verpönen und herabzuwürdigen, wie es aktuell im technischen Bereich der Fall ist. Technische Lösungen werden immer nur eine Seite der Münze bleiben und können alleine nicht die Probleme, die unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen verursachen, beheben. Schon alleine deshalb nicht, weil Unternehmen selbst business-needs zu erfüllen haben. Dass es Ideen wie das Bedingungslose Grundeinkommen in den öffentlichen Diskurs und auf die politische Agenda geschafft haben, sind der Beweis, dass es kein verlorener Aufwand ist, für utopische Gedanken zu kämpfen. Es lohnt sich, sich mit Utopien zu beschäftigen, denn es gibt immer eine alternative Zukunft!

Cajetan Koschat hat Politikwissenschaft und Maschinenbau gefolgt von Mechatronik/Robotik studiert. Er lebt seit 2021 in Dänemark und arbeitet an der Weiterentwicklung von Zement-3D-Druckern für die Bauindustrie.

Literatur

Conrad, J.A. and A., 2022. Citizen future: Why we need a new story of self and society [WWW Document]. URL https://www.bbc.com/future/article/20220803-citizen-future-why-we-need-a-new-story-of-self-and-society (accessed 12.10.22).

Fisher, M., 2009. Capitalist realism: Is there no alternative? John Hunt Publishing.

Fisher, M., Gilbert, J., 2013. Capitalist Realism and neoliberal hegemony: Jeremy Gilbert A dialogue. New Form. 80, 89–101.

Friedmann, D., 2014. Perk Up: Facebook and Apple Now Pay for Women to Freeze Eggs [WWW Document]. NBC News. URL https://www.nbcnews.com/news/us-news/perk-facebook-apple-now-pay-women-freeze-eggs-n225011 (accessed 10.23.22).

Goode, L., Godhe, M., 2017. Beyond Capitalist Realism – Why We Need Critical Future Studies. Cult. Unbound 9, 108–129. https://doi.org/10.3384/cu.2000.1525.1790615

Immervoll, H., Pearson, M., 2009. A Good Time for Making Work Pay? Taking Stock of In-Work Benefits and Related Measures across the OECD (OECD Social, Employment and Migration Working Papers No. 81), OECD Social, Employment and Migration Working Papers. https://doi.org/10.1787/225442803245

Kamarck, E., 2019. The challenging politics of climate change. Brookings. URL https://www.brookings.edu/research/the-challenging-politics-of-climate-change/ (accessed 12.10.22).

Kleske, J., 2022. Future Imaginaries [WWW Document]. Futur. Gard. URL https://garden.johanneskleske.com/future-imaginaries (accessed 11.13.22).

Le Guin, U.K., 2012. The left hand of darkness. Hachette UK.

Levitas, R., 2013. Utopia as method: The imaginary reconstitution of society. Springer.

Timperley, J., 2020. Geoengineering: the most controversial climate solutions, explained. China Dialogue. URL https://chinadialogue.net/en/climate/geoengineering-how-to-stop-global-warming-most-controversial-solutions-explained/ (accessed 12.10.22).

Lobau bleibt: Durch Widerstand zur Utopie

Johanna Vogl

Immer häufiger hört und liest man von Gruppen, die durch Protestaktionen auf die Klimakrise aufmerksam machen. So hat auch die Bewegung „Lobau bleibt!“ ein Jahr lang Baustellen besetzt, um den Bau des Lobau-Tunnels und der Stadtautobahn S1 zwischen Schwechat und Süßenbrunn zu verhindern. Ziviler Ungehorsam wird jedoch nicht immer positiv wahrgenommen und häufig kritisiert. Was bedeutet ziviler Ungehorsam eigentlich und wieso greifen viele Klimagerechtigkeitsbewegungen darauf zurück?

Ziviler Ungehorsam

Hannah Arendt definiert zivilen Ungehorsam als Organisation marginalisierter Gruppen, die sich gegen die Politik der Regierung stellen, obwohl die Mehrheit der Gesellschaft diese Politik unterstützt (Arendt 1969: 133f.). Er würde immer dann entstehen, wenn ein Teil der Gesellschaft das Gefühl hat, seine Anliegen nicht mehr über herkömmliche Wege an die Autoritäten tragen zu können. Wenn er also das Gefühl hat, seine Beschwerden würden nicht mehr gehört werden, verstößt er absichtlich gegen ein Gesetz (Arendt 1969: 144f.).

Diese Form des Protests kann laut Arendt aber stets nur von einer Gruppe und nie von einem Individuum ausgeübt werden. Es würde schließlich nicht viel auslösen, würde eine einzelne Person ein Verbot oder eine Vorschrift brechen (Arendt 1969: 133f.). Diese würde dann aus individuellem Antrieb handeln und das sei stets unpolitisch, da ein solches Handeln immer nur um sich selbst besorgt sei und nicht um die Gesellschaft (Arendt 1969: 136). Eine „Form der Verweigerung aus Gewissensgründen“ (Arendt 1969: 143) kann laut Arendt nur dann von politischem Interesse sein, wenn sie von einer *Gruppe* an Menschen durchgeführt wird. Dann würden sich Menschen nicht mehr nur auf sich selbst verlassen und aus dem Gewissen würde eine Meinung entstehen. Und eine Meinung wäre immer dann von gesellschaftlicher Bedeutung, wenn viele sie teilen (Arendt 1969: 143f.).

Ein weiteres notwendiges Merkmal des zivilen Ungehorsams ist laut Arendt die Gewaltlosigkeit. Es sei hier wichtig, dass der Rahmen der bestehenden Autorität anerkannt wird. Außerdem wird, im Gegensatz zu Kriminellen, der Gesetzesbruch stets in der Öffentlichkeit ausgeführt, und immer einer Gruppe wegen und aus einer Gruppe heraus. Die Personen stellen sich also aufgrund ihrer Ideologie gegen das Gesetz und gegen Autoritäten und nicht, um sich selbst einen Vorteil zu schaffen (Arendt 1969: 146f.).

Ziviler Ungehorsam setzt außerdem voraus, dass es einen Staat gibt, dem im Normalfall Gehorsam geleistet wird. Weil der Rechtsstaat also grundsätzlich akzeptiert wird, kann auch akzeptiert werden, wenn ein Gesetzesbruch gestraft wird (Pabst, 11.06.2012).

Kontext des Konflikts

Bereits seit 2002, seit 20 Jahren, wird in Wien diskutiert, ob eine 19 Kilometer lange Schnellstraße, die S1, gebaut werden soll oder nicht. Die Straße würde von Wien-Schwechat bis Süßenbrunn führen und einen 8,2 Kilometer langen Tunnel beinhalten, der unter dem Nationalpark Donau-Auen und der Lobau gebaut werden sollte (Greß: 22.04.2021).

Nachdem das Projekt im Jahr 2005 von der sozialdemokratisch geführten Wiener Stadtregierung und dem freiheitlichen Bundesminister für Infrastruktur beschlossen wurde, hat man mit einer Baugenehmigung bis 2011 und einer Fertigstellung der Straße bis 2018 gerechnet. Seither wurde das Projekt jedoch mehrmals bewilligt, worauf Einsprüche folgten, es wurden Baustellen besetzt und wieder geräumt (Greß: 22.04.2021).

Unterstützer*innen der S1 behaupten, dass die Straße aufgrund des starken Bevölkerungswachstums in Floridsdorf und Donaustadt notwendig sei, um das Verkehrsaufkommen in den Wohngebieten zu reduzieren. Außerdem würde der Bau der Straße Arbeitsplätze schaffen und die Lebensqualität dort verbessern (Greß 22.04.2021). Dahingegen meinen Umweltschützer*innen, dass die Straße nicht für weniger, sondern für mehr Autoverkehr sorgen würde. Außerdem könne der Lobau-Tunnel den Nationalpark gefährden (Greß: 22.04.2021).

> Neben Umweltschützer[*]innen [sic!] und Aktivist[*inn]en sind auch Gerichte mit der Causa befasst. Sechs Jahre lässt sich das Bundesverwaltungsgericht (BVwG) mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) Zeit, bis es 2015 grünes Licht gibt. Die Entscheidung wird von Projekt-GegnerInnen beanstandet, drei Jahre später, im Frühjahr 2018 bestätigt die Behörde das Urteil auch in zweiter Instanz. Weiter ausständig sind Genehmigungen für Wasser- und Naturschutzrecht. Zu diesem Zeitpunkt haben die Vorarbeiten bereits 50 Millionen Euro verschlungen […]. (Greß: 22.04.2021).

2020 erteilten sowohl Wien als auch das Land Niederösterreich die naturschutzbehördliche Bewilligung (Greß: 22.04.2021). Allerdings beauftragte die Grüne Klimaschutzministerin Leonore Gewessler einen Klimacheck für sämtliche neuen Straßenprojekte. Nachdem diese auf ihre Zukunftsfähigkeit geprüft wurden, wurde im Dezember 2021 verkündet, dass der Lobautunnel nicht weiterverfolgt werden soll (BMK: 01.12.2021). Die Stadtstraße, die daran anknüpfen würde, soll laut Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ), aber trotzdem gebaut werden (Partoglue: 06.03.2022).

Protestcamp „Lobau bleibt“

Auch um die Straßenbauprojekte rund um die Stadtstraße und den Lobau-Tunnel zu verhindern, haben Aktivist*innen immer wieder auf zivilen Ungehorsam zurückgegriffen. Über einen Zeitraum von 20 Jahren wurden Baustellen in diesem Gebiet immer wieder besetzt (Greß: 22.04.2021). So haben sich auch Aktivist*innen aus Klimagerechtigkeitsorganisationen wie Fridays for Future, Extinction Rebellion und anderen am 28. August 2021 dazu entschieden, in der Anfanggasse in Wien-Donaustadt ihre Zelte aufzuschlagen, um Widerstand gegen den Bau der S1 und des Lobau-Tunnels zu leisten. Es dauerte nicht lange, bis immer mehr Menschen das Projekt unterstützten und das Protestcamp „Lobau bleibt“ entstand (De Colle: 27.08.2022).

Es wurden Sanitäranlagen aufgebaut, Anrainer*innen brachten Verpflegung und kümmerten sich darum, dass die Aktivist*innen Strom erhielten. So entstand eine Infrastruktur, die es erlaubte, dass das Camp ein Jahr lang bestehen blieb und somit zum am längsten bestehenden Klima-Protest Österreichs wurde (De Colle: 27.08.2022).

Das Lager in der Anfanggasse wurde legal angemeldet, da dieses als politische Versammlung gilt. Weiters gab es aber auch zwei temporäre, illegale Baustellen-Besetzungen, in der Hirschstettner Straße und in der Hausfeld Straße (De Colle: 27.08.2022).

Die Aktivist*innen geben an, dass sie sich deshalb für den zivilen Ungehorsam entschieden haben, weil sie das Gefühl hatten, dass es nicht gereicht hätte, das Bauprojekt zu verhindern, wenn sie beispielsweise nur Petitionen unterschrieben hätten (Anders/Fink/Krutzler: 06.02.2022).

Den Stopp des Lobau-Tunnels sieht die Bewegung bereits als historischen Sieg an, der auch durch ihren Protest ermöglicht wurde; sie würden die Besetzungen allerdings weiterführen, bis Bürgermeister Michael Ludwig auch die Stadtstraße absagt (Greenpeace: 01.12.2022).

Reaktion der Autoritäten auf den zivilen Ungehorsam

Die Besetzung auf der Baustelle nahe der U-Bahn-Station Hausfeldstraße wurde schließlich am 1. Februar 2022 geräumt. Die Stadt Wien hat die Polizei damit beauftragt, die Versammlung aufzulösen und anschließend mit Aufräumarbeiten zu beginnen. Bei der Räumung des Camps sollen von den Beamten Pfefferspray und Schlagstöcke eingesetzt worden sein. 48 Personen wurden insgesamt festgenommen. Bereits während der Räumung wurden hunderte Bäume gefällt, direkt danach wurde mit Bauarbeiten für die Stadtstraße begonnen (ORF: 01.02.2022).

Wenige Monate später am 5. April 2022, wurde die zweite Baustellenbesetzung in der Hirschstettner Straße von insgesamt 400 Polizist*innen geräumt. Diesmal hatten sich die Aktivist*innen angekettet, zwei sogar unter der Erde, was die Räumung des Camps erschwerte. Bei diesem Einsatz wurden 25 Personen festgenommen (Pekovics/Šećerović: 05.04.2022).

Aber auch das legale Basislager des Bündnisses in der Anfanggasse wollte die Stadt Wien schon des Öfteren räumen lassen. Hierfür wurden diverse Gründe wie Rattenplagen oder Baumpflegemaßnahmen genannt, von denen sich die Aktivist*innen nicht beeindrucken ließen (De Colle: 27.08.2022).

Wiens Bürgermeister rechtfertigte die Räumungen, indem er betonte, dass er sich nicht von einer kleinen Gruppe von Menschen von einem lange geplanten Projekt abbringen lasse (Anders/Fink/Krutzler: 06.02.2022). Daraufhin plante das Klimabündnis im Mai 2022 eine Demonstration mit Zwischenkundgebung vor der Wiener Messe, wo auch der Landesparteitag der SPÖ stattfand. Dort wurde von der SPÖ allerdings selbst eine Kundgebung angemeldet, weshalb die Großdemonstration nicht in die Nähe der Veranstaltung kommen konnte. Vom Bündnis „Lobau Bleibt“ wurde die Vorgehensweise der Regierungspartei klar als demokratiefeindlich beurteilt. Es zeige jedoch, dass der Protest wahrgenommen werde (Puschautz: 24.05.2022).

Fazit

Ein Jahr nach Gründung verließen die Aktivist*innen das Camp in der Anfanggasse wieder. Nachdem die Bewegung Anfang September 2022 einen Räumungsbescheid von der Stadt Wien erhielt, beschloss sie, mehr oder weniger freiwillig, abzuziehen. Schließlich sei die Bewegung ohnehin stark genug geworden (Perazzolo: 05.09.2022).

Die „Lobau bleibt“–Bewegung hat sich nun jedoch mit anderen Gruppen zusammengeschlossen und wird unter dem Namen „Mobilitätswende jetzt“ weiterhin zivilen Ungehorsam leisten. In ganz Österreich wollen die Aktivist*innen protestieren, um Straßenprojekte auch in Zukunft zu verhindern und leistbare und klimafreundliche Mobilität für alle zu ermöglichen (Kurier: 12.09.2022).

Abschließend möchte ich betonen, wie passend Hannah Arendts Definition des zivilen Ungehorsams auf das Verhalten der Bewegung umgelegt werden kann. Weil eine Gruppe von Aktivist*innen sich von der Politik nicht gehört fühlte, besetzte sie Baustellen, um ein Straßenbauprojekt zu verhindern. Laut eigenen

Angaben hätte es nicht mehr gereicht, ihre Anliegen über herkömmliche Wege an die Autoritäten zu tragen. Sie sahen sich also gezwungen, sich gegen das Gesetz zu stellen. Der Protest fand jedoch, zumindest von Seiten der Bewegung, gewaltlos und stets in der Öffentlichkeit statt. Schließlich ging es auch darum, Aufmerksamkeit zu generieren, um so Druck auf die Regierung auszuüben.

Johanna Vogl, 20, studiert Politikwissenschaft im Bachelor an der Universität Wien.

Literatur

Anders, Theo; Fink, Anna Giulia; Krutzler, David (06.02.2022): Lobau-Bewegung: Camp weg, Protest bleibt. Der Standard, https://www.derstandard.at/story/2000133120071/lobau-bewegung-camp-weg-protest-bleibt, (Zugriff: 01. Sep. 2022).

Arendt, Hannah (1969): Ziviler Ungehorsam. In: Andreas Braune (Hg.): Ziviler Ungehorsam: Texte von Thoreau bis Occupy. Stuttgart: Reclam, 2017.

BMK (01.12.2022): Klimacheck: Ergebnisse ASFINAG-Bauprogramm liegen vor. https://www.bmk.gv.at/service/presse/gewessler/20211201_klimacheck-ASFINAG-bauprogramm.html (Zugriff: 01. Sep. 2022).

De Colle, Nina (27.08.2022): Protestcamp. „Man kann auch feiern, wenn man nicht am Ziel ist.". Wiener Zeitung, https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/wien-politik/2159530-Man-kann-auch-feiern-wenn-man-nicht-am-Ziel-ist.html, (Zugriff: 01.09.2022).

Greenpeace (01.12.2021): Lobau bleibt: Das Ende der Lobau-Autobahn ist ein historischer Sieg für Klima und Natur. https://greenpeace.at/news/lobau-bleibt-das-ende-der-lobau-autobahn-ist-ein-historischer-sieg-fuer-klima-und-natur/, (Zugriff: 02. Sep. 2022).

Greß, Johannes (22.04.2021): Lobau-Tunnel in Wien: Die „Umweltsünde" einer „Klima-Musterstadt". Moment., https://www.moment.at/story/was-ist-der-lobau-tunnel, (Zugriff: 30.08.2022).

Kurier (12.09.2022): „LobauBleibt" wird zu österreichweiter Aktion „Mobilitätswende jetzt". Kurier, https://kurier.at/chronik/oesterreich/lobaubleibt-wird-zu-oesterreichweiter-aktion-mobilitaetswende-jetzt/402143502, (Zugriff: 13.11.2022).

ORF (01.02.2022): Wien überrascht mit Protestcamp-Räumung. https://orf.at/stories/3245819/, (Zugriff: 01. Sep. 2022).

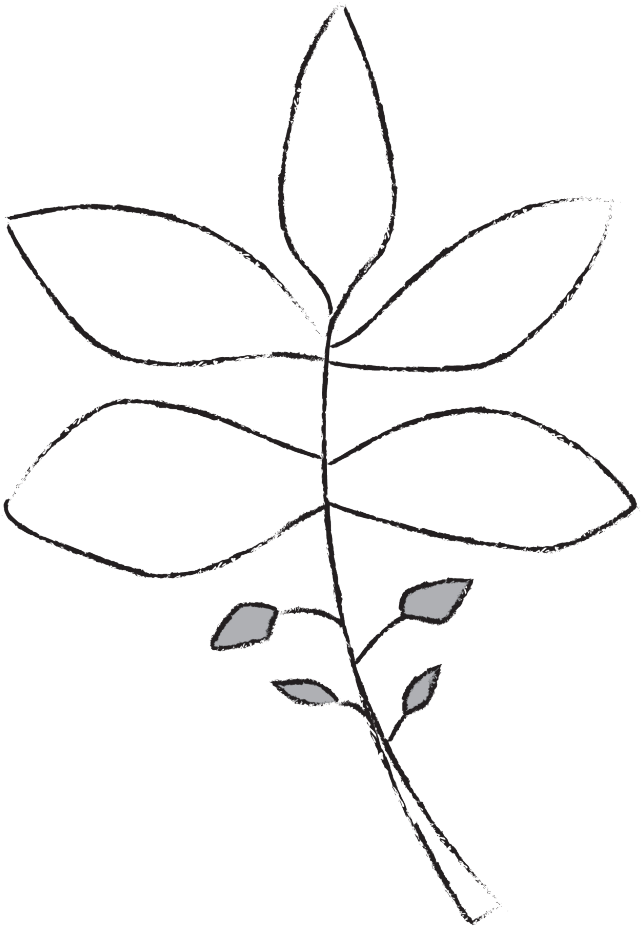
Pabst, Andrea (11.06.2012): Ziviler Ungehorsam: Annäherung an einen umkämpften Begriff. APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte, https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/138281/ziviler-ungehorsam-annaeherung-an-einen-umkaempften-begriff/, (Zugriff: 01.06.2022).

Partoglou, Alexios (06.03.2022): Lena Schilling: Studentin gegen Stadtstraße. Der Standard, https://www.derstandard.at/story/2000133867421/lena-schilling-studentin-gegen-stadtstrasse, (Zugriff: 01. Sep. 2022).

Pekovics, Michael; Šećerović, Antonio (05.04.2022): Mit Kran gegen Aktivisten: Lobau-Protestcamp erneut geräumt. Kurier, https://kurier.at/chronik/wien/lobau-protestcamp-wird-seit-10-uhr-geraeumt/401963024, (Zugriff: 01. Sep. 2022).

Perazzolo, Anna (05.09.2022): Stadtstraße: Besetzer räumen letztes Wiener Lobau-Protestcamp. Kurier, https://kurier.at/chronik/wien/stadtstrasse-aspern-lobau-protestcamp-anfanggasse-donaustadt-abzug/402135516, (Zugriff: 10.11.2022).

Puschautz, Andreas (24.05.2022): Kein Platz für Demo: Lobau-Bewegung wirft SPÖ Demokratiefeindlichkeit vor. Kurier, https://kurier.at/chronik/wien/kein-platz-fuer-demo-lobau-bewegung-wirft-spoe-demokratiefeindlichkeit-vor/402019449, (Zugriff: 02. Sep. 2022).



Emanzipieren wir uns!

Melvin Tricoire

Als ich für *politix #48* im *Brief aus Tarlabasi* über die städtebauliche Modernisierungsoffensive aus dem Zentrum Istanbuls berichtete, die hunderte der Einwohner*innen dieses Stadtteils aus ihren Häusern vertrieben und im Nichts zurückgelassen hatte, war ich schon wieder Zuhause in Wien angekommen. Der heutige Brief kommt aus meinem neuen Zuhause, aus Lille in Nordfrankreich. Lille liegt 50 TGV-Minuten von Paris und 35 TGV-Minuten von Brüssel entfernt. Egal welche Richtung ich einschlage, die *Banlieues* werde ich immer von meinem Fenster aus zu Gesicht bekommen.

Im Frühjahr dieses Jahres sind wir selbst in die Banlieues nach Paris gefahren. Thomas Winkelmüller hat darüber etwa in der Datum-Ausgabe 07/08 2022 berichtet. Das klingt auf den ersten Blick normal, so wie man halt manchmal nach Floridsdorf fährt, um baden zu gehen. Mit den französischen Vororten verhält sich das allerdings etwas anders: Die städtische Bourgeoisie fährt nicht einfach so mal in die Banlieues. Auch meine neuen Freunde in Lille waren noch nie in den Banlieues – egal ob in Paris, Marseille oder Lille. Die Vororte haben kein gutes Image innerhalb der französischen Bevölkerung. Straßenschlachten mit der Polizei sind geschichtlich keine Seltenheit. Aber nicht nur aufgrund dessen. Man denke an den 13. November 2015 und andere terroristische Anschläge, die sich in den letzten Jahren in Europa ereigneten. Die Banlieues sind jene Vororte der französischen Großstädte, an denen etwa Matthieu Kassovitz' Film *La Haine* (1995) spielt. An dessen Ende wird einer der drei Freunde mit Migrationshintergrund von einem *flic*, einem Polizisten, erschossen. Vinz hat jüdische Vorfahren, Hubert ist ein afrofranzösischer Boxer, der im Quartier dealt um rauszukommen, und Said ist praktizierender Muslim, dessen Familie aus dem Maghreb in eines der Pariser Banlieues gezogen ist. Was die drei Freunde eint, kann mit Huberts Statement „La haine attire la haine!" pointiert zusammengefasst werden: "Hass reproduziert Hass!"

© Melvin Tricoire

Als ich mich mit einem schüchternen Jungen im Pariser Vorort Bondy über seine gefakten Nike Dunks unterhalten habe, die er nach eigenen Angaben am Markt ein paar Schritte weiter erworben hatte, erinnerte ich mich an diese Zeile. Was genau meinte dieser Hass, der den Hass schürt? Von welcher Art von Hass war die Rede? Unsere Konversation hatte etwas Unschuldiges an sich, die mich stutzig machte. Was sah er, das ich nicht sah? Vor mir stand ein zurückhaltender junger Erwachsener, höflich und interessiert, in traditioneller Kleidung und gefakten Dunks, dessen Augen mir angesichts ihrer Ausdruckslosigkeit Unbehagen bereiteten. Vor ihm stand ein weißer Junge ebenseines Alters aus der europäischen Mittelschicht, inklusive Baggy-Pants und langen Haaren. Was uns in diesem Moment mehr als alles andere trennte, war die *Ungleichverteilung von Chancengleichheit*. Das war die Ausdruckslosigkeit in seinen Augen, die mich traf. Daraus erklärte sich für mich letztendlich auch das reziproke Verhältnis, das der Zeile aus dem Film eingeschrieben ist. Hass reproduziert Hass: Im Folgenden einige Überlegungen dazu.

Zur Ungleichverteilung von Chancengleichheit: Hass und Gewalt in ihrer strukturellen Dimension

Wenn wir an politische Gewalt denken, haben wir auf den ersten Blick jene Definition im Kopf, die sich etwa bei Kalyvas (2020) findet. Im streng-Weberianischen Sinne kommt für Kalyvas nur jene Gewalt als politische Gewalt in Frage, die sich als ‚the deliberate infliction of bodily harm' (ebd., 9) zusammenfassen ließe. Diese Definition lässt sich vor allem dahingehend verstehen, als sie zum Ziel hat, den Rahmen politischer Gewalt insoweit zu reduzieren, dass man sie sowohl qualitativ und – das ist für jenen Autor bedeutsamer – quantitativ messen kann. Kalyvas ist, oder möchte, weit davon entfernt sein, normative Annahmen zu produzieren. Ihm entgegenzuhalten ist, dass die Sozialwissenschaften niemals frei von subjektiven Erfahrungswerten und Prädispositionen, also objektiv, arbeiten – selbst wenn es sich um quantitative und im positivistischen Sinne durchgeführte Forschungsvorhaben handelt (Schlichte 2018). In anderen Worten: „The expansion of political theory should be accompanied by a questioning of its own terms; to simply accept its categories, division, and vision of the globe is to pretend that they are not inflected by power" (Idris 2016: 2). Der Anspruch rein objektiver Forschungsarbeit sei an dieser Stelle dementsprechend verworfen. Dies führt nun auch zu der Einsicht, dass es einer breiteren Verständnisbasis gegenüber politischer Gewalt braucht. Diese Gewalten mögen zwar ‚unsichtbarer' sein und lassen sich daher auch schwerer bis gar nicht messen. Sie sind aber von inhärent politischer Natur.

Auf ein solches Verständnis drängt etwa Johan Galtungs (1969) Theorie der *strukturellen Gewalt*. Ihm zufolge ist "violence present when human beings are influenced so that their actual somatic and mental realizations are below their potential/realizations" (168). Die Differenz zwischen dem, *was ist* (the actual), und dem, *was sein könnte* (the potential), ist insofern zentral, als die grundsätzlich möglichen Potentiale nicht realisiert werden können, da sie strukturell zurückgehalten werden. Ist dies der Fall, ist Gewalt präsent (ebd.). Um dies ein wenig anschaulicher zu gestalten, seien an dieser Stelle etwa die Ungleichverteilung von politischen Partizipationsmitteln, der Zugang zu materiellen wie immateriellen Ressourcen oder die im Wissenschaftsbetrieb strukturell unterdrückten Theorien abseits des kanonisierten Mainstreams genannt (ebd.; Dotson 2014). Gewalt ist daher inhärent politisch. Aus einer kritischen Perspektive lässt sich darauf schließen, dass politische Gewalt auch dann präsent ist, wenn es keine beobachtbaren Akteur*innen gibt, die Gewalt auf andere ausüben. Galtung: „Structural violence is silent, it does not show – it is essentially static, it is the tranquil waters" (ebd., 173). Auf der einen Seite, wie Galtung selbst argumentiert, führt diese Unsichtbarkeit struktureller Gewalt dazu, dass beobachtbare Gewalttaten zu politischen Zwecken als Anomalie erscheinen. In seiner Konsequenz führt dies dazu, dass strukturelle Gewalt in der kapitalistischen Gegenwartsgesellschaft normalisiert und unhinterfragt angenommen wird. Über Galtung hinaus sollte strukturelle Gewalt jedoch nicht nur als Normalität und statisch angesehen werden. Viel eher wird strukturelle Gewalt, da in gesellschaftlichen Zusammenhängen normalisiert, durch die Gesamtgesellschaft bei der Ausführung alltäglicher Praktiken ständig reproduziert. Strukturelle Gewalt wird demnach nicht nur unsichtbar, da sie als normal angenommen wird, sondern darüber hinaus reproduziert, da sie sich in den Alltagshandlungen der Menschen habitualisiert hat – sie ist hegemonial und dynamisch. Im Sinne Gramscis:

> Politische Macht im modernen kapitalistischen Staat beruht nicht nur, und nicht in erster Linie, auf der potenziellen oder tatsächlichen Ausübung von Zwang und Gewalt, sondern auf der stetig produzierten und reproduzierten Zustimmung der Beherrschten – in Gramscis Worten: der Subalternen – zu einem System von Werten, Zeichen, Institutionen, Theorien und Alltagspraxen, die den Interessen der herrschenden Klasse(n) entsprechen bzw. diese stützen. (Opratko 2018: 15).

In diesem Zusammenhang artikuliert sich die Dynamik der bürgerlich-kapitalistischen Produktions- und Lebensweise und der ihr inhärenten Dimension struktureller Gewalt. Dementsprechend lässt sich darauf schließen, dass die politische Gewalt nicht von den Dynamiken der kapitalistischen Gegenwartsgesellschaft losgelöst gedacht werden kann. Ebendiese Gewalt zeigt sich insofern in der *strukturellen Abwesenheit des potentiell Möglichen*, die sich entlang der tatsächlichen sowie der subjektiv wahrgenommenen Spaltungslinien von Klasse, Geschlecht, Ethnie, Religion oder Lokalität reproduziert.

Zusammengefasst lässt sich demnach (1) darauf schließen, dass die strukturelle Gewalt gegenüber subalternen Gruppen der bürgerlich-kapitalistischen Produktions- und Lebensweise zugrunde liegt. Denn sie bezeichnet ein Macht- und Herrschaftsverhältnis, dem die gewaltsame Ungleichverteilung von Chancengleichheit zwischen den dominierenden und den dominierten Gruppen inhärent ist und ohne welche es nicht aufrechterhalten werden kann. Sie ist demnach hegemonial: Sie produziert und reproduziert sich durch Alltagshandlungen aller Akteur*innen, welche diese unhinterfragt und damit konsensual abgesichert täglich praktizieren (Gramsci, 1991-2002; Brand & Wissen 2017).

Die kapitalistische Produktion des Raums oder wo man (nicht) baden geht: Formen sozialer und räumlicher Segregation

Ist strukturelle Gewalt also prozessual und dynamisch zu verstehen, die sich durch die Alltagshandlungen der Akteur*innen reproduziert, so ist sie auch expansiv. Dieser Prozess soll anhand des Marxschen Akkumulationsbegriffs näher erläutert werden. Der Prozess der Akkumulation ist insofern als expansiv zu verstehen, als er zwar in einem bestimmten geographischen Raum stattfindet, aber nicht auf diesen beschränkt bleibt und dabei neue Strukturen von Lokalität produziert (Harvey 2001/2004; Lefebvre 1991). Während Marx die expansive Kraft des Kapitals vor allem anhand der imperialen Kolonialherrschaft

© Melvin Tricoire

analysierte, stützt sich die folgende Analyse auf ein erweitertes Verständnis von Akkumulation im Sinne David Harveys Konzept der *Accumulation by dispossession and displacement* (Harvey 2004; Arican 2020).

Durch eine wesentliche Abstraktion des Begriffs im Sinne struktureller Gewalt kann darüber hinaus folgende Analyseebene erschlossen werden: Der Prozess ist nicht nur materieller, sondern auch von höchst immaterieller Natur. In anderen Worten ist es die Enteignung des potentiell Möglichen. *Die Akkumulation des tatsächlich Möglichen* in den Händen der globalen Minderheitsgesellschaft geht mit *der Enteignung des potentiell Möglichen* der Mehrheitsgesellschaft einher.

Die Dynamiken dieses Akkumulationsprozesses innerhalb bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften deuten auf drei grundlegende Dimensionen hin: (a) Akkumulation durch Enteignung ist ebenso von immaterieller wie materieller Natur und somit in seiner strukturellen Dimension permanent – sie ist eine der wesentlichen Grundlagen für die sich ständig neu reproduzierende bürgerlich-kapitalistische Produktions- und Lebensweise. Sie ist insofern hegemonial als sie sich dynamisch über die Ausübung von Alltagshandlungen reproduziert, die als strukturell gewalttätig anerkannt werden müssen. Gewalttätig deswegen, da sie die globale Mehrheitsgesellschaft strukturell von dessen potentiell Möglichen abhalten. Dieser Prozess alleine ist de facto nicht an einen geographischen Raum gebunden, da er sich sowohl auf der Mikro-, Meso-, sowie Makro-Ebene vollziehen kann. Aber er führt notwendigerweise zu einer (b) sozialen Segregation, die sich entlang der zuvor genannten Spaltungslinien wie etwa Klasse oder Geschlecht vollzieht und damit (c) neue Strukturen von Lokalität produziert. Diese zeigen sich sowohl durch ihre subjektive Wahrnehmung wie einer tatsächlich geographisch – wenn auch sozial konstruierten – Segregation von Gesellschaft. In anderen Worten, die strukturelle Enteignung des potentiell Möglichen oder die geographisch empirische Peripherisierung ebenjener, oder beides. In den französischen Banlieues ist es beides.

Daraus ergibt sich die (2) zweite zentrale Analyseebene über den Zusammenhang von struktureller Gewalt und urbaner Segregation: Strukturelle Gewalt, gekennzeichnet durch die Akkumulation des tatsächlich Möglichen durch die Enteignung des potentiell Möglichen, kann sich sowohl durch die subjektive Wahrnehmung sowie dem tatsächlich räumlichen Vorhandensein von Spaltungslinien empirisch verdeutlichen. Ist es subjektiv wahrgenommen, wird es über die Positionalität innerhalb geglaubter sozialer Hierarchien anerkannt. In anderen Worten, im *Anderssein* von bestimmten Gruppen und Menschen, die nicht dieselben tatsächlichen Möglichkeiten besitzen. Während das marginalisierte Individuum – welches seiner potentiellen Möglichkeiten enteignet wurde – die mögliche Ursache hierfür in jener Gruppe der Herrschenden sieht, so gilt dasselbe im umgekehrten Sinne (Tellidis 2016). Ein Individuum der herrschenden Gruppe, das die tatsächlichen Möglichkeiten akkumuliert besitzt, könnte sich von dem potentiellen Zugang der beherrschten Gruppe zu ebenjenen Möglichkeiten bedroht fühlen. Das ist ebenso der Fall, wenn diese empirisch nicht tatsächlich gefährdet sind – aber eben als solche wahrgenommen werden (Bhambra 2017). In jedem Fall werden gesellschaftliche Realitäten oder Kategoriensysteme konstruiert – Klassen, Geschlechter, Ethnien *et cetera*.

Die durch die strukturelle Gewalt geprägten, subjektiven Lokalitäten äußern sich dementsprechend auch geographisch. Auf der Makro-Ebene, bestärkt das gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnis zwischen dem sogenannten, durchaus kritisch zu hinterfragenden Begriffspaar des ‚globalen Nordens' und des ‚globalen Südens', diese Annahme (Brand & Wissen 2017). Auf der Meso- oder national-regionalen Ebene, sind es die immer wiederkehrenden Konflikte zwischen Hauptstadt und Peripherie, etwa in Migrationsfragen (Hadj-Abdou 2019). Auf der Mikro-Ebene sehen wir schließlich soziale Segregation im urbanen Raum. Diese Räume sind

unter anderem durch den Zugang zu Infrastruktur, Arbeitslosenraten, Anteil von Bewohner*innen mit Migrationshintergrund oder dem durchschnittlichen Monatseinkommen geprägt, und dementsprechend sozial kaum bis gar nicht durchmischt (Alivon & Guillain 2018). Wie es in den französischen Banlieues der Fall ist, sind diese Räume derart stark voneinander getrennt, dass es nicht einmal zu Bewegungen zwischen diesen kommt. Man muss ja nicht unbedingt in Floridsdorf wohnen, um dort baden zu gehen.

Hass reproduziert Hass!

Erkennt man diesen Zusammenhang an, kann auf die folgende (d) vierte Dimension rückgeschlossen werden: Direkte politische Gewalt kann als die letzte Alternative, diesen grundlegenden sozialen Konflikt zu artikulieren, wahrgenommen werden (Toros 2016; Tellidis 2016; Porpora 2016). Dies ist insbesondere der Fall, wenn es sich um politisch motivierte Gewalttaten terroristischer Natur handelt, die nicht von einem Staat ausgeführt werden. Denn es sei an dieser Stelle bemerkt, dass sich etwa die *Critical Terrorism Studies* Formen des staatlichen Terrorismus widmen (Jackson 2016/2008). Eine strikte Trennung zwischen den Begriffen des ‚staatlichen Terrors' und eines ‚nicht-staatlichen Terrorismus', wie sie etwa Peter Waldmann (1998) für den deutschen Sprachraum vorgeschlagen hat, ist insofern kritisch zu betrachten, als es wiederum durch ihre diskursive Nutzung exkludierend wirkt und Interdependenzen damit außen vorgelassen werden:

> A related strategy has been to try and exclude state terrorism from research by arguing that even if state terrorism does exist, state 'terror' is qualitatively different from (non-state) 'terrorism' because it has different aims, different means, and it is employed by an actor which has the legitimate right to use violence and who is bound by established rules and norms relating to the use of such violence (Jackson 2008: 383).

Aus Platzgründen wird auf diese Dimension der kritischen Terrorismusforschung nicht näher eingegangen werden. Sie sollte jedoch spätestens dann zu einem Hauptaugenmerk werden, wenn der Gegenstand der Analyse die staatlichen Maßnahmen gegen den Terrorismus ist, denn es braucht „the formation and implementation of counterterrorist strategies that are more than antagonising the violence and brutality of such groups" (Tellidis 2016: 141).

© Melvin Tricoire

Sieht man sich allerdings die Mainstream-Literatur zum Thema Terrorismus an, wird man früher oder später bemerken, dass sich besonders nach den Terroranschlägen von 9/11, den Attentaten von Madrid im Jahr 2005 und durch die Anschlagsserie im vorigen Jahrzehnt in Frankreich eines herauskristallisiert: Dem Terrorismus liegt religiöser Fundamentalismus zugrunde (siehe dafür etwa Hoffman 1995; Dawson 2021). Dieser Diskurs ist mittlerweile europaweit dominant und wird lautstark über die Presse in die Zivilgesellschaft getragen. Der Lauteste von allen ist nicht immer der Klügste: Die Simplifizierung folgt nicht nur der sozialen Konstruktion des *Anderen*, sondern sie *apolitisiert* Terrorismus. Einem solchen Diskurs zufolge sind terroristische Gewaltakte nicht mehr politischer, sondern als rein religiöser Natur zu deuten. Denn sie alleine würden den Kern des Problems bilden. Das ist „misleading in its typical assumptions about the motives, causes and behaviour of groups classified as ‚religious terrorist'" (Gunning & Jackson 2011: 369). Die Grenzen zwischen dem, was Religion, was Ideologie, und was politisch ist, verschwimmen dabei zunehmend. Terroristische Gewaltakte sind alles andere als rein religiös motiviert. Sie mögen

den Radikalisierungsprozess beschleunigen, eine mobilisierende Funktion einnehmen, sind dabei aber viel eher als das Symptom und nicht deren Ursache zu sehen.

Terrorismus ist politische Gewalt. Sie ergibt sich aus der strukturellen Gewalt, die sich sowohl subjektiv wahrgenommen als auch durch ihr räumliche Segregation äußert. Dem Terrorismus liegt ebenjener sozialer, ökonomischer, politischer und kultureller Konflikt zugrunde (Toros 2016). Ohne einem auf das Individuum zentrierten, behavioralen Ansatz gänzlich zu widersprechen, muss sich eine kritische Perspektive wieder vermehrt der strukturellen Ebene widmen, um die tatsächliche Ursachenforschung voranzubringen. Ein historisch-materialistischer, der Kritischen Theorie nahestehender Ansatz, der eben hier skizziert wurde, stellt eine solche Analyseebene in den Vordergrund (Porpora 2016). Religion ist in diesem Sinne als *mobilizing tool* zu verstehen – für beide Seiten der Betroffenen. Denn wie zuvor angemerkt, konstituiert sie sich als soziale Kategorie der Lokalität (Tellidis 2016). Nach ihr muss auch nicht lange geographisch gesucht werden: Durch die soziale Segregation sind die Schuldigen schnell gefunden. In den Vororten, den Banlieues, wo sich nicht mal mehr die Polizei hineintraut und die Moscheen stehen. Ganz einfach – und das lässt sich auch leichter an das Volk bringen, als auf den Zusammenhang zwischen struktureller Gewalt, sozialer wie räumlicher Segregation und Terrorismus hinzuweisen.

Das hat fatale Folgen. Da die politischen Gewaltakte von vermeintlich apolitischer Natur sind, gibt es keinen Grund, sie politisch zu lösen. Es gibt demnach überhaupt keine andere Antwort als staatliche Gewalt: "[B]y constructing these stark dichotomies between the legitimate 'good' state and the illegitimate 'evil' terrorists, eradicating the terrorists appears apposite while negotiating with them appears absurd" (Jackson 2005: 9; Toros 2016: 74). Auf strukturell-politische Maßnahmen, die sich dem Problem langfristig widmen würden, kann bei einem solchen Diskurs lange gewartet werden. Eine kritische Perspektive hingegen erkennt diesen Zusammenhang an: (3) Die strukturelle Gewalt der bürgerlich-kapitalistischen Produktions- und Lebensweise kann letztendlich zu direkter politischer Gewalt führen, denn sie stellt den Versuch dar, den ihr zugrundeliegenden Konflikt zu artikulieren. Sozial und räumlich segregiert gibt es niemanden, mit dem über die alltäglichen Probleme und Herausforderungen gesprochen, geschweige denn durch welche Abhilfe geschaffen werden kann – und das erzeugt Hass. Und *la haine attire la haine!*

Emanzipieren wir uns!

Im Folgenden lässt sich also zusammenfassen, dass die (1) strukturelle Gewalt der bürgerlich-kapitalistischen Produktions- und Lebensweise inhärent ist. Das potentiell und tatsächlich Mögliche ist entlang der bekannten Spaltungslinien von Klasse, Geschlecht, Ethnie *et cetera* ungleich verteilt. Des Weiteren ist sie nicht direkt beobachtbar – durch ihre Normalisierung und deren Habitualisierung in alltäglichen Handlungen, die insofern gewalttätig sind, als sie auf dem tatsächlich Möglichen beruhen und daher exkludierend wirken. Strukturelle Gewalt ist insofern durch den Prozess der (2) Akkumulation durch Enteignung geprägt. Dieser äußert sich sowohl in seiner materiellen wie immateriellen Natur und produziert dabei neue Lokalitäten: subjektiv wahrgenommene und empirisch-geographische Räume. (3) Durch und in ihnen kann sich letztlich direkte politische Gewalt bilden. All dies soll keineswegs den Versuch darstellen, politische Gewalt jeglicher Art zu legitimieren. Im Gegenteil: Viel eher bedeutet eine solche Analyse, sich ein kritisches Bewusstsein zu erarbeiten. „The good news is that discourses are never completely hegemonic; there is always room for counter-hegemonic struggle and subversive forms of knowledge" (Jackson 2008: 389). Dem kritisch entgegenzutreten heißt letztendlich, sich zu emanzipieren. Emanzipation ist die "theory and practice of inventing humanity, with a view of freeing people, as individuals and collectivities, from contingent and structural oppressions" (Booth 2007: 181). Emanzipation ist letztendlich mit dem normativen Anspruch verbunden, Widerstand und Utopie nicht aufzugeben. In diesem Sinne: Widersteht euch der Gewalt, emanzipieren wir uns!

Melvin Tricoire studiert im Master International Conflict and Security Politics an der European School of Political and Social Sciences in Lille, Frankreich. Darüber hinaus arbeitet er am Demokratiezentrum Wien, ist ständiges Redaktionsmitglied bei politix und schreibt für das Onlinemagazin Stil+. Seit kurzem ist er als studentischer Mitarbeiter Teil des französischen Institut Pour La Paix.

Literatur

Alivon, A. and Guillain, R. (2018) 'Urban segregation and unemployment: A case study of the urban area of Marseille – Aix-en-Provence (France)', Regional Science and Urban Economics 72: 143-155.

Arican, A. (2020) 'Behind the Scaffolding: Manipulations in Time, Delays, and Power in Tarlabaşı, Istanbul', City & Society 32 (3): 482-507.

Bhambra, G. K. (2017) 'Brexit, Trump, and 'methodological whiteness': on the misrecognition of race and class', The British Journal of Sociology 68 (S1): 214–232.

Booth, K. (2007) Theory of World Security. Cambridge: Cambridge University Press.

Brand, U. and Wissen, M. (2017) Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München: Oekom Verlag.

Dawson, L. (2021) 'Bringing Religiosity Back In', Perspectives on Terrorism 15 (2): 2-22.

Dotson, K. (2014) 'Conceptualizing Epistemic Oppression', Social Epistemology 28 (2): 115-138.

Galtung, J. (1969) 'Violence, Peace, and Peace Research', Journal of Peace Research 6 (3): 167- 191.

Gramsci, A. (1991-2002) Gefängnishefte. Bochmann, K. and Haug, W. F. (eds.) 10 Bände, Kritische Gesamtausgabe. Hamburg: Argument Verlag.

Gunning, J. and Jackson, R. (2011) 'What's so 'religious' about 'religious terrorism'?', Critical Studies on Terrorism 4 (3): 369-388.

Hadj-Abdou, L. (2019) 'Immigrant integration: the governance of ethno-cultural differences', Comparative migration studies 7 (1): 1–8.

Harvey, D. (2001). 'The geography of capitalist accumulation: a reconstruction of the Marxian theory', in Spaces of Capital: Towards a Critical Geography. Edinburgh: Edinburgh University Press, 235-412.

Harvey, D. (2004) 'The 'new' imperialism: accumulation by dispossession', Socialist Register 40: 63-87.

Hoffman, B. (1995) '"Holy Terror": The Implications of Terrorism Motivated by a Religious Imperative', Studies in Conflict and Terrorism 18: 271-284.

Idris, M. (2016) 'Political Theory and the Politics of Comparison', Political Theory (26.07.2016): Web.

Jackson, R. (2016) 'Introduction: A decade of critical terrorism studies', in Jackson, R. (eds.) Routledge Handbook of Critical Terrorism Studies. Abingdon/New York: Routledge, 1-13.

Jackson, R. (2008) 'The ghosts of state terror: knowledge, politics and terrorism studies', Critical Studies on Terrorism 1 (3): 377-392.

Kalyvas, S., and Straus, S. (2020) 'Stathis Kalyvas on 20 years of studying political violence' Violence: An International Journal 1 (2): 389-407.

La Haine (1995) Directed by Mathieu Kassovitz. [Drama]. France: Les Productions Lazennec.

Lefebvre, H. (1991) The Production of Space. Oxford/ Cambridge: Basil Blackwell.

Opratko, B. (2018) Hegemonie: Politische Theorie nach Antonio Gramsci. Münster: Westfälisches Dampfboot.

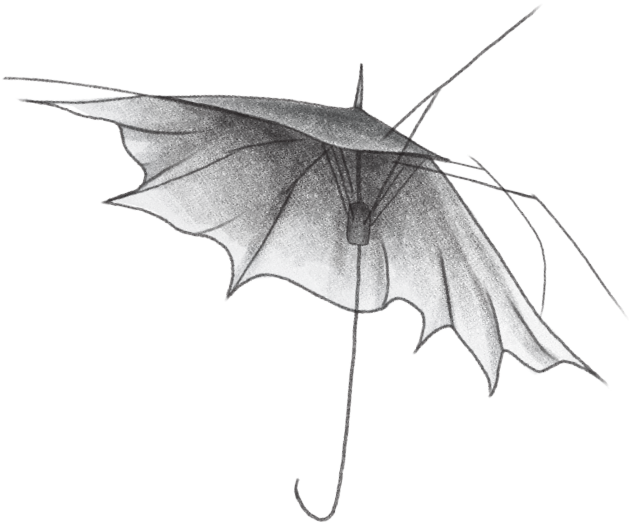
Porpora, D. (2016) 'The Historical Materialist Approach to Critical Terrorism Studies' in Jackson, R. (eds.) Routledge Handbook of Critical Terrorism Studies. Abingdon/New York: Routledge, 80-89.

Schlichte, K. (2018) ‚Warum Zahlen nicht reichen. Plädoyer für eine erweiterte Erfahrung der Internationalen Beziehungen', Zeitschrift für Internationale Beziehungen 25 (1): 154-164.

Tellidis, I. (2016) 'Religion and Terrorism', in Jackson, R. (eds.) Routledge Handbook of Critical Terrorism Studies. Abingdon/New York: Routledge, 134-144.

Toros, H. (2016) 'Critical Theory and Terrorism Studies: Ethics and Emancipation', in Jackson, R. (eds.) Routledge Handbook of Critical Terrorism Studies. Abingdon/New York: Routledge, 70-79.

Waldmann, Peter (2008) Terrorismus. Provokation der Macht. München: Gerling Akademie Verlag.



Impressum

HerausgeberIn: Institut für Politikwissenschaft (ipw)

MedieninhaberIn, VerlegerIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Chefredaktion: Johannes Greß

Redaktion: Armin Bund, Valentin Kasagranda, Florian Mendl, Josef Mühlbauer, Sebastian Rosenauer, Lukas Smith, Jonas Spengler, Alice Tafuri, Melvin Tricoire, Hannah Tullius

Autor*Innen dieser Ausgabe: Johannes Greß, Charlotte Hofbauer, Alice Tafuri, Colin Kaggl, Thomas Eisenhut, Sebastian Rosenauer, Simon N. Schmid, Josef Mühlbauer, Jonas Spengler, Ivan Gufler, Emma Heppner, Felix Leodolter, Armin Bund, Cajetan Koschat, Johanna Vogl, Melvin Tricoire

Kontakt: politix.politikwissenschaft@univie.ac.at

Grafik & Layout: Claire Kardas, Katharina Hegedüs

Onlinepublikation unter: www.univie.ac.at/politikwissenschaft | Offenlegung gem. §25 MedienG.

Erscheinungsweise: 1-2x/Jahr

Blattlinie: politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

politix ermöglichte dieses Inserat kostenfrei

feykom
RAT DER KURDISCHEN GESELLSCHAFT IN ÖSTERREICH

DEFEND KURDISTAN

GEMEINSAM FÜR KURDISTAN

BRECHEN WIR DAS SCHWEIGEN – BEENDEN WIR DEN KRIEG

UNTERZEICHNET JETZT UNSEREN OFFENEN BRIEF

MEHR INFOS AUF:
GEMEINSAMFUERKURDISTAN.ORG